Klassenkampf

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands für Halle-Merseburg

Erscheint jeden Werktag nachmittags. Bezugspreis frei Haus monatlich 7 Mk. Durch die Post monatl. 7 Mk. ohne Zustellungsgebühr. Verlag u. Geschäftsstelle: Harz 42-44. Fernruf 1047. Geöffnet 7—5 Uhr. Schriftleitung: Fernruf 1045. Sprechzeit 12—1 Uhr

Der Anzeigenpreis beträgt 70 Pf. für den Millimeter Höhe und Spalte; 300 Pf. für Reklame, anschließend an den dreigespaltenen Textteil. Anzeigen bis vormittags 9 Uhr erbeten, größere tags vorher. Postscheckkonto: Leipzig 106848. Fritz Kroh, Halle

Einzelpreis 40 Pf. | Halle, Freitag, den 14. Oktober | 1. Jahrgang · Nr. 241

Der Burgfriede.

Von Stinnes bis Hilferding. — Wirth wartet ab. — Keine Einberufung des Reichstages.

Berlin, 14. Oktober. (Eigene Drahtmeldung.) Das „Berliner Tageblatt" schreibt über die zukünftige Regierung, daß sich dieselbe von Stresemann bis Breitscheid erstrecken müßte.

•

Nach den Informationen der „Freiheit" sehen jetzt „die Verantwortlichen der Regierung ihre hauptsächliche Aufgabe darin, für eine möglichst lange Zeit eine ruhige Entwicklungsmöglichkeit zu schaffen und mit dazu beizutragen, daß in der Welt die machtpolitischen Erwägungen von wirtschaftlichen abgelöst werden. Einige Ansätze in dieser Hinsicht waren schon zu bemerken. Zunächst müssen alle Kräfte gesammelt werden, die eine derartige Politik mitmachen wollen, und daß sei auch die Frage der künftigen Koalitionsbildung. Nach außen müsse gezeigt werden, daß in Deutschland die republikanisch-demokratische Entwicklung garantiert sei. Man könne nicht jeden verfolgen, der die Monarchie für eine bessere Staatsform als die Republik halte, und es komme auch weniger auf die bisherigen Erklärungen einer bestimmten Partei an, sondern auf die Erklärung der künftigen Regierung."

•

VL. meldet: **Berlin, 18. Oktober.** Die amtliche Erklärung der Reichsregierung am gestrigen späten Abend hat die Lage insofern geklärt, als jetzt feststeht, daß ein Rücktritt des Reichskabinetts vor Eintreffen der Entscheidung des Obersten Rates nicht mehr in Betracht kommt. Man ist in Kreisen der Regierung der Auffassung, daß ein Rücktritt in diesem Augenblick außenpolitisch nichts nützen, innerpolitisch das Reichsschiff führerlos machen würde. Die Reichsregierung ist der Auffassung, daß die verheißungsvollen Ansätze der Aktion der Industrie und Landwirtschaft zur Herbeischaffung von Devisen unter allen Umständen fortgeführt werden müssen und daß keine politische Konstellation diese Aktion ernstlich gefährden darf, wenn die wirtschaftspolitische Lage des Reiches dem Auslande gegenüber nicht schwer Not leiden soll. Die Reichsregierung gedenkt die Aussprache über eine mögliche deutsche Politik auch nach der Entscheidung des Obersten Rates in den nächsten Tagen fortzusetzen, um so im Augenblick der Entscheidung allen Eventualitäten gegenüber gewappnet zu sein. Die Aussichten dafür, daß auch nach der Umbildung des Kabinetts Reichskanzler Dr. Wirth auf seinem Posten bleiben wird, scheinen in Kreisen der Reichsregierung als günstig betrachtet zu werden.

•

Berlin, 14. Oktober. Nach den hier vorliegenden Nachrichten wird der Oberste Rat wahrscheinlich erst gegen Ende der nächsten Woche in London zusammentreten, um auf Grund des Gutachtens des Völkerbundrates offiziell die Entscheidung über das Schicksal Oberschlesiens zu fällen. Bis die amtliche Mitteilung der Entscheidung an die beiden beteiligten Mächte Deutschland und Polen gelangt, wird also, wie man hier annimmt, noch ein Zeitraum von vierzehn Tagen vergehen.

Berlin, 13. Oktober. Der Aeltestenrat des Reichstages verständigte sich heute in Gegenwart des Reichskanzlers über die Einberufung des Reichstages dahin, daß, da die amtlichen Unterlagen für die Beurteilung der oberschlesischen Frage noch fehlen, von einer sofortigen Einberufung abgesehen wird. Der Rat wird spätestens am Montagvormittag erneut zusammentreten. Die Reichstagsabgeordneten wurden aufgefordert, sich auf eine rasche Einberufung des Reichstages einzurichten. Der Reichskanzler stellte fest, daß nach einmütiger Auffassung des Kabinetts ein Rücktritt der Reichsregierung vorläufig nicht in Frage komme, damit in dieser schwierigen Zeit eine aktionsfähige Regierung im Amte sei.

•

Herrn Wirth ist sonach der große Wurf gelungen, durch den sich der neue Einheitsrummel zum Betrug der Arbeiterschaft inszenieren läßt. Der Mann, der „alle Kräfte" sammelt, der insbesondere das Kunststück vollbringt, den Apparat der großen politischen und wirtschaftlichen Arbeiterorganisationen in den Dienst der Industriemagnaten zu stellen, um „ruhige Entwicklungsmöglichkeiten" nach „wirtschaftlichen Erwägungen" zu schaffen, das ist auch der Mann, den Stinnes und die deutschnationale Korona gebrauchen können. In der Rechtspresse, durch deren Spalten gestern noch der Ruf nach der Beseitigung Wirths ging, ist denn auch sofort ein gewaltiger Umschwung eingetreten. Die gesamte Rechtspresse stellt heute einmütig mit der Presse des Zentrums und der Demokraten fest, daß mit einem Rücktritt Wirths nichts gebessert wäre. Das Hauptorgan von Stinnes, die „Deutsche Allgemeine Zeitung" schreibt ausdrücklich:

„Die Enttäuschung über Oberschlesien reißt nicht nur das Kabinett Wirth in den Abgrund — auch die Bildung einer neuen Regierung, mag man sich deren Zusammensetzung im einzelnen denken, wie man will, wird so gut wie illusorisch. Hinter dem Verlust Oberschlesiens droht das graue Gespenst des Chaos, einer Wirrnis, aus der das verzweifelte deutsche Volk sich nicht mehr herauswinden kann."

Es versteht sich ganz von selbst, daß es dem „Vorwärts" unverständlich wäre, wenn man Wirth gehen ließe. Für ihn gilt es ja, unter allen Umständen die Ministersessel zu retten. Aber wertvoll ist es zu konstatieren, daß sich die Meinung Hilferdings mit der von Stinnes deckt. Hilferding äußert sich ganz in Uebereinstimmung mit Stinnes in der „Freiheit":

„Soll diese Erklärung der Regierung aber die Ankündigung einer Demission bedeuten, so kann nur nochmals gesagt werden, daß diese Demission nichts nützen, aber sehr viel verderben kann. Deshalb muß immer wieder gefordert werden, daß nicht die Regierung, sondern das Parlament entscheidet. Nur die Entscheidung des Parlaments kann für das Verbleiben der Regierung oder über die Art der Neubildung maßgebend sein."

Der Burgfriede ist also da. Da die Stinnespartei der Meinung ist, daß die Bildung einer neuen Regierung „illusorisch" ist, wird sie bei der Entscheidung gemeinsam mit den Koalitionsparteien und der USP. Herrn Wirth Vertrauen bekunden, und die Konsequenz davon muß sein, daß sie gemeinsam die neue Koalition bilden. Denn nach den Ergebnissen der Kabinettsbesprechungen

Die Kinder der Proletarierhelden hungern!

Gebt ihnen Brot!

sollen ja „alle Kräfte gesammelt" werden, die die Politik Wirths mitmachen wollen, was „auch die Frage der künftigen Koalitionsbildung" sein soll!

In dem Moment, da die Politik der „Erfüllung" zusammenbricht, da dem kapitalistischen System das „graue Gespenst des Chaos, einer Wirrnis" droht, wissen auch die SPD. und die USP. nichts Besseres zu tun, als ihre alte Politik der „Sammlung aller Kräfte", den betrügerischen Rummel von der „nationalen Einheitsfront" mit den Bürgerlichen zu wiederholen, durch den in den Kriegsjahren das grenzenlose Elend heraufbeschworen wurde. Das klassenbewußte Proletariat hat jetzt besseres zu tun, als sich durch einen verräterischen Führerklüngel von neuem für die Rettung der kapitalistischen Gesellschaft opfern und in ein Joch spannen zu lassen, daß seinen Untergang bedeutet. Diese Gefahr ist außerordentlich groß. In Oberschlesien ist, wie wir schon gestern berichteten, der nationale Einheitsrummel bereits im besten Gange. Im preußischen Landtag hat sich die Einheitsfront gestern einstweilen in einem Protestrummel von der SPD. bis zu den Deutschnationalen formiert. In wenigen Tagen wird sich das Spiel im Reichstag unter Einbeziehung der USP. wiederholen und dann durch eine neue Koalitionsbildung ganz zur Auswirkung kommen.

Unseren Genossen fällt in dieser Situation die Aufgabe zu, in den Betrieben und in den Gewerkschaften die USP.- und SPD.-Arbeiter auf die ihnen drohenden Gefahren aufmerksam zu machen und einen Proteststurm gegen die Inszenierung eines neuen betrügerischen Einheitsrummels zu entfesseln, der den verräterischen Führern an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig läßt.

An Stelle der „nationalen Einheitsfront" zur Rettung des Kapitals und zur Unterdrückung der Arbeiter müssen die Kommunisten die Einheitsfront des internationalen Proletariats und den Kampf gegen die internationale kapitalistische Ausbeutergesellschaft propagieren. Nicht im feigen Kneifen vor Konflikten mit den kapitalistischen Ausbeutern, in der Sammlung zur revolutionären Tat liegt die Rettung der proletarischen Klasse!

Dollar = 143.

Die ungünstigen Nachrichten über die oberschlesische Frage haben die Kurse für ausländische Zahlungsmittel in Berlin sprunghaft in die Höhe getrieben. Der Dollar stieg im Verlauf der heutigen Börse bis auf 143½.

Um Oberschlesien.

Von A. Thalheimer (Berlin).

Oberschlesien erweist sich wieder als ein Brandherd. Schon ehe die Entscheidung gefallen ist, zittert das Kabinett Wirth in seinen Fugen. Das Kabinett Wirth hatte erwartet, daß die englische Politik auch im Völkerbundsrat genügend wirksam sein werde, um den französisch-polnischen Teilungsabsichten ein Gegengewicht zu bieten. Ueber Nacht aber stellt sich heraus, daß die englische Regierung keineswegs daran denkt, um der schönen Augen der Wirth-Regierung willen Frankreich vor den Kopf zu stoßen. Halb im Ernst, halb als Bluff stieß deshalb die Wirth-Regierung Rücktrittsdrohungen aus. In die auswärtige Presse wurden Nachrichten lanciert, daß das Wiesbadener Abkommen zu Wasser werde, wenn die Regierung zurücktrete. Diese letztere Drohung ist natürlich an die französische Adresse gerichtet.

Diese Situation wird innerpolitisch von den verschiedensten Seiten auf die verschiedenste Art ausgenützt. Die Stinnes-Presse, selbst ein Teil der demokratischen Presse, läuft Sturm, um bei dieser Gelegenheit die Wirth und Rathenau über Bord zu spülen oder mindestens einzuschüchtern. Diejenigen Minister, von denen der erste den schüchternen Versuch machte, gegen den Stachel der großen kapitalistischen Krokodile zu löcken, und der zweite, der den Stinnes-Leuten als ein unsicherer Partner erscheint. Die Absicht dabei ist, sich die Wege frei zu machen, um das große Wiedergutmachungsgeschäft von Wiesbaden ohne alle Hemmung durchführen zu können. Die Großindustrie ist im Begriff, einen großartigen Feldzug zur Niederkämpfung des Achtstundentages, zur Beseitigung des Koalitions- und Streikrechts durchzuführen. Sie ist immer noch nicht beruhigt darüber, ob die Steuergesetzgebung mit Demokratie, Zentrum und Sozialdemokraten nach ihrem Sinne ausfallen wird. Die Kreise um Stinnes spielen offenbar mit dem Gedanken einer Rechtsregierung.

Der rechte Flügel der Konterrevolution in Deutschland, die Deutschnationalen, machen in diesen Tagen sich schlagbereit. Wieder gehen die Sendungen bewaffneter Orgeschlünger von Bayern nach Schlesien. Bis hinunter nach Ungarn liegen die Minen der Konterrevolution bereit. Eine Entscheidung über Oberschlesien, die zu einem akuten Konflikt zwischen England und Frankreich führen würden, wäre die gegebene Situation für die Rechte, um loszuschlagen.

Diese Bedrängnis der Wirth-Regierung benutzen die Mehrheitssozialisten, um sich hinter die Regierung Wirth als ihre Triarier zu stellen. In demselben Augenblick, wo die Stinnes-Partei ihre Minen gegen Wirth und Rathenau sprengen läßt, haben sie nur eins im Auge, die Koalition mit Stinnes zu fördern, und im Hintergrunde stehen die Unabhängigen bereit zur Hilfeleistung.

Es ist zweifellos, daß die Lage die Möglichkeit zu einem Rechtsputsch in sich birgt. Aber wenn diese Möglichkeit besteht, wenn die Konterrevolution heute in Bayern, in Ostpreußen, in Oberschlesien schlagbereit dasteht, so konnte sie das nur unter dem Schutze der bisherigen Koalitionsparteien, der Sozialdemokratie, des Zentrums und der Demokraten. Es ist bezeichnend für den Stand der Dinge in Deutschland, daß der Preußische Landtag seine schützende Hand hält über den demokratischen Innenminister Dominikus, da Gefahr droht, daß sein Verhältnis zu den oberschlesischen Orgeschorganisationen aufgedeckt wird. Es ist weiter bezeichnend, daß der Preußische Landtag plötzlich seine Sitzung schloß.

Den Gefahren, die der deutschen Arbeiterschaft jetzt drohen, kann natürlich nicht begegnet werden durch eine Koalition mit der Bourgeoisie, sei es von der Farbe Stinnes, sei es von der Farbe Wirth. Die demokratischen und Bürgerparteien sind mit der Stinnes-Partei durchaus einig in der nationalen Hetze um Oberschlesien.

Die Aenderung der Haltung Englands in der oberschlesischen Frage, die die Regierung Wirth in Krämpfe versetzt, hängt enger zusammen mit der bevorstehenden Washingtoner Konferenz, auf der Frankreich das Objekt der Bemühungen Amerikas und Englands sein wird.

Aus diesem Grunde ist es, daß England jetzt Frankreich in der oberschlesischen Frage einen größeren Spielraum läßt als bisher.

Wie auch die Entscheidung über Oberschlesien ausfallen möge, sie bringt die größten Gefahren für das mitteleuropäische Proletariat mit sich, und es gilt für die Arbeiterklasse, dafür gerüstet zu sein. Dabei muß sich die Bourgeoisie klar sein, daß, wenn der oberschlesische Brandherd Kräfte der Konterrevolution entfesselt, nicht nur die Frage der Konterrevolution in den einzelnen Ländern aufgerollt wird, die die oberschlesische Frage am engsten berührt (Deutschland und Polen), sondern daß dann auch die oberschlesische Frage selbst vom Proletariat aufgerollt werden wird.

Wenn der Völkerbund und die kapitalistischen Regierungen irgend etwas bewiesen haben, so dies, daß selbst eine so verhältnismäßig untergeordnete Frage, wie die Oberschlesiens, nicht von ihnen geordnet werden kann. Nationale Unterdrückung der deutschen oder der polnischen Bevölkerung, Zerreißung eines einheitlichen Wirtschaftsgebiets, an einer dieser Klippen strandet unfehlbar jeder Lösungsversuch der kapitalistischen Regierungen, und eine Unterstellung Oberschlesiens unter ein Völkerbundsregime hätte die unfehlbare Wirkung, die oberschlesische Wunde ständig offen zu halten und die Balkanisierung Europas noch weiter zu treiben. Darum gilt es für die Arbeiterklassen, jeder dieser Lösungen aufs schärfste entgegenzutreten und sich bereit zu machen gegen die Gefahren der Konterrevolution, die aus ihnen entspringen können.

Eine Lösung, die sowohl die nationalen Bedürfnisse der oberschlesischen Bevölkerung befriedigt, kann nur das Werk der prole-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019211014-11/fragment/page=0001

karischen Revolution sein, sie ist nur möglich im Rahmen der Föderation der polnischen und der deutschen Räterepublik. Gerade weil aber die oberschlesische Frage automatisch die Frage der deutschen und der polnischen Revolution wieder aufrollt und verschärft, ist anzunehmen, daß die kapitalistischen Mächte es versuchen werden, auf irgendeine Weise dem Konflikt wieder die Spitze abzubrechen. Es sind zu viele der Brandherde in Europa, als daß die kapitalistischen Mächte nicht alles unternehmen sollten, um in diesem Augenblick auf den schwebenden oberschlesischen Brandherd Erde zu werfen. Ob es gelingt, steht dahin. Es ist in jedem Falle Aufgabe der Arbeiterklassen, vor allem Mitteleuropas, die Gefahren rechtzeitig zu erkennen, um sich für sie zu rüsten.

Zum Kampf der Eisenbahner.

Aus den Kreisen der Eisenbahn**beamten** ging den „L. N. N." folgende Zuschrift zu:

„Die Reichsgewerkschaft steht dem Streik noch ablehnend gegenüber, da erst der Verhandlungsweg voll und ganz ausgenutzt werden soll. Jedoch wollen auch wir Reichsgewerkschaftler uns den Achtstundentag auf keinen Fall nehmen lassen. Falls die Verhandlungen scheitern sollten, würde auch die Reichsgewerkschaft zum letzten Mittel, dem **Streik**, greifen müssen.

Zum Beispiel müssen die Stackenkennärter, welche monatlich mitunter nur ein **Einkommen von 900 Mark haben**, wovon die Steuern usw. noch abzurechnen sind,

bereits jetzt 12 Stunden Dienst

an einem Tage leisten, mit der Begründung, daß, wenn der Zug die Schranke passiert hat, der Wärter nichts zu tun habe. Derselbe darf jedoch während der sogenannten Ruhepausen seinen Posten nicht verlassen, da plötzlich, nicht im Fahrplan vorgesehene Züge, einzeln fahrende Lokomotiven usw. verkehren können, seine Aufmerksamkeit also dauernd in Anspruch genommen ist. Außerdem muß er den ihm zugewiesenen Streckenabschnitt kontrollieren, da er für die Ordnung der Gleise verantwortlich ist.

Ich frage min den Leser dieser Zeilen, ob zum Beispeil ein Pförtner oder Nachtwächter usw., welcher ja dann auch nur zum großen Teil seines Dienstes dienstbereit ist, länger als acht Stunden Dienst leisten oder leisten möchte. Auch möchte ich noch besonders darauf hinweisen, daß gerade unter den Schrankenwärtern in der Hauptsache Invaliden, Kriegsbeschädigte usw. verwendet werden und man demzufolge nicht einen zwölfstündigen Dienst verlangen kann.

Der zwölfstündige Dienst soll nun auch auf andere Beamtengruppen im Betriebsdienst ausgedehnt werden, wo doch der Dienst gerade bei uns Eisenbahnern besonders verantwortungsvoll ist und die größten Anforderungen an die Aufmerksamkeit und Nerven stellt.

Wir sind daher gezwungen, für den Achtstundentag zu kämpfen, der auch uns Eisenbahnern voll und ganz gewahrt sein muß.

Die 56-Stunden-Woche in Leuna.

Genosse Dr. Meyer hat im Preußischen Landtage folgende große Anfrage gestellt:

Im Leunawerk ist ohne Gegenzeichnung des Betriebsrats angeblich wegen Arbeitermangels die Arbeitszeit auf 56 Stunden pro Woche ausgedehnt worden.

Was wird das Staatsministerium tun,

1. um die Durchbrechung des Achtstundentages wieder rückgängig zu machen?
2. um jede Möglichkeit, das Heer der Arbeitslosen zu vermindern, auszunutzen?
3. um dem verletzten Mitbestimmungsrecht des Betriebsrats Geltung zu verschaffen?

8000 Bauarbeiter in Leipzig im Streik.

Seit dem 28. September stehen die Leipziger Bauarbeiter in Lohnverhandlungen. Von den Unternehmern wurden die Verhandlungen verschleppt. Daran trägt die Leitung des Verbandes die Schuld, die die Verschleppungstaktik mit allen Mitteln unterstützt hat. Vor allen Dingen hat sich die Verbandsleitung geweigert, mit den Chemnitzer Kollegen zusammen die Verhandlungen zu führen. Am Dienstagabend fand im „Volkshaus" eine überfüllte Versammlung der Bauarbeiter statt. Dort wurde mit 1900 gegen 140 Stimmen beschlossen, in den Streik zu treten. Die Verbandsleitung will nicht den Kampf auf der ganzen Front führen. Sie hat es fertiggebracht, daß die Kollegen verpflichtet wurden, vorgestern in jedem einzelnen Betrieb durch die Betriebsräte an die Unternehmer die Frage zu stellen, ob sie gewillt sind, die Forderungen zu erfüllen. Im Falle der Ablehnung sollte dann der betreffende Betrieb sofort in den Streik treten. Demgemäß wurde verfahren. Die Unternehmer lehnten die Forderungen ab. Gestern hat der Streik allgemein eingesetzt. Es streiken etwa 8000 Arbeiter. Es werden 35 Prozent Lohnerhöhung rückwirkend vom 28. September an gefordert.

Verhandlungen zwischen den Spitzenorganisationen, die vorgestern in Dresden geführt wurden, sind gescheitert.

Betriebsbesetzung durch württembergische Polizei.

Bei der Firma Tuckerhoff und Widmann in Korkheim bei Heilbronn wurden eine Anzahl Arbeiter entlassen. Der Betriebsobmann erhob Protest. Als die Firma den vom Obmann vorgeschlagenen Verhandlungsweg nicht betrat, legte der Gesamtbetriebsrat sein Amt nieder. Daraufhin wurde die Firma sämtliche Arbeiter aus. Ein Auto erschien mit Polizeiwehr, bis an die Zähne bewaffnet mit Gewehren, Revolvern, Maschinengewehren und Gummiknüppeln und besetzte das verlassene Bureau. Die Arbeiterschaft forderte sofort die Zurückziehung der Truppen und Wiederaufnahme der Arbeit am 10. Oktober einschließlich der gemaßregelten Kollegen. Die Arbeiterschaft demonstrierte in geschlossenem Zuge mit roter Fahne und erreichte die Genehmigung ihrer Forderungen. Nur dem besonnenen ruhigen Auftreten der Belegschaft war es zu verdanken, daß ein Blutbad vermieden wurde. Die Truppen waren von dem Betriebsleiter angefordert worden, ohne daß der demokratische Innenminister Graf einen Einspruch erhoben hätte.

So hält der „neue Kurs" von Bayern auch in Württemberg seinen Einzug.

Hungerstreik der gefangenen Kommunisten.

Eine neue Kommunistentragödie bereitet sich wieder in Breslau vor. In Breslau scheint die Polizei und die Justiz sich die Palme in der Kommunistenverfolgung erringen zu wollen.

Man verhaftet dort unsere Redner, unsere Organisatoren; man scheint einen besonderen schlesischen Weißen Schrecken errichten zu wollen.

Auf dem Elend der Breslauer Arbeitslosen müssen Kommunisten schuld sein. Für die vielen Entladungen in der schwülen Luft des schlesischen Winkels müssen die Kommunisten büßen. Stößt die alte monarchistische und die neue demokratische Reaktion in Schlesien zusammen, dann müssen Kommunisten verhaftet werden. Reist auch nur irgend ein bekannter Kommunist nach Breslau, so kann er vorher sein Testament machen. Die Breslauer Polizei wird schon Ursache finden, ihn zu verhaften, das Untersuchungsgefängnis hat noch immer Raum.

Raum genug, Wanzen genug — aber Wassersuppe nicht genug. Aus Briefen von dort gefangen gehaltenen Genossen ist ersichtlich, daß das Untersuchungsgefängnis in Breslau eine Hölle ist. Jede Woche hängt sich hier einer auf — ich kann den Leichenwagen von meiner Pritsche aus immer vorfahren sehen" — „die Wanzen scheinen sich jetzt mit der Kälte zu verziehen". „An Schlaf ist der Wanzen wegen nicht zu denken". Das Eisen für die politischen Untersuchungsgefangenen ist das von verurteilten Kriminalverbrechern.

Unseren Genossen, die auf diese Weise schon ohne Urteilsspruch die schlimmsten Strafen erdulden, könnten somit und sonders schwerlich irgend einer Strafsatz wegen verurteilt werden. Deshalb hält man sie ganz einfach in dieser höllischen Untersuchungshaft. Viele unserer besten Genossen haben die hohe Schule dieser Untersuchungshaft schon hinter sich. Sie wurden schließlich entlassen, weil nichts gegen sie vorlag.

Nun haben die Genossen, die schon monatelang ohne die Aussicht auf Eröffnung des Verfahrens in diesem Gefängnis schmachten, beschlossen, in den Hungerstreik zu treten.

Breslau, die Hochburg der Löbe und Konsorten. — Breslau, das Nest der schlesischen monarchistischen Freiheuter beweist mit den Methoden seiner Polizei und Justiz, daß wir angesichts auf dem Standpunkt der Plehwe angelangt sind. Hungerstreik politischer Gefangener war nur im zaristischen Rußland früher an der Tagesordnung.

Der Schrei unserer Gefangenen aus Breslau muß die taubsten Ohren hörend machen; ihr Entschluß die trägsten Gemüter erschüttern: **Wir wollen in den Hungerstreik treten, bis zu unserer Freilassung oder bis zum Tode.**

Die Arbeiter können ihre Vorkämpfer nicht im Stich lassen. Tag für Tag muß der Ruf der Breslauer Gefangenen bei ihnen widerhallen: Gebt unsere Gefangenen frei!

Der internationale Gewerkschaftsbund (Sitz Amsterdam) veröffentlichte vor einigen Tagen einen Aufruf, in dem er sagt:

Die Hilfsaktion für Rußland muß zu einer machtvollen Kundgebung des ganzen Proletariats werden — eine Warnung an seine Feinde.

Denn, so sagt der Gewerkschaftsbund weiter:

Der Sturz der Sowjetregierung wäre nur das Signal zum Entscheidungskampf der Gegenrevolution.

Arbeiterinnen, Arbeiter! Proletarier alle! Sorgt dafür, daß Sowjet-Rußland leben kann! Beteiligt Euch an der Hilfsaktion und sucht auch indifferente Kreise dafür zu gewinnen. So bekämpft Ihr die Reaktion!

Preußischer Landtag.

Donnerstagsitzung des Preußischen Landtags wird durch eine Erklärung sämtlicher Parteien mit Ausnahme der Unabhängigen und Kommunisten eröffnet. In dieser Erklärung wird gegen die Beschlüsse des Völkerbundsrats Stellung genommen. Während der Verlesung erhebet sich sämtliche Abgeordnete mit Ausnahme der Unabhängigen und Kommunisten von ihren Sitzen. Im Auftrage der kommunistischen Fraktion erklärt der Genosse Meyer, daß die Kommunisten diesen Ausführungen nicht zustimmen können. Dieselbe Erklärung wird von dem Abg. Leid im Auftrage der Unabhängigen Fraktion abgegeben. Der Präsident Leinert gibt nicht zu, daß die Kommunisten und Unabhängigen ihren eigenen Standpunkt zu dieser Frage kundgeben. Während die Bürgerlichen und Sozialdemokraten gegen die Kommunisten und Unabhängigen toben, versucht der Sozialdemokrat Heilmann seine deutschnationalen Freunde zu beruhigen, indem er ihnen zuruft: „Laßt sie doch machen!"

Es folgt dann die Fortsetzung der Aussprache über Bekenntnis- und Weltanschauungsschule. In der Debatte weist der Genosse Dr. Meyer darauf hin, daß man mit der Abschaffung des Religionsunterrichts dem Willen der meisten Lehrer und der Elternschaft Ausdruck gebe. Gerade die ernsten gläubigen Kreise müssen sich gegen den zwangsläufigen Religionsunterricht wenden. Auch an diesem Tage beweist der preußische Landtag, daß er überall bestrebt ist, alle dem Bürgertum nicht genehmen Ausführungen zu verhindern. Gerade bevor als letzter Redner unser Genosse Schneider das Wort erhalten soll, beschließt die bürgerliche Mehrheit Schluß der Debatte. Der Antrag Kunert (S.) wurde abgelehnt, der Antrag auf Unterstützung der Privatschulen ging an den Unterrichtsausschuß.

Es folgen die großen Anfragen der Deutschnationalen, der Demokraten und der Sozialdemokraten über die Vorgänge an der Fürstin Bismarckschule. Die deutschnationale Anfrage wird von dem Abg. Blum in längeren Ausführungen begründet, in denen er sich des öfteren gegen den früheren Unterrichtsminister Haenisch wendet. Die Aussprache wird darauf abgebrochen. Der Genosse Dr. Meyer beantragt auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung den kommunistischen Antrag auf Hilfe für die Hungernden in Sowjet-Rußland zu setzen. Das wird durch die bürgerliche Mehrheit abgelehnt.

Das Haus vertagt sich auf Freitag 11 Uhr: Kleine Anfragen, Strafverfahren gegen Abgeordnete, die drei großen Anfragen der Sozialdemokraten über Personalpolitik des Ministers des Innern wegen des Vorgehens des Statistischen Landesamt gegen republikanische Angestellte und über das Verhalten des Breslauer Polizeipräsidenten Liebermann.

Die Politik der Schwankenden.

Die oberschlesische Frage hat eine Regierungskrise heraufbeschworen. Der „Vorwärts" kämpft wie ein Löwe gegen die Rechtsparteien, die die oberschlesische Krise ausnutzen wollen, um Wirth zu stürzen. In seiner Verzweiflung klammert er sich an Wirth als den letzten Rettungsanker des versinkenden deutschen Schiffes.

Doch die ganze Unfähigkeit und Ratlosigkeit dieser Kleinbürgerpartei, wird deutlich, wenn man sieht, wie die oberschlesische SPD. Arm in Arm mit dem gesamten Bürgertum den Rücktritt der Regierung für den Fall einer ungünstigen Entscheidung über Oberschlesien fordert, während sich der andere Teil der SPD. mit seinen letzten Kräften an Wirth klammert. Wie 1914 versucht die oberschlesische SPD. eine Einheitsfront zu bilden, vom Oberschlesiengeneral Höfer bis zum SPD.-Führer Klose. Doch aus dem nationalistischen Hexenkessel führt weder die große noch die kleine Koalition heraus, sondern nur die zusammengeschlossene Macht der Arbeiterschaft.

Selbstmord eines Reichswehrsoldaten in Kassel.

Wegen Drangsalierung und Mißhandlung.

Aus Kassel erhalten wir folgenden Bericht:

Am Freitag voriger Woche erschoß sich beim hiesigen Reichswehrbataillon ein Reichswehrsoldat. Die Gründe zum Selbstmord sind folgende: Der Reichswehrsoldat, der schon längere Zeit an Geschwüren litt und somit dienstunfähig war, meldete sich an dem betreffenden Morgen krank. Der Feldwebel drohte dem Soldaten darauf mit Nachexerzieren und sonstigen Strafen. Ein Obergefreiter schlug den Reichswehrsoldaten erbarmungslos mit Stock und Peitsche. Der Reichswehrsoldat griff darauf in seiner Verzweiflung zu seiner Schußwaffe und brachte sich einen Schuß bei, der ihn tötete. Der Feldwebel sagte darauf, wenn sich wieder einer erschießen wolle, dann soll er in den tiefen Wald gehen, damit keine Hilfe geholt werden könne, denn in der Kaserne sich erschießen hätte keinen Zweck. Ein anderer Feldwebel sagte: Dem geht es noch zu gut, sonst würde er sich nicht erschießen.

Der alte Militarismus ist tot. Es lebe der neue Militarismus mit alten monarchistischen Methoden. Genau wie früher werden Proletarier im Waffenrock von viehischen Vorgesetzten auf die gemeinste Art und Weise mißhandelt. Dem Soldat, der ein williges Werkzeug dieser brutalen Militärkaste ist, fehlen alle Mittel, um sich gegen derartige brutale Uebergriffe wehren zu können. Was sagen die Reichswehrsoldaten — die Proletarier im Waffenrock dazu, daß genau dieselben Methoden wie unter Wilhelm II. eingeführt werden?!!

Kapp junior.

Der Oberstaatsanwalt in Leipzig hat einen neuen Haftbefehl gegen Kapp, den Vater, den Putschisten vom März 1920 erlassen. Sein Sohn ist aus demselben Schlage. Wenn auch Kapp, dem Vater, das gesamte Vermögen laut Reichsgesetz beschlagnahmt wurde, war das für den preußischen Landwirtschaftsminister kein Grund, Kapp, dem Sohn, die Güter des Vaters in Ostpreußen nicht in die Hände zu spielen.

Kapp junior beschäftigt sich auf diesen Gütern auf eine sehr interessante Art und Weise. Wir erfahren darüber folgendes:

Der Sohn des bekannten früheren Generallandschaftsdirektors Kapp hat auf seinem Gute Wilzen in Preußisch-Eylau 100 Mann unter dem Namen einer Schützengilde organisiert und jeden mit einem 98er Gewehr ausgerüstet. Kapp jun. ist auch dabei, in der Umgebung ähnliche Schützengilden zu bilden.

Warum erläßt der Oberstaatsanwalt in Leipzig nicht auch einen Haftbefehl gegen Kapp junior?

Die bürgerliche Justiz gegen die „Rote Hilfe".

In den Bureauräumen der Roten Hilfe in Stuttgart hat wieder eine Haussuchung stattgefunden. Bei dieser Gelegenheit wurden sämtliche Belege, Kassenbuch und Registrarturkarten mitgenommen. Es ist der Roten Hilfe dadurch unmöglich gemacht, die laufenden Unterstützungen auszubezahlen. Bis heute war es noch nicht möglich, die beschlagnahmten Bücher zurückzuerhalten. Die maßgebende Behörde lehnte die Herausgabe ab, da der Staatsanwalt erst Gelegenheit nehmen müsse, das Material zu prüfen.

Ebenso fand in Frankfurt a. M. eine Haussuchung bei dem Vertrauensmann der Roten Hilfe statt. Die betreffende Genossin wurde einem langen Verhör unterzogen. Bei der Haussuchung wurden auch die Postkarten der Roten Hilfe mitgenommen.

Die Klassenjustiz will verhindern, daß ihre Opfer unterstützt werden.

Kommunisten sind keine Arbeiter.

Der Regierungskommissar für die Provinz Sachsen hatte für den 31. August folgende Verordnungen erlassen:

„Umzüge am 31. August 1921, die lediglich zum Zwecke des Treubekenntnisses zur Verfassung und zur Republik stattfinden, werden gestattet. — Fahnen und sonstige Abzeichen, die gegen die Republik gerichtet sind, sei es monarchistischen oder kommunistischen Charakters, sind verboten."

Auf eine protestierende kleine Anfrage unseres Abgeordneten, Genossen Dr. Meyer, antwortet jetzt Minister Dominicus:

„Fahnen von Arbeiterorganisationen sind nicht verboten worden, sondern nur solche Fahnen und Abzeichen, die ausgesprochen gegen die republikanische Staatsform gerichtet sind."

Hiernach sind also Fahnen der Kommunisten keine Arbeiterfahnen, Sowjetabzeichen keine proletarischen Abzeichen und die Kommunisten selbst wahrscheinlich gar keine Arbeiter.

Späte Erkenntnis!

Ludwigshafen, 18. Oktober. Die Badische Anilin- und Sodafabrik schreibt uns unter dem 10. Oktober: Unsere Mitteilung, daß die im Opauer Werk noch befindlichen unversehrten Lager von Ammoniaksulfatsalpeter trotz des nahen Explosionsherdes die Katastrophe ohne Schaden überstanden hatten, und keine neue Gefahrenquelle darstellen, wird durch das Urteil der am Freitag und Sonnabend zur Anilinfabrik beiseltenen unparteiischen und vom Untersuchungsrichter gehörten Sachverständigen bestätigt, die gleichfalls in der Lagerung sowie im sachgemäßen **Abtransportieren Salzes** keine Gefahr erblicken. Es wird demgemäß nach Vereinbarung mit den Sachverständigen das Lager durch scharfe Ueberwachung von Unbefugten geschützt und in nächster Zeit in der von der Aufsichtsbehörde vorgeschriebenen Weise durch mechanische Mittel, das heißt mittels Wasser, Hacke und Schaufel und ohne **Sprengung abgebaut** und das Salz abtransportiert werden.

Auslands-Uebersicht.

Wer öffnet die Gefängnistüren?

Wien, 10. Oktober. Das hier erscheinende Wochenblatt der KPU. „Proletar" bringt einen aus Moskau vom 17. September datierten Artikel von Bela Khun, aus dem wir folgendes abdrucken: Es ist nur mehr eine Frage von wenigen Wochen und die Gefängnisse des Horthy-Landes werden geöffnet, 400 politische Gefangene werden von den Kerkern, Gefängnissen, Einzelhaften und Internierungslagern befreit. Das mächtige russische Proletariat erwartet mit großer Liebe und Bereitschaft die Kämpfer des niedergerungenen ungarischen Proletariats, die so ungeheure Leiden mitgemacht haben. Nur in dem Kopfe der sozialdemokratischen Verleumder konnte dieser schmachvolle Gedanke entstehen, die russische Sowjetrepublik konnte an wen immer, der so im Wege des Austauschens nach Rußland kommt, selbst auch nur die Frage stellen, ob er Sozialdemokrat oder Kommunist sei. Sowjet-Rußland verlangt von niemandem, daß er seiner politischen Ueberzeugung Gewalt antue. Die russischen Kommunisten werden in keinem und wollen in keinem der politischen Gefangenen etwas anderes sehen, als das Opfer des Horthy-Terrors, wie immer auch ihre Meinung über die Verräter der ungarischen proletarischen Revolution sei.

Es sei gegenüber den Legenden von Kunfi und allen sozialdemokratischen Lügen betont, daß Sowjet-Rußlands Arbeiterschaft mit den größten, sorgfältigsten Vorbereitungen die von den Horthy-Reitern befreiten Gefangenen erwartet, und zwar ohne Rücksicht auf ihre Parteistellung oder auf ihre politische Ueberzeugung.

Wirklich revolutionäre, das heißt wirksame und positive Aktionen gegen den ungarischen Weißen Terror wurden bisher allein von dem herrschenden russischen Proletariat unternommen. Die nackte Existenz der russischen Sowjetrepublik war schon an sich eine fürchtige tödliche Bedrohung für die Regierung des Weißen Terrors.

Als die Richter der Weißen Justiz von den zehn ehemaligen Volkskommissären, die sich in ihren Händen befanden, sechs zu lebenslänglichem Gefängnis und vier zum Tode verurteilten, war es die energische Intervention der Sowjetregierung, die die Vollstreckung des Urteils verhindern konnte. Aber nicht nur für das Leben der zehn Volkskommissäre ist das russische Proletariat eingetreten, sondern für alle in den ungarischen Gefängnissen schmachtenden politischen Gefangenen. Tschicherin erklärte in einer Note, daß: „die ungarische Regierung auch die Tatsache nicht außer acht lassen darf, daß in den Konzentrationslagern von Sowjet-Rußland eine bedeutende Anzahl von ungarischen Offizieren unter Aufsicht gehalten wird, auf deren Schicksal die Maßnahmen der ungarischen Regierung in bezug auf die politischen Gefangenen nicht ohne Rückwirkung bleiben wird".

Das energische Auftreten der russischen Sowjetrepublik bedeutete eine wahrlich revolutionäre Realpolitik. Nicht nur prinzipiell hat sie vor der ungarischen Arbeiterschaft dokumentiert, daß sie die ehemalige ungarische Sowjetregierung auch heute als ihre treue Bundesgenossin betrachtet, daß das russische Proletariat auch heute mit der niedergetretenen ungarischen Arbeiterschaft die innige Waffenbrüderschaft hält, sondern sie gewährte zugleich eine tatsächlich praktische sofortige Hilfe für die exponiertesten 400 Opfer des ungarischen Weißen Terrors.

Der Arbeiterschaft ganz Europas, ebenso wie dem ungarischen Proletariat muß nunmehr einleuchten, daß weder die Informationsreisen der verschiedenen ausländischen Delegationen, noch der Scheinboykott der Amsterdamer gelben Gewerkschaftsinternationale, sondern allein die rücksichtslos revolutionären Methoden der russischen Proletariatdiktatur (Aushebung von Geiseln, Internierung von Offizieren in Konzentrationslagern) die Regierung des Weißen Terrors zu ernsten Zugeständnissen zwingen konnte.

Neue Mordtaten der Faszisten. Aus Turin wird gemeldet: In den letzten Tagen haben die Faszisten weitere Schandtaten verübt. So wurden in Monfalcone zwei jugendliche Arbeiter erschossen; ebenso wurden in Pola und in einem Dorf bei Florenz je ein Arbeiter ermordet.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019211014-11/fragment/page=0002

Neue große Streiks in der Tschechoslowakei.

Aus Prag wird gemeldet: Die Firma Hückl in Neutitschein hat die Vertrauensmänner ihrer Fabrik entlassen, weil sie Sammlungen für das hungernde Rußland vornahmen. Daraufhin traten die Arbeiter in den Streik. Die übrigen größeren Betriebe von Neutitschein schlossen sich dem Streik an. Im ganzen streiken dort 14000 Arbeiter.

Geheime Horthy-Organisationen.

Prag, 14. Oktober. Nach einer Meldung des Tschechoslowakischen Pressebureaus hat die Polizeidirektion in Kaschau festgestellt, daß sich in der Slowakei eine geheime Horthy-Organisation gebildet hat, die in enger Verbindung mit magyarischen Faktoren besteht und beabsichtigte, in der nächsten Zeit einen gewaltigen Umsturz in der gesamten Slowakei herbeizuführen. Im Zusammenhang mit dieser Hochverratsaffäre wurden bereits viele Personen verhaftet.

Die Freilassung der Poplarer Steuerverweigerer.

London, 13. Oktober. Der Gerichtshof hat die Freilassung von 29 Stadtverordneten von Poplar angeordnet, die verhaftet worden waren, weil sie sich geweigert hatten, für die örtlichen Steuern zu stimmen, die den Beitragsanteil jenes Stadtviertels für die städtischen Steuern ausmachten.

Immer noch 1 800 000 Erwerbslose in England. Aus London wird gemeldet: Die letzte Arbeitslosen-Statistik nennt 1 403 000 Personen, die Erwerbslosen-Unterstützung empfangen; und es wird mit Befriedigung eine Abnahme der Unterstützungsempfänger um 40 000 konstatiert. Aber diese Abnahme ist nur scheinbar, weil es in England gegen 370 000 Personen gibt, die erwerbslos sind, aber keine Unterstützung erhalten, weil ihre Unterstützungsfrist bereits abgelaufen ist.

Aus der Internationale.

Die Brünner Kommunisten gegen die „Kommunistische Arbeitsgemeinschaft".

„Rovnost" bespricht an leitender Stelle die Bildung der sogenannten „Kommunistischen Arbeitsgemeinschaft" in Deutschland. Unser Brünner Bruderblatt schreibt: „Genau so wie die Kommunistische Arbeiterpartei eine im Leben des deutschen Proletariats bedeutungslose Sekte darstellt, genau so wird es der Levigruppe nicht gelingen, eine wirkliche Arbeiterpartei zu schaffen. Er wird mit seinen Parlamentskollegen so vereinsamt bleiben, wie bei uns Brodezky mit seiner „Zentristischen Partei". Die Kommunistische Partei darf gegenüber der Levi-Fraktion nicht den Standpunkt loyaler Neutralität einnehmen. Sie muß im Gegenteil den Fehdehandschuh, der ihr hingeworfen wurde, aufnehmen und muß jedem Versuch, die Partei zu spalten, mit der größten Schärfe begegnen. Das beste Mittel hierzu ist die Tätigkeit, die Politik der Partei. Wenn in jeder Beziehung, in jeder Stunde und bei jeder Gelegenheit die angespannteste Aktivität entfaltet werden wird, mit dem Ziele der Sammlung der proletarischen Massen, wird der Levi-Fraktion der Boden zur Weiterentwicklung entzogen werden, sie wird ein ebenso unbedeutendes Grüppchen bleiben, wie die Kommunistische Arbeiterpartei."

Lohnpfändung.

Von W. Rühl.

Es mehren sich die Fälle, daß Arbeitern und Angestellten Lohn und Gehalt für rückständige Miete, Gerichtskosten und sonstige Schulden gepfändet werden und ihnen nicht soviel verbleibt, um ihr Leben zu fristen. Die Arbeiterschaft ist den Blutsaugern und gerissenen Geschäftsleuten preisgegeben und sogar auf „gesetzlicher" Grundlage.

Nach dem Gesetz ist dem Arbeitnehmer, der seinen Ehegatten, früheren Ehegatten, Verwandten (z. B. ehelichen Kindern, Eltern) und unehelichen Kindern Unterhalt zu gewähren hat, die Lohnforderung bis zu 5000 Mark jährlich, (416,66 Mk. monatlich, 96,15 Mk. wöchentlich), anderen Arbeitnehmern bis zu 4000 Mk. jährlich, (333,33 Mk. monatlich, 76,92 Mk. wöchentlich) vollständig zu belassen. Wenn der Lohn nach Abzug aller gesetzlichen Versicherungsbeiträge diese Summe übersteigt, ist von diesem Mehrbetrag ein Fünftel der Pfändung nicht unterworfen. Weiter erhöht sich der unpfändbare Teil für jeden oben benannten Unterhaltungsberechtigten um ein Zehntel des Mehrbetrages. Jedoch werden einem unterhaltungspflichtigen Arbeitnehmer höchstens 9000 Mk. jährlich (750 Mk. monatlich, 173,07 Mk. wöchentlich), einem Alleinstehenden höchstens 6000 Mk. jährlich, (500 Mk. monatlich, 115,38 Mk. wöchentlich) belassen. Was darüber ist, kann unbeschränkt gepfändet werden.

Unter den heutigen Verhältnissen sind das Beträge, mit denen ein Erwerbstätiger nicht existieren kann. Darüber hinaus liegen die Verhältnisse bei denen, wo keine Sachen zu pfänden sind, so, daß das Jahreseinkommen zur Deckung der Ausgaben bei weitem nicht ausreicht, so daß eine Lohnpfändung direkt zur Verelendung oder zum Verbrechen führen muß.

Die Geschichte der Lohnpfändung gibt uns Fingerzeige, wie für die Zukunft zu arbeiten ist.

Bis zum Jahre 1869 war die Pfändung keiner Beschränkung unterworfen, und es hatten sich haltlose Zustände entwickelt. Der größte Teil der Arbeiter lebte in einer ewigen Schuldknechtschaft. Im Vertrauen darauf, auf alle Fälle ihr Geld zu bekommen, wurde von gewissenlosen Wucherern, Händlern und anderen Parasiten den Arbeitern unbeschränkter Kredit gegeben, ja aufgedrängt. Die Mehrzahl der Arbeiter war auch direkt auf den Kredit angewiesen, weil der Lohn im Verhältnis zu den Bedürfnissen viel zu gering war. Es war deshalb nicht zu verwundern, wenn im Jahre 1868 allein in Dortmund die Gerichte über 10 000 Klagen auf Lohnbeschlagnahme zu entscheiden hatten. Die Folge war, daß viele Betriebe sich zur Erledigung der Lohnbeschlagnahme besondere Beamte halten mußten, und daraus ergab sich wieder, daß diese Arbeiter entlassen wurden, weil die Unternehmer für solche ausgemergelten Arbeiter keine Verwendung hatten. Weil schließlich die Arbeiter, die nicht an die Scholle gebunden waren, keine Lust hatten, ständig für die Tilgung von Schulden zu arbeiten, bildete sich mit der Zeit ein Vagabundentum heraus, so daß sich die Regierung bemüßigt fühlte, im Jahre 1869 dem Norddeutschen Bundestag ein Gesetz auf Beschränkung der Beschlagnahme vorzulegen, nach dem es in das Ermessen der Richter gelegt werden sollte, zu bestimmen, welcher Betrag der Beschlagnahme nicht unterliegt. Aber selbst der Bundestag wehrte sich gegen die vorliegende Fassung des Gesetzentwurfes und bestimmte im § 4 Abs. 4 des Gesetzes, daß eine Lohnpfändung erst dann eintreten könne, wenn das Gehalt oder die Dienstbezüge die Summe von 400 Talern jährlich übersteigt.

Herr v. Unruh wandte sich im „Interesse der Arbeiter" gegen diese Bestimmung. Er beschäftigte 1500 Arbeiter, die im Durchschnitt je 6 ½ Taler pro Woche verdienen. In Zukunft würde den Arbeitern niemand mehr Kredit geben. Herr von Wedemeyer dagegen trat kräftig für die Bestimmungen ein und wandte sich gegen das doppelte Recht. Er führte seiner Zeit aus, daß, wenn ein Kaufmann zahlungsunfähig werde, er bankrott mache und wenn nichts zu holen ist, wischen sich die Gläubiger den Mund, und er fängt wieder von vorne an; gerate hingegen ein Arbeiter in Zahlungsschwierigkeiten, dann würde er sein Leben lang verfolgt.

Inzwischen stiegen die Durchschnittslöhne von 25 bis 30 Pf. für gelernte und 25 Pf. für ungelernte Arbeiter im Jahre 1869 bis zum Jahre 1898 auf 40 bis 50 Pf. für gelernte und 30 bis 40 Pf. für ungelernte Arbeiter und die pfändungsfreie Summe wurde auf 1500 Mark jährlich festgesetzt. Ganz wenige Arbeiter verdienten mehr als 1500 Mark, so daß praktisch der Arbeitslohn nicht gepfändet werden konnte.

Dann kam der Krieg. Die Teuerung stieg und in weitem Abstand folgte die Steigerung der Löhne. Als im Jahre 1915 die Durchschnittslöhne auf 70 bis 80 Pf. für gelernte und 60 Pf. für ungelernte Arbeiter in der Stunde stiegen, wurde die Pfändungsgrenze auf 2000 Mark erhöht. Man sieht, daß sich schon hierbei das Geldbedürfnis des Staates und seiner Geldgeber bemerkbar machte!

Als im Jahre 1917 infolge der weiter zunehmenden Teuerung die Durchschnittslöhne auf 1 Mark bis 1,10 Mark für gelernte und 80 Pf. für ungelernte Arbeiter gestiegen waren und die Geldnot des Staates immer größeren Umfang annahm, wurde — da der Reichstag auf Grund des § 3 des Gesetzes der Ermächtigung des Bundesrats zu wirtschaftlichen Maßnahmen usw. vom 4. Dezember sein Bewilligungsrecht abgetreten hatte — am 13. Dezember 1917 verordnet, daß ein Zehntel des Mehrbetrages, der die Summe von 2000 Mk. übersteigt, sowie für jeden Unterhaltungspflichtigen ein weiteres Zehntel, jedoch nicht mehr als fünf Zehntel, pfändungsfrei sind.

Eine weitere Verordnung vom 17. April 1919 regelt die Pfändung in folgender Weise: Für Unterhaltungspflichtige bleibt es bei 2500 Mk., für die übrigen bei 2000 Mk. Von der überschießenden Summe bleibt ein Fünftel für jede Person, sowie ein Zehntel für jede Person, der Unterhalt zu gewähren ist, aber nicht mehr als sechs Zehntel, unpfändbar, jedoch darf die Gesamtsumme 4500 Mk. bei Unterhaltungspflichtigen und 3000 Mk. bei den übrigen nicht übersteigen. Die Durchschnittslöhne sind indessen im Jahre 1919 auf 250 bis 300 Pfennige für gelernte und 200 bis 250 Pf. pro Stunde für ungelernte Arbeiter gestiegen.

Im Jahre 1920 endlich ist wieder eine gesetzliche Regelung erfolgt. Es ist die Grundlage der letzten Verordnung beibehalten, nur daß die Beträge auf die am Anfang des Artikels stehenden Höhe gebracht sind. Trotzdem die Stundenlöhne sich bis zum Winter auf einer Höhe von 8 bis 11 Mark bewegen werden, wird die Lebenshaltung weit unter die der Friedenszeit herabgedrückt bleiben. Die Not wird große Teile der Arbeiterschaft auf Kredit angewiesen und andere aus Verzweiflung mit den Gesetzen in Konflikt kommen lassen. Die Gefängnisse reichen bei weitem nicht aus, alle „Verbrecher" zu fassen. **Wer jetzt in Staatspension genommen wird, muß dafür noch eine tägliche Verpflegungsgebühr von 14 Mark zahlen, so daß ein „Verbrecher" nach Verbüßung einer längeren Freiheitsstrafe neben der Gerichtskostenrechnung dem Staate mehrere tausend Mark zahlen muß.** Seine durch die Strafe zerrütteten Verhältnisse wieder zu regeln, ist ihm durch die Lohnbeschlagnahme unmöglich und er wird entweder zur Verzweiflung oder auf die Bahn des Verbrechens getrieben.

Dieser Zustand muß schnellstens beseitigt werden oder die, die ihn dulden, sind die wahren Verbrecher.

Bei den heutigen Verhältnissen wird eine gesetzlich festgelegte bestimmte Summe in ganz kurzer Zeit überholt sein. Der Paragraph 4 des Absatzes 4 des Gesetzes über die Beschlagnahme des Arbeits- und Dienstlohnes würde etwa in folgende Fassung gebracht werden müssen:

„Der Arbeits- und Dienstlohn ist unpfändbar, soweit er das Durchschnittseinkommen eines gelernten Arbeiters und ein Zehntel desselben nicht übersteigt.

Der Betrag wird alljährlich oder nach größeren Veränderungen der Löhne durch das Statistische Reichsamt ermittelt."

Der Reichstag und die „demokratische" Regierung haben jetzt Gelegenheit, zu beweisen, daß sie mindestens ebenso viel soziales Verständnis haben wie Reichstag und Norddeutscher Bundestag vor mehr als 50 Jahren schon aufbrachten!

Gewerkschaftliches.

„Kommunistische Spitzelsucht."

Unter dieser Ueberschrift teilt die „Bergarbeiter-Zeitung" Nr. 41 nochmals die Tat des Spitzels Banasiwicz (Bremen) mit, der selbstverständlich sofort nach seiner Entlarvung aus der KPD. ausgeschlossen worden ist. Die „Bergarbeiter-Zeitung" schreibt zum Schluß:

„Wieviel solcher Banasiwicz mag es noch in der KPD. geben? Es gibt gewiß noch ehrliche Kommunisten, diese müßten sich aber doch fragen, wie es möglich sei, daß die KPD. fast nur ein Spitzelsumpf ist? Wir haben wiederholt gesagt, daß dies nur in dem blöden Ueberradikalismus zu suchen sei, denn dort entscheidet nicht der geistige Kopf, sondern die große Klappe. Glaubt man es nun bald?"

Ueber „Geist" und „Klappe" wollen wir mit Leuten vom Schlage der Husemann, Waldhecker usw. nicht streiten. Wir nehmen aber an, daß sie als „langjährige Arbeiterführer" die Geschichte der Arbeiterbewegung kennen. Wir raten ihnen, sich die „Geschichte der Berliner Arbeiterbewegung" von Eduard Bernstein, „Bebels Erinnerungen" u. a. nochmals durchzusehen, dort werden sie nämlich finden, daß die SPD. (eine Kommunistische Partei mit „Schreiern" gab es ja damals noch nicht) auch schon stets stark mit Spitzeln durchsetzt war, ohne im „blöden Ueberradikalismus" zu schwimmen.

Die Sache steht so: Die kapitalistische Klasse und deren Organe werden ihre Achtgroschenjungen stets dahin schicken, wo dem kapitalistischen Staat die größte Gefahr droht. Daß gegenwärtig die Kommunistische Partei am stärksten mit diesen Lumpen bedacht wird, ist für sie keine Schande, für die SPD. kein Ruhmesblatt. Es ist eine Bestätigung für die Ungefährlichkeit der mit Stinnes koalierten SPD. gegenüber dem Kapital.

Aber noch eins: Die Schreiber solcher Notizen sollen sich bei ihren Parteigenossen Hörsing, Eugen Ernst, Noske, Richter (Berlin) und einer ganzen Anzahl anderer erkundigen, wer im Kampfe mit geistigen Waffen seine Stellung benutzte, um die Kommunistische Partei mit Spitzeln zu durchsetzen. Die letzten Ergebnisse der Untersuchung des mitteldeutschen „Aufstandes" geben ihnen schon eine halbe Antwort! Und solange SPD.-Leute über den „Spitzelsumpf KPD." jammern, ohne zur Ausrottung der wirklichen Ursachen beizutragen, ist ihr Jammern weiter nichts als elende demagogische Heuchelei, entsprungen einem parteipolitischen Bedürfnis.

Die „Bergarbeiter-Zeitung" ist aber ein Gewerkschaftsorgan und wird von einer großen Anzahl Kommunisten mit bezahlt. Diese verlangen alle Fragen in der „Bergarbeiter-Zeitung" vom Standpunkt der „Klassenkampforganisation", die der BAV. doch sein sollte, und vom Standpunkt der „Einheitsfront der gesamten Bergarbeiter", die Husemann in Gießen so stark betonte, behandelt!

An alle Posthelfer, Helferinnen und Telegraphenarbeiter!

Vom Deutschen Verkehrsbund, Abteilung Post- und Telegraphenpersonal, Bezirk Halle, geht uns eine Zuschrift zur Veröffentlichung zu, der wir folgendes entnehmen:

Im gesamten Reichspostgebiet stehen am 15. bis 17. Oktober die Posthelfer, Helferinnen und Telegraphenarbeiter vor wichtigen Entscheidungen. Es gilt die

Bezirksbetriebs- und Zentralbetriebsräte

zu wählen. Das Mitbestimmungsrecht in den Reichsbetrieben wird durch die vorwärtstreibende Reaktion in der Postverwaltung systematisch bekämpft.

Der § 66, Ziffer 1 und 2, sowie § 71, sollen für die Lohn- und Gehaltsempfänger aus dem Betriebsrätegesetz gelöscht werden.

Die gegenwärtige Unwirtschaftlichkeit der Verkehrsbetriebe soll Grund genug sein, um die 150 000 Lohnempfänger um das Mitbestimmungsrecht zu bringen. Den Ursachen dieser Defizitwirtschaft nachzugehen und auf die Abstellung hinzuarbeiten, ist die Aufgabe aller Betriebsvertretungen.

Der Wahlkampf wird geführt unter Voranstellung unserer grundsätzlichen Forderungen. Sie lauten:

1. Volle Anerkennung und Ausbau der Betriebsvertretungen.
2. Uebertragung des Betriebsrätegesetzes auf das gesamte Personal bei der Reichspost und Telegraphenverwaltung.
3. Das Recht der gemeinsamen Interessenvertretung für Beamte und Arbeiter.
4. Stärkung des Einflusses des Personals auf die Verwaltung zur Erreichung wirtschaftlicher und demokratischer Betriebsführung.
5. Volles Mitbestimmungsrecht der Beamten und Arbeiter auf den Gebieten innerhalb der Betriebe und der Verwaltung.

Wir kämpfen Schulter an Schulter mit den im Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund zusammengeschlossenen Millionen Klassengenossen für die Sozialisierung aller lebenswichtigen Industrie- und Wirtschaftszweige, einschließlich des Verkehrswesens, für die Kontrolle der Produktion durch die Vertreter der Arbeiter und Beamten, durch die restlose Zusammenfassung der Arbeiter und Beamten durch Zusammenschluß in Industrieorganisationen, für die Durchführung des vollen Mitbestimmungsrechtes in allen Fragen der Wirtschaftsführung, für Ueberführung der kapitalistischen Produktionswirtschaft in die sozialistische Gemeinwirtschaft.

Wahlberechtigt sind alle im Lohnverhältnis stehenden Arbeitnehmer, die am Wahltage das 18. Lebensjahr vollenden, einschließlich der Posthilfskräfte und Bewerberinnen, die in Bewerberlisten eingetragen sind. Ferner die als Posthelfer beschäftigten Stellenanwärter (Militäranwärter und Inhaber des Anstellungsscheins).

Der Deutsche Verkehrsbund führt den rücksichtslosesten Kampf um Erweiterung der Rechte der Betriebsratsmitglieder. Deshalb wählen wir geschlossen die Liste der Abteilung des Post-, Telegraphen- und Fernsprechpersonals im Deutschen Verkehrsbund.

Betriebsräte vom Verwalter eingesetzt.

A. K. Uns wird berichtet: Auf den Gütern Sakrow und Neusakrow bei Först, wurde der Betriebsrat vom Verwalter eingesetzt. Der „Deutsche Landarbeiterverband", dem viele dort beschäftigte Arbeiter und Arbeiterinnen angehören, hat sich noch nicht gemüßigt gefühlt, hier einzugreifen. Unter den im DLV. organisierten Landarbeitern herrscht auch Mißstimmung darüber, daß ihnen über die Ergebnisse bei Lohn- und Tarifverhandlungen von seiten des Verbandes absolut kein Entscheidungsrecht zugestanden wird. Sie sind entschlossen, die Ergebnisse aus derartigen Verhandlungen sich künftig nicht mehr aufoktroyieren zu lassen.

Landarbeiter, Ihr seid der Verband! Sorgt dafür, daß Eure Stimme Geltung erhält und nicht irgendein Verbandsbureaukrat Euch in Arbeitsgemeinschaften mit den Junkern und Großgrundbesitzern verschachern kann!

Die Aussperrung in der chemischen Industrie.

Berlin, 14. Oktober. (Eigene Drahtmeldung.) In der ersten Abstimmung ist das Ergebnis der Verhandlungen der Unternehmer mit den Gewerkschaftsführern von den ausgesperrten Arbeitern der chemischen Industrie mit überwältigender Mehrheit abgelehnt worden. Die Gewerkschaftsbureaukratie veranlaßte nach wenigen Tagen eine zweite Abstimmung. Das endgültige Ergebnis ist nunmehr festgestellt. Es stimmten für Weiterstreik: in Höchst 4119, gegen 1099; in Griesheim 274 gegen 1714; in Kelsterbach 682 gegen 65; insgesamt 5075 gegen 2878.

Streik in der Berliner Metallindustrie.

Berlin, 14. Oktober. Der Verband Berliner Metallindustriellen lehnte Verhandlungen mit den Angestellten angesichts deren drohender Haltung ab, so daß mit einem Streik in der Berliner Metallindustrie zu rechnen ist.

Kleine gewerkschaftliche Nachrichten.

Maler, Achtung! Am Sonnabend, dem 15. Oktober, abends ½8 Uhr, Fraktionssitzung der Maler in der „Goldenen Kette", Alter Markt. Aeußerst wichtige Tagesordnung.

Der Fraktionsvorsitzende.

Wirtschaftspolitik.

Das Wiesbadener Abkommen.

In der „Deutschen Tageszeitung" vom 9. Oktober gibt der Reichstagsabgeordnete Dr. Reichert die folgende, im ganzen zutreffende Berechnung der neuen, dem Proletariat durch das Wiesbadener Abkommen aufgebürdeten Lasten:

„Frankreich erhält einen Lieferanspruch von 7 Milliarden Goldmark. Davon werden 35 Prozent der Lieferungen sofort angerechnet, also 2,45 Milliarden Goldmark. Es beträgt also die nicht sofort anzurechnende Vorausleistung 4,55 Milliarden Goldmark, also zusammen 7 Milliarden Goldmark.

Danebenher läuft der eigentliche, regelmäßige Anspruch Frankreichs auf Grund des Londoner Ultimatums jährlich mit 1,6 Milliarden Mark. Danach würde sich für die Dauer des Wiesbadener Abkommens von 4½ Jahren 4½ mal 1,6 Milliarden, also zusammen 7,2 Milliarden Goldmark ergeben. Da aber zu diesem alten Anspruch Frankreichs eine Mehrleistung von 4,45 Milliarden Goldmark hinzukommt, so beträgt der ganze Anspruch Frankreichs in den ersten 4½ Jahren zusammen 11,75 Milliarden Goldmark."

Diese 4,45 Milliarden Goldmark, um die sich die Verpflichtung Deutschlands erhöht, kreditiert die deutsche Regierung den französischen Großindustriellen, die dafür von der deutschen Großindustrie Produktionsmittel zum Ausbau ihrer wirtschaftlichen Machtstellung erhalten. Die deutschen Industriellen aber erhalten diese 4,45 Milliarden Goldmark von der deutschen Regierung sofort bar bezahlt.

Für das deutsche Proletariat ergibt sich also, daß es sowohl die 7,2 Milliarden Goldmark des Londoner Abkommens, wie die 4,45 Milliarden Goldmark des Wiesbadener Vertrages sofort, d. h. innerhalb der nächsten 4½ Jahre, aus seiner Arbeit aufzubringen hat. Noch größere neue Steuern, als sie selbst Wirth bisher plante, werden auf seine Schultern gewälzt werden müssen. Der Achtstundentag wird bald nur eine schöne Erinnerung an die Vergangenheit sein. Das ist der „Erfolg", den Rathenau in Wiesbaden für das deutsche Proletariat herausgeholt hat.

Die deutschen Kapitalisten werden neue Milliardenprofite einsacken, aber das Proletariat wird weiter hungern und weiter im Elend verkommen!

Hier hilft nur ein Ausweg: die Anspannung aller Machtmittel der Arbeiterschaft, um die Kontrolle der von Rathenau zur Durchführung der Lieferungen organisierten Lieferungsverbände dahin durchzuführen, daß der Gewinn aus den Wiedergutmachungs-Lieferungen nicht den privaten Unternehmern, sondern ausschließlich dem Staat zufällt.

Kartoffelnot und die Großgrundbesitzer.

A. K. In der Lausitz und in Schlesien herrscht Kartoffelnot. Die dortigen Junker und Großgrundbesitzer mieten ihre Kartoffeln ein, um die hohen Preise im Frühjahr abzuwarten. Motto: Arbeiter, zahle höhere Preise, dann bekommst du Kartoffeln!

Ein Herr v. Martin glaubt nicht an die Zahlkraft der Arbeitenden. Er sucht deshalb andere Wege, um hohe Profite einzusacken. Er ist Besitzer des Gutes Dieska, Kreis Rothenburg (Schlesien), und läßt dort zurzeit große Mengen Kartoffeln erfrieren.

Die Kartoffeln wurden aus der Erde ausgebuddelt, aber nicht fortgebracht und gelagert, sondern auf dem Felde liegen gelassen. Damit keine Kartoffeln gestohlen werden, hat der famose Gutsherr Tag und Nacht Wächter hingestellt. Durch die scharfen Nachtfröste sind die Kartoffeln für die Ernährung nicht mehr zu gebrauchen.

Warum ließ man die Kartoffeln erfrieren? Herr von Martin hat eine eigene Brennerei! Die hohen Schnapspreise veranlassen diesen Menschenfreund, die Kartoffeln der menschlichen Ernährung zu entziehen und so aus dem Hunger der Arbeiter klingende Münze zu prägen. Profit ist mein Vaterland!

Arbeitendes Volk, wie lange noch willst du einem derartigen Treiben zusehen? Nur die Erringung der Verfügung über sämtliche Großgrundbesitze, verwaltet durch die im Interesse des arbeitenden Volkes wirtschaftenden Gutsräte, kann dieser Lotterwirtschaft ein Ende bereiten!

Stinnesierung der Gutsbesitze.

A. K. Stinnes, der ungekrönte König Deutschlands, geht, wie wir aus zuverlässiger Quelle erfahren, dazu über, große Güter, die über großen Waldbestand verfügen, aufzukaufen. Das Gut Vürchow bei Neustettin ist bereits in seinem Besitz.

Die Ausrodung des deutschen Waldes aus Ausfuhrinteresse kann beginnen. Stinnes schiebt Valutagewinne ein, die Werte Deutschlands wandern ins Ausland. Deutschland verarmt, wird entwertet. Die Valuta sinkt. Die Lebenshaltung des arbeitenden Volkes wird teurer. Doch — die Stinnesprofite steigen!

Hoch die Koalition mit Stinnes!

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019211014-11/fragment/page=0003

Grosser Herbst-Verkauf!

Dieser großzügige Verkauf umfaßt sämtliche Abteilungen unseres Hauses!

Jetzt wird es höchste Zeit

um den Bedarf für Herbst und Winter einzukaufen, denn die Preise gehen rapide in die Höhe und selbst unsere Riesenläger an Waren, die wir vor Eintritt der Preissteigerung gekauft haben, werden eines Tages erschöpft sein, und sie müssen weit höhere Preise anlegen, **darum zögern Sie nicht mit Ihren Einkäufen, sondern kaufen Sie noch heute.**

Wir kaufen bei ersten Firmen der Berliner Groß-Konfektion
große Posten hochmoderner

Damen-Konfektion

die wir zu
Überragend billigen Preisen
zum Verkauf bringen.

- **Moderner Mantel** aus gutem, meliertem Stoff, weite, feiche Form 175,00
- **Flausch-Mantel** reine Wolle, in viel. Farb. moderne Verarbeitung 245,00
- **Moderner Schlüpfer** aus gutem Noppenstoff, mit farbig. Unterkragen 395,00
- **Kleider** aus reinwoll. Cheviots, neueste, geschmackvollste Ausführung teilweise mit bunter Stickerei . . . 450,00 295,00 195,00
- **Moderne Falten-Röcke** aus reinwoll. Chev. 145,00 125,00 98,00

Kinder-Mäntel und Kinder-Kleider
in großer Auswahl zu billigsten Preisen.

Gewaltige Mengen

Schuhwaren

die wir vor Beginn der Preissteigerung gekauft haben, bringen wir
zu ganz außergewöhnlich billigen Preisen
zum Verkauf:

- **Schulstiefel** festes Leder, Gr. 31/35, P. 6,80, Größe 27/30 . . . . . Paar 58,00
- **Damen-Halbschuhe** mit Lackkappe, moderne Formen, Paar 128,00
- **Damen-Schnürstiefel** Derbschnitt, gute Paßform . . . . . Paar 135,00
- **Damen-Schnürstiefel** Chevreau, m. Lackkappe, Paar 175,00
- **Herren-Schnürstiefel** breite Form . . . . . Paar 135,00
- **Warme Kinder-Schnallenstiefel** Gr. 31/35 Paar 14,50, Größe 27/30 Paar 12,50
- **Kamelhaarschuhe** imit., für Herren Paar 34,50 für Damen . . . . . Paar 27,00
- **Warme Hausschuhe** verdeckte Nodt, Lederiohle, für Herren 59,00, für Damen . . . . Paar 42,00
- **Warme Schnallenstiefel** für Damen, Filz- und Lederiohle und Ablaßfleck . . . . . Paar 48,00

Wir kaufen zur richtigen Zeit
große Mengen

Damen-Putz

die wir zu
fabelhaft billigen Preisen
zum Verkauf stellen.

- **Elegante Damen-Hüte** aus feinem Zylinderpfütsch 175,00 125,00 88,00
- **Moderne Filz-Hüte** gute weiche Qualitäten, teilweise garniert . 95,00 58,00 39,00
- **Jugendliche Kappen** riesig kleidsam, in vielen Mode-Farben 55,00 45,00 29,00
- **Reizende Kinder-Hüte** in verschiedenen Ausführungen . . . 68,00 29,00
- **Moderne Hut-Garnituren** 12,50 8,75 6,75
- **Linon-Formen** 15,75 9,75 6,75

Hüte werden schnell und billig modernisiert.

Echte Lilienmilchseife 2,50
Famil.-Bade-Seife in verschied. Farben . . 4,00

Mod. Strickbinder Stck 17,50 13,50
Breite Selbstbinder mod. Streifen u. Bl.-Must. 16,50 12,50

Herren-Hüte in vielen Farb. u. Formen . 48,00 39,00
Herr.-Sportmützen in versch. Ausführ. hell u. mittelf. 12,75 9,75

Gemischte Bonbons 1/4 Pfd. 2,00
Husten-Bonbons 1/4 Pfd. 3,00

Pfefferminzbruch 1/4 Pfd. 3,25
Pflastersteine . . 1/4 Pfd. 2,25

Etwas ganz Besonderes:
Chaiselongues 378,00
gute Verarbeitung, feiner haltb. Bezug, reine Ware, Mk. 450.00

Im II. Stock hervorragend billiger Verkauf von
Gardinen, Möbelstoffen, Tisch- und Chaiselonguedecken.

Kaufhaus

Das führende Kauf- und Warenhaus Halles. 3639

Empfehle ständig gute
hausschlachtene Wurstwaren
und frisches Fleisch
in bester Qualität zu soliden Preisen.
Artur Reinicke, Fleischermeister,
Dessauer Straße 16. 1232

Pelzwaren
Reparaturen, Neu-, Umarbeiten.
— Fachmännisch. — Sauber. — Billig. —
UMPRESSEN
von Damen- und Herrenhüten nach den neuesten Formen.
Fr. Halle, Große Steinstraße 13, Eingang Mittelstraße, früher Breitestraße 6.
Einkauf aller Sorten Felle zu höchsten Tagespreisen. 3603

Militär-Schaft-Schnürschuhe,
getragen, aber guterhalten, verkauft zu billigen Preisen
*1264 **J. Sternlicht, Alter Markt 11.**

1262

Dauer-Wäsche
Kragen, Vorhemden,
Manschetten, Manschetten-Schoner
Kragen-Einlagen
kalt abwaschbar,
bester Ersatz für Leinen-Wäsche!
Hugo Nehab
Nachf.
3 Große Ulrichstraße 3
Marktnähe.
Auf Firma und Hausnummer bitte genau zu achten!!

FREYBERGS
Spezialgetränk
nach Art meines alten
Deutschen Porter.

Nach § 14 des Biersteuergesetzes als bierähnliches Getränk bezeichnet.

Aerztlich empfohlen:
Blutarmen,
Stillenden Müttern,
Kranken und Genesenden
sowie allen, denen an der Erhaltung und planmäßigen Auffrischung der Kräfte gelegen ist.

Freybergs Brauerei,
Gegr. 1816. 1268

Erhältlich in allen durch Plakate kenntlichen Gastwirtschaften und einschlägigen Geschäften

---

Freilmfelder- und Liebenauerschule. 1229
Näh- und Zuschneideunterricht, unter wirklich erstklassiger gewissenhafter staatlich geprüfter Leitung. Nachmitt. u. Abendkurse. Meldungen von 4—6 Uhr b. Fr. **Petsche, Fischerplan 4,** an der Herrenstr.

Sommersprossen beseitigt über Nacht „Taint frei" . . ℳ 32,—
Gallensteine beseit. ohne Operation „Enzona" . . . . . ℳ 48,—
Mitesser, Hautunreinigkeiten verschwind. über Nacht d. „Bara" ℳ 65,—
Volle Büste erhalten Sie nur durch Büstenwasser „Notto" ℳ 52,—
Üppigen Haarwuchs erzeugt „Lona", keine Glatze mehr! . ℳ 75,—
Hautjucken und Krätze verschwinden sofort „Pasta Klara" ℳ 28,—
Zahlreiche Dankschreib. Garantie! Bei Nichterfolg Geld zurück.
Versand diskret durch Laboratorium.
F. Möller, Heilkundiger, Bremen, *1228
Gr. Krummenstr. 23.
Sprechstunden: 9—10 und 3—4 Uhr.

Gelegenheitskäufe
in Möbeln, Polsterwar., Betten usw. 1234
Klara Rust,
Sternstr. 6, Telephon 3579.

Diesen Sonnabend, Sonntag und Montag 3634

Ausstellung
in den Schaufenstern der Fa. Huth & Co.
Ein Teil der Schülerinnen will den Hausfrauen und Mädchen zeigen, was sie in dem
Näh- u. Zuschneide-Unterricht in der Talamtschule
bei 8wöchentlicher theoretischer Vorbildung gelernt haben.
Direktion J. May, Glauchaer Straße 69.

Voranzeige. Etwa in 5 Wochen findet eine 2. Ausstellung mit Preisverteilung, von etwa 150 Schülerinnen statt.

3630
Heute: Schlachtefest
A. Brinkmann Hardenbergstr., Ecke Dessauerstr.

Herrenanzüge, Paletot, Kostüm s. verk. Harz 40.

Wohnungstausch!
Stube, Kammer, Küche in Mitzau b. Merseburg, Nähe Leuna, gegen gleiche in Halle gesucht. Näheres bei **Gottschalk,** 3628 Adoskatenweg 19.

Genossinnen u. Genossen!
Kauft im
Schuhhof,
Neumarktstrasse 3-4.
Zögern Sie nicht länger! Noch kaufen Sie billig! Decken Sie sich ein, bevor der grosse Aufschlag kommt!
3629
Eigene Reparatur-Werkstätten.

Gegen Wanzen, Flöh' u. Läuse
Nimmt **Riesolda** nur der Weise:
Kinderunschädlich wird gelund
Tier u. Mensch u. Näh' u. Hund.
In 1/2 Stunde verrichtet Sie unter **Garantie Kopf-, Filz- und Kleiderläuse** sow. Brut (Niss.) **Wanzen, Flöhe** b. Mensch u. Tier. **„Riesolda"** g. resch. Mitt. Wand. unschädl. Verl. nur: **Schurig,** Steinweg 10. Posts. Preis: **5** und **7,50** Mk. 1218

Spezialarzt **Dr. med. Dammann's Heilanstalt**
Berlin 96, Potsdamerstraße 123 B.
Sprechstunden 9—12, 3—6, Sonntags 10—12
Langjährig bewährtes Heilverfahren gegen alle Geschlechtskrankheiten, Syphilis, Harnröhrenleiden in frischen und alten Fällen, sexuelle Schwäche, Weißfluß, Unschädliche Kuren, keine Berufsstörung. Belehrende Broschüre mit zahlreichen Dankschreiben kostenlos ohne jede Verpflichtung gegen Doppelbriefporto in verschlossenem Kuvert ohne Aufdruck. Leiden genau angeben.

Hausfrauen!
Kauft nur in den Geschäften, welche im „Klassenkampf" inserieren.

Trotz der neuen Tabaksteuer!
habe ich meine
Preise nicht erhöht.
Jeder kauft nach wie vor am **billigsten** bei 3633
M. Jasper, Leipziger Str. 96

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019211014-11/fragment/page=0004

Zur gefl. Beachtung!

Alle, die mit dem Verlag Klassenkampf in geschäftlicher Verbindung stehen, seien es unsere verehrlichen Inserenten, unsere Berichterstatter für die Zeitung, oder auch unsere auswärtigen Trägerinnen, bitten wir darauf zu achten, daß die Geschäftsstelle des Verlages sich vom 15. Oktober an nicht mehr im Eckladen auf dem Harz 42/44 befindet, sondern daß die

Annahme der Anzeigen in der Volksbuchhandlung

neben dem Eckladen erfolgt. Auch können die Anzeigen von diesem Tage an in der Hauptgeschäftsstelle des Verlages Klassenkampf, in der Lerchenfeldstraße 14, abgegeben werden.

Mit dem 1. November wird der Gesamtbetrieb der Produktiv-Genossenschaft in der Lerchenfeldstraße 14 eröffnet und gehen von diesem Tage an alle Briefe (Verlag und Redaktion) an diese Adresse.

Wir bitten dringend, das Vorstehende zu beachten

Verlag Klassenkampf.

Die Kommunalisierung der Lebensmittelversorgung durch die Konsumvereine.

Von Karl Bittel-Erdmann.

Zu den kommunalen Aufgaben gehört auch die Durchführung der alten sozialdemokratischen Programmforderung der Kommunalisierung der Lebensmittelversorgung. Die Kommunisten müssen hier, wie in den vielen andern Fragen, die SPD. und USPD. vorantreiben, damit diese endlich ihre Paradeprogramme in die Tat umsetzen. Die Aufgabe auf diesem Gebiete liegt vollkommen klar und ist schon in den ersten Richtlinien der kommunistischen Gemeindevertreter der USPD. mit folgenden Punkten ausgesprochen:

„Die Kommunalisierung der Lebensmittelbeschaffung und Verteilung für die Arbeiterschaft muß eine Forderung der kommunistischen Gemeindevertreter sein, und zwar unter Zuhilfenahme der Konsumgenossenschaften."

Wie ist diese Aufgabe nun praktisch durchzuführen? In der ersten Nummer der „Kommune" ist bereits in einem Artikel Näheres darüber gesagt und vor allem darvor gewarnt, die Aufgabe der Lebensmittelversorgung dem schwerfälligen Bureaukratenapparat der Gemeinden zu übertragen. Das Experiment während des Krieges, „städtische Lebensmittelversorgungen" einzurichten, ist derart gescheitert, daß es nicht mehr nachgemacht zu werden braucht.

Die Kommunalisierung der Lebensmittelversorgung ist vielmehr in der Weise in die Wege zu leiten, daß man anknüpft an die Vorarbeit, die von der freien Genossenschaftsbewegung, also vor allem den Konsumvereinen, geleistet worden ist. In sehr vielen Städten besteht ein großzügiger Genossenschaftsapparat mit zahlreichen Verteilungsstellen, Spezialläden, Zentrallagern, Fuhrparks und Eigenproduktionsbetrieben. Zweckmäßigerweise wird die Kommunalisierung der Lebensmittelversorgung nun in der Weise durchgeführt, daß man die bisher autonomen Konsumvereine zu öffentlich-rechtlichen Instituten macht, die das Monopol für gewisse Lebensmittel erhalten. Also eine Kommunalisierung der Genossenschaften, indem man die Selbsthilfeorganisationen der Konsumenten, die in der Hauptsache vom Proletariat getragen sind, zu dem kommunalen Apparat macht. Die Konsumvereine werden somit ausgestattet mit Rechten, wie das der Beschlagnahme von Läden, Lagern, Transportmitteln usw.

In dieser Weise können die kommunistischen Gemeindevertreter praktisch vorgehen. Das trifft vollkommen zusammen mit den Schritten, die die kommunistischen Genossenschafter seit einiger Zeit bereits eingeschlagen haben. Und zwar wurde von diesen auf den letzten Genossenschaftstagen in Württemberg und für das Reich in Baden-Baden ein Programm vorgelegt, wonach die genossenschaftlichen Organisationen zur Kommunalisierung benutzt werden sollen. Es heißt dort:

„Als öffentliche Körperschaften sind die Konsumvereine, unter Kontrolle der Gewerkschaften und Betriebsräte, zu alleinigen Verteilern aller Lebensmittel und Gegenstände des täglichen Bedarfs zu machen. Sie erhalten die hierfür notwendigen Machtbefugnisse, wie Enteignungs-, Beschlagnahmerecht usw.

. . . . . Durch die Konsumvereine sind verbilligte Lebensmittel an alle Lohn- und niederen Gehaltsbezieher und Rentenempfänger zu verteilen, wozu das Reich die Mittel bereitstellt."

Das ist auch vom genossenschaftlichen Standpunkt aus der einzige Weg, um in Zukunft die Genossenschaften zu Organisationen zu machen, die im Interesse der proletarischen Massen zu wirken imstande sind. Denn die Genossenschaftsbewegung ist durch eine verhängnisvolle Politik ihrer Bureaukratie in eine höchst schwierige Situation in der nun von allen Fesseln der Zwangswirtschaft befreiten Freien Wirtschaft — die sie zusammen mit den Händlern und Agrariern erkämpft haben — geraten. Vor allem sind die Konsumvereine in eine finanzielle Krise hineingekommen, die ihnen meistenteils die Möglichkeit raubt, sich organisatorisch auszubauen und neue Abteilungen anzugliedern, wie das im Interesse ihrer Mitglieder notwendig wäre. Sie sind außerstande, die notwendigen Kapitalien aus den größtenteils leeren Taschen der minderbemittelten Konsumvereinsmitglieder herauszuholen. Und wenn sie sich nicht dem Bankkapital ausliefern wollen, sind sie gezwungen, sowohl von den Gemeinden als auch vom Staat und vom Reich öffentliche Geldmittel zu erhalten. Für sie ist also die Kommunalisierung, die ihnen diese öffentlichen Gelder mitbringt, eine Notwendigkeit. (Vergleiche hierzu die verschiedenen Artikel in dem von der Genossenschaftsabteilung der Zentrale der KPD. herausgegebenen „Kommunistischen Genossenschafter".)

In zahlreichen Gemeinden werden gegen diese Art der Kommunalisierung begründete Bedenken gegenüber der Genossenschaftsbureaukratie bestehen. Es ist daher notwendig, daß den öffentlich-rechtlichen Konsumvereinen Kontrollorgane beigegeben werden, sowohl von seiten der Konsumenten (Konsumentenräte), als auch von seiten der andern proletarischen Organisationen (Gewerkschaften, Betriebsräte usw.). Bei dieser öffentlichen Funktion erhalten die Konsumvereine, wie schon gesagt, das Enteignungsrecht für den notwendigen technischen Apparat, als auch für die irgendwo lagernden gehamsterten Lebensmittel, wie es der ADGB. bereits am 28. März als Punkt sieben seiner acht Punkte gefordert hat.

Daß die Verteilung verbilligter Lebensmittel mittels Reichszuschuß an die Arbeiterklasse niemals durch den Privathandel, sondern lediglich durch die Konsumvereine gehen sollte, ist wohl für jeden Kommunisten selbstverständlich. Inwieweit außer der Verteilung auch Produktionsbetriebe (Bäckereien werden ja wohl in den meisten Fällen die Genossenschaften bereits haben) den Genossenschaften angeschlossen werden können, ergibt sich aus der speziellen Lage. Ohne Zweifel gehört zu den Aufgaben der Konsumvereine sowohl die Holz- und Kohlenversorgung, als auch die Einrichtung genossenschaftlicher Bäckereien, Reinigungs-, Flick- und Ausbesserungsanstalten, durch welche die proletarischen Hausfrauen Arbeitszeit, Material und Geld sparen. Ebenso ist zu erwägen, inwieweit durch die Genossenschaften, wie es Privatgesellschaften in größeren Städten nicht nur Amerikas, sondern auch Deutschlands bereits tun, eine teilweise Zubereitung der Lebensmittel stattfinden kann oder Vorkochküchen, Einkochenhäuser und Speiseanstalten angegliedert werden können. (Vergleiche hierzu den Artikel in der „Kommunistischen" Nr. 11, S. 83).

Es wird sich natürlich niemand der Illusion hingeben, daß mit diesen Mitteln die proletarische Existenzfrage zu lösen sei. Aber mit solchen Forderungen, die ohne Zweifel dem gesamten Proletariat einleuchten werden, in den Gemeindeparlamenten aufzutreten, ergibt die Möglichkeit, die Vertreter der andern proletarischen Parteien zu zwingen Ernst zu machen mit ihren Programmen, oder aber Farbe zu bekennen und vor den Massen entlarvt zu werden.

Selbstverständlich wird der Forderung nach Kommunalisierung der Lebensmittelversorgung durch die Genossenschaften, der heftige Widerstand von seiten der bürgerlichen Vertreter entgegengesetzt. Mit ihnen zusammen werden in manchen Fällen auch die Genossenschaftsbureaukraten der Oeffentlichkeit den Beweis erbringen, daß es ihnen mit einer energischen Bekämpfung des kapitalistischen Händler- und Wuchertums nicht Ernst ist, auch wenn sie sich als noch so gute „Genossenschafter" bezeichnen.

Die hier dargestellte Aufgabe ist nur ein Etappenziel, nichts als eines der Mittel zur Besserung der Lebensbedingungen der breiten Massen. Die Richtung zur Lösung ist gezeigt, die innerhalb des kapitalistischen Systems nicht herbeigeführt werden kann. Aber der entschiedene Wille zur Durchführung der Kommunalisierung der Lebensmittelversorgung wird die Konflikte zwischen Proletariat und Bourgeoisie steigern, wird den Massen über ihre Lage Klarheit bringen und zu Auseinandersetzungen und Kämpfen führen, die auf dem Wege zum Siege des Proletariats liegen.

*

Aus Nr. 2 der Zeitschrift „Die Kommune". Herausgegeben von der kommunalpolitischen Abteilung der Kommunistischen Partei Deutschlands.

Halle und Saalkreis.

Halle, den 14. Oktober 1921.

Bürgerliche Heuchelei.

Ablehnung der Nutzlandhilfe. — Ablösung der Zwangseinquartierung angenommen.

* Die ganze erbärmliche Heuchelei der bürgerlichen Gesellschaft kam wieder einmal gestern bei der Beratung des Antrages der kommunistischen Stadtverordneten-Fraktion im Haushaltsausschuß zum Ausdruck. In der letzten Stadtverordnetensitzung wurde von unseren Genossen ein Antrag eingebracht, der hungernden Bevölkerung in Rußland 50 000 Mark aus städtischen Mitteln zu überweisen. Dieser Antrag wurde gestern im Haushaltsausschuß beraten. Begründet wurde er von unseren Genossen damit, daß der hungernden Bevölkerung sofort geholfen werden müsse, da die ungeheure Dürre die Ernte im Wolgagebiet vollständig vernichtet habe, so daß etwa 20 bis 30 Millionen dem Hungertode ausgeliefert würden, wenn nicht sofort geholfen werde. Eine Reihe von Städten habe sich dieser Notwendigkeit auch nicht verschlossen und größere Geldbeträge bereits zur Verfügung gestellt. Bei diesem Hilfswerk dürfe nicht die politische Frage oder Abneigung mitsprechen, sondern die Pflicht als Mensch gebiete hier, Menschlichkeit zu üben.

Und doch hatten die bürgerlichen Heuchler den traurigen Mut, von „Sympathie" und „Mitleid" mit der hungernden Bevölkerung zu sprechen, für die Not durch die Mißernte aber die Herrschaft der Arbeiter verantwortlich machte und die Unterstützung ablehnte. Besonders tat sich der „Demokrat" Winner hervor, der die niederträchtigsten Lügen der „Antibolschewistischen Liga" hier wiederholte.

Bürgermeister Sendel versuchte den Ausschuß dadurch zu beeinflussen, daß er angab, die Stadt Halle dürfe sich an diesem Unterstützungswerk nicht beteiligen, da dann die ausländische Hilfe eingestellt werden würde. Und doch hat die Stadt Halle, die so großen Wert auf die ausländische Hilfe der Quäker legt, 100 000 Mk. als „Ehrengabe" übrig für Professor Abderhalden, aber nichts für ein Volk, das durch eine ungeheure Naturkatastrophe dem Hunger ausgeliefert wird, und zwar nur aus dem einen Grunde, weil dort die Arbeiter die schmarotzende Ausbeuterklasse zum Teufel gejagt hat.

Der Antrag der kommunistischen Fraktion wurde mit 11 bürgerlichen gegen 8 sozialistische und kommunistische Stimmen abgelehnt.

Wie die Wohnungsnot in Zukunft behoben werden soll, das hat die demokratische Regierung kürzlich den Gemeinden durch eine Verfügung bekanntgegeben. Die reichen Schieber und das ganze kapitalistische Gesindel dürfen jetzt in ihren Palästen wohnen bleiben, sie können sich von einer Zwangseinquartierung durch einen Fetzen Papier loskaufen. Und dieses Geld soll dann für Neubauten verwendet werden. Während Millionen von Proletariern in armseligen Hütten, in baufälligen Obdhuden und Scheunen bei Wind und Wetter hausen müssen, dürfen einzelne Personen allein große Paläste bewohnen und niemand kann sie zwingen, ihren aufreizenden Luxus einzuschränken. Sie können sich mit ein paar Fetzen Papier von allen Unbequemlichkeiten loskaufen. So will es die Gerechtigkeit, das ist national . . .

Und selbst Unabhängige stimmten mit Ausnahme eines Stadtverordneten dieser ungeheuerlichen Heratsforderung zu. Das ist der Klassenkampf, den diese Betrüger und Demagogen dauernd im Munde führen. Die Einheitsfront war wieder einmal von den Deutschnationalen bis zu den Unabhängigen hergestellt.

Die Scheelsichtigen.

Wir haben in Halle ein Stadttheater. Es ist die einzige Stätte, wo gute dartellerische Kunst geboten wird. Aber es leidet darunter, daß es fast immer leer ist. Die das Geld haben, hineingehen zu können, gehen nicht hinein, und die gern hineingehen möchten, können dies aus Mangel an Mitteln nicht. Die Besitzenden boykottieren das Theater, weil der Intendant ein Jude und außerdem stark verdächtig ist, mit der Revolution zu sympathisieren. Das darf ein Theaterdirektor nicht, wenn er es nicht mit der zahlungsfähigen Bourgeoisie verderben will.

Durch den Boykott des Bürgertums ist das Theater schon verschiedene Male in Gefahr geraten, aus Mangel an Mitteln geschlossen zu werden. Darauf hoffte auch das Bürgertum. Dann hätte es gleich zwei Erfolge zu buchen. Herr Sachse, der Jude und Revolutionär, würde verschwinden, und vor allem wäre auch wieder einmal der Beweis erbracht, daß ein kommunalisierter Betrieb sich nicht halten kann, oder höchstens durch große Zuschüsse.

Diesen feinen Plan droht die Hallische Arbeiterschaft zuschanden zu machen. Sie sorgt nach der Kunst, konnte sich nur den Kunstgenuß nicht leisten, weil die Eintrittspreise, die an und für sich zu hoch sind, ihr nicht gezahlt werden können, da die unbedingt nötigen Ausgaben für Lebensmittel und Bedarfsartikel kein Geld für Kulturzwecke übriglassen. Aber es läßt sich machen, wenn durch Massenbesuch die Unkosten einer Vorstellung mehr verteilt und die Eintrittspreise dadurch wesentlich herabgesetzt werden können. Das versucht die „Freie Volksbühne", das versucht auch das Hallische Gewerkschaftskartell. Der „Hallische Zeitung" paßt das nun gar nicht, und deshalb verleumdet sie das Unternehmen in einem Artikel, den sie in Nr. 468 unter der Ueberschrift „Leopold Sachses Dank" veröffentlicht. Unter Bezugnahme auf die Ankündigung des Gewerkschaftskartells, daß die ungünstigsten Plätze für 1 Mk. abgegeben werden, schreibt das deutschnationale Blatt:

„Die versunkene Glocke" für 1 Mark! Das grenzt an Ausverkauf! Das grenzt aber noch mehr an eine Herausforderung aller jener Kreise im Hallischen Volk, die sich seit Jahr und Tag keine Theatervorstellung mehr haben gönnen dürfen, obgleich sie mit brennenden Augen vor den Ankündigungen standen und mit tiefem Verständnis, ja einer Ehrfurcht im Herzen zu Wagner und Schiller und Hauptmann gekommen wären. Die nicht einmal das Geld aufbringen konnten, um der Volksbühne beizutreten."

Wir müssen schon sagen, daß uns so viel Heuchelei auf einem Haufen selten vorgekommen ist. Wenn es auch richtig ist, daß die breiten Volksmassen den Kunststempel nur von außen kennen, weil ihr schwacher Geldbeutel den Einblick in das Innere nicht gestattete, warum hat man dann nicht wenigstens das zahlungsfähige Bürgertum drinnen gesehen. Die teuersten Plätze waren stets die leersten, und oftmals fand man dort so gut wie niemand sitzen. Dadurch war es der Intendanz erst recht nicht möglich, die Preise für die minder guten Plätze herabzusetzen. Vielleicht wäre es besser gewesen, Herr Sachse hätte schon längst darauf verzichtet, daß die Bourgeoisie ins Theater kommt, und hätte durch eine Preisnivellierung dafür gesorgt, daß auch die Arbeiterschaft sich für erschwingliches Geld einen guten Platz im Theater sichern konnte. Wenn ihm nun, nachdem er in dankenswerter Weise der Arbeiterschaft wenigstens soweit entgegenkommt, daß er das Theater für bestimmte Tage zur Verfügung stellt, von einem bürgerlichen Blatt in höhnischer Form Vorwürfe gemacht werden, dann muß das von jedem, der die Kunst dem Volke geben will, energisch zurückgewiesen werden. Wenn die „Hallesche Zeitung" zum Schluß an den Mittelstand, die Kleinbürger, die Handwerker und die Beamten appelliert, auch ihrerseits von Herrn Sachse das Recht am Theater zu fordern, dürfte dieser demagogische Trick an der Bereitwilligkeit des Herrn Sachse scheitern, auch diesen genannten Bevölkerungskreisen das Theater zu denselben Bedingungen zur Verfügung zu stellen, wie der Volksbühne und dem Gewerkschaftskartell. Die Kleiner, Kleinbürger, Handwerker und Beamten werden dann mit demselben Recht wie die Arbeiterschaft auch die unverschämte Behauptung der „Hallischen Zeitung" zurückweisen, daß „wir", das heißt die Bourgeoisie, die hinter diesem Blatt der Geldsackinteressenten steht, den angeblichen Fehlbetrag bei den Veranstaltungen zu billigen Preisen aufzubringen haben. Wir sind überzeugt, daß das Stadttheater sich aus eigenem erhalten kann, wenn es von allen leistungsfähigen Körperschaften in abwechselnder Reihenfolge benutzt wird. Die Hallische Arbeiterschaft kann der zahnlosen, keifenden Vettel in der Leipzigerstraße noch den verdienten Tritt versetzen, indem sie sich recht zahlreich an den Sondervorstellungen des Gewerkschaftskartells beteiligt. Der Kartenverkauf beginnt heute nachmittag von 5 bis 7 Uhr im „Gewerkschaftshaus", Zimmer 14, 1. Stock.

* **Raubüberfall.** Auf das Werkbureau der Grube „Alwine" des Bruckdorf-Nietlebener Bergwerksvereins wurde gestern nachmittag gegen 5 Uhr ein Ueberfall ausgeführt. Sieben bewaffnete Personen drangen in die Kontorräume ein, wo sie sich von den Beamten den Geldschrank öffnen ließen und ihm etwa 100 000 Mark entnahmen. Sodann zerschnitten sie die Telephonleitungen und sperrten die Beamten in ihre Bureauräume ein. In einem mitgeführten Auto entkamen sie in der Richtung Bruckdorf. Die aufgenommene Verfolgung war ergebnislos.

† **In tiefes Dunkel** gehüllt lag Donnerstag abend der Hauptbahnhof eine ganze Stunde lang. Auf den Bahnsteigen drängten sich die Reisenden — es war gerade die lebhafteste Verkehrszeit, 6 bis 7 Uhr, mit Ankunft der Leunazüge — kaum zurechtfinden. Die Unterführungen waren durch Kerzen notdürftig beleuchtet. Die große Halle machte in ihrem Halbdunkel einen gespenstehaften Eindruck. Die Arbeiter nahmen die Sache durchaus von der heiteren Seite; die Spießer freilich raunten bereits wieder einander vom „Streiklieber" in die Ohren. Und doch hatte die Finsternis einen ganz anderen Grund: in der Lichtanlage der Eisenbahn war ein Defekt entstanden.

† **Ein großer Strohdiemen** ging in der südlichen Flur, zwischen Halle und Ammendorf, gestern in Flammen auf. Vermutlich durch Funkenflug aus einer auf der Thüringer Strecke verkehrenden Lokomotive veranlaßt, begann der Wand mittags gegen 1 Uhr. Riesige Feuergarben lohten auf, bis in die späten Abendstunden, den Himmel weithin rötlich erleuchtend. Das Feuer brennt gegenwärtig noch immer, ein Zeichen, welch riesige Strohvorräte in Flammen aufgegangen sind. Man kann sich der Ueberlegung nicht verschließen, weshalb überhaupt Strohdiemen in so großer, feuergefährlicher Nähe einer lebhaften Eisenbahnlinie aufgerichtet werden können. Der agrarische Besitzer wird indessen diese Gedanken kaum zu haben brauchen; er ist wahrscheinlich gegen Feuersgefahr gut versichert.

* **Was alles verloren wird.** In der Zeit vom 1. bis 30. September 1921 sind nachstehende Gegenstände als gefunden auf dem Polizeibureau abgegeben oder angemeldet worden: 1 Paar Glacehandschuhe, 3 Geldbeträge, 1 Rock, 1 Damenuhr, 1 Handtuch, 3 Schlüssel am Ring, 1 Personalausweis, 1 Brieftasche mit Geld, 1 Taschenmesser, 1 weißer Schal, 1 Truppenausweis, mehrere Ringe, 1 Futtertrippe, 1 Brosche, 1 Handwagen, 1 schwarzes Schultertuch, 1 große lederne Frühstückstasche, 3 Geldtaschen mit Inhalt, 1 Armbanduhr,

Arbeiter!

Habt Ihr keine Augen?
Seht Ihr nicht, wie die Orgesch rüstet!
Habt Ihr keine Ohren?
Hört Ihr nicht, was die Orgesch tut!
Habt Ihr keinen Mund?
Teilt der Kommunistischen Partei mit, was Ihr hört und was Ihr seht, damit die Partei es allen Arbeitern weitersagen und besser gegen die Orgesch kämpfen kann!

Arbeiter, Angestellte, Lehrer!

Neben dem wirtschaftlichen und politischen Kampfe besteht ein gleich wichtiger:

Der Kampf um die neue Weltanschauung.

Sonntag, den 16. Oktober, vormittags 10 Uhr, im großen Saale des „Volksparkes", Burgstr.:

Gr. öffentl. Versammlung.

Thema:

Staat, Kirche und Schule.

Redner: **Theodor Mayer** (Leipzig).

Freie Diskussion! Freie Diskussion!

Die Hallische Lehrerschaft ist schriftlich eingeladen.

Freidenker-Vereinigung, Halle (Saale).

5619

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019211014-11/fragment/page=0005

1 Autolaterne, 1 Buch „Schach-Endspiele", 1 Gummischürze, 1 Straußenfederboa, mehrere Hunde, 1 Paar Lederschnürschuhe, 1 goldene Kette mit Anhänger, 1 Brosche (Vereinsabzeichen), 2 Handtaschen mit Inhalt, 1 Klemmer mit Futteral, 1 Säckchen mit Kartoffeln und Hafer, 1 Spazierstock, 1 Reklameschild (Grille), 1 Schäferhund. Die unbekannten Eigentümer der bezeichneten Gegenstände werden aufgefordert, ihre Rechte innerhalb 6 Monaten im Polizeiverwaltungsbureau, Dreyhauptstraße 4, Zimmer 100, geltend zu machen. Die nicht zurückgeforderten Gegenstände werden an die Armenverwaltung oder an den Finder abgegeben werden.

* **Ungekochte Milch** darf unter keinen Umständen den Kindern verabfolgt werden, da schon öfter festgestellt werden mußte, daß sie Tuberkulosebazillen und auch Typhuskeime enthielt. Milch kann ohne Bedenken erst dann den Kindern gegeben werden, wenn sie gekocht hat.

* **Arbeiter-Samariter-Bund.** Der diesjährige Winterkursus des Arbeiter-Samariter-Bundes beginnt am 28. Oktober, abends 8 Uhr, in der Oberlehrerschule unter Leitung des Herrn Dr. med. Zeiß. Interessenten können sich am 17. Oktober, abends 8 Uhr, in der Mitgliederversammlung, „Goldene Kette", anzumelden. Mitglieder, die noch nicht im Besitz eines Ausweises sind, müssen in der Versammlung erscheinen.

* **Stadttheater.** Heute, Freitag, abends 7½ Uhr, findet die erste Wiederholung von Lagores „Das Postamt" und Schlegels „Die stumme Schönheit" statt. Am Sonnabend keine öffentliche Vorstellung. Sonntag nachmittag wird als Volksvorstellung Schillers „Die Räuber" gegeben und abends 7½ Uhr findet die Uraufführung des musikalischen Lustspieles „Frau Potiphar" von Alfred Rahlows statt, vorher gelangt „Die Idreise" von Eugen D'Albert zur Aufführung.

* **Freie Volksbühne.** 1. Aufführungsreihe (Nathan der Weise). Spieltag F: Montag, den 17., G: Mittwoch, den 19., H: Donnerstag, den 20., J: Sonnabend, den 22., K: Montag, den 24., L: Mittwoch, den 26., M: Montag, den 31. Oktober.

* **Die „Freie Theater- und Mandolinen-Vereinigung"** (Vereinslokal „Trotzbaer Ballsäle", Trotzbaer Straße 2) ist mit dem heutigen Tage Mitglied des Arbeiter-Sportkartells Halle. Die Uebungsstunden bleiben wie folgt bestehen: Theaterabteilung Mittwochs von 8 bis 10 Uhr, Mandolinenabteilung Freitags von 8 bis 10 Uhr und die Kinder-Mandolinenabteilung Freitags von 4 bis 7 Uhr. Zuschriften sind zu richten an Paul Schuster, Göbenstraße 17.

* **Im Thalia-Theater** wird am Sonntag, dem 16. Oktober, abends 7½ Uhr, der Schwank „Zwangseinquartierung" wiederholt.

* **Proletarische Bühne des Arbeiter-Bildungsvereins Kröllwitz.** Das Schauspiel „Wie lange noch" von Franz Jung findet heute, Freitag, bestimmt statt. Einlaß 7 Uhr, Anfang 8 Uhr. Programme sind noch an der Abendkasse zu haben.

* **Im Volkspark** findet am Sonnabend, dem 15. Oktober, ein „Bunter Abend" durch Humoristen, Komiker und Zauberkünstler (Lipini) statt.

* **Tanzabend Ronny Johansson.** Die berühmte Schwedin, die „Tänzerin der Fröhlichkeit", tanzt zum Sonnabend im „Thaliasaal". Karten sind bei Reinhold Koch, Alte Promenade, zu haben.

* **Im Kampf mit den Berge!** In den U.-T.-Lichtspielen (Alte Promenade) wird von heute, Freitag, ab ein großer Berg- und Sportfilm gezeigt. Die herrlichen Naturaufnahmen aus der Alpenwelt sind eine wahre Erholung nach all den herz- und schmerzvollen Tragödien und Komödien, die sonst täglich über die Leinwand zu rollen pflegen. Die Naturaufnahme ist eins jener Gebiete, wo das Kino recht eigentlich zeigen kann, was es an Bildungs- und Aufklärungsarbeit zu leisten vermag. Es werden vorgeführt Weißhorn, Breithorn, Castor, Monte Rosa, Matterhorn. Hannes Schneider und Ilse Rohde führen die Besteigung des Lyskammes, genannt der Menschenfresser, (4588 Meter hoch) vor. Man lernt die Technik des Bergsteigens kennen. Der Proletarier bekommt einen Begriff davon, welche Schönheiten er in der Natur genießen könnte, wenn er nicht täglich und stündlich für den Kapitalismus zu fronen brauchte und Zeit hätte, sein Leben zu nützen.

* **Zigarettendiebstahl.** In der Nacht zum 7. Oktober ist in ein Zigarettenlager eingebrochen und sind etwa 100 000 Stück Reemtsma-Zigaretten in verschiedenen Packungen gestohlen worden.

Rietleben. Achtung, Gesangsbrüder! Zur Gründung eines revolutionären Arbeiter-Gesangvereins findet am Sonnabend, dem 15. Oktober, abends 8 Uhr, im Gasthof zur Sonne, eine öffentliche Versamlung statt. Alle Sangesbrüder sind zu dieser Versammlung eingeladen.

— Eine Funktionär-Versammlung findet am Dienstag, dem 18. Oktober, abends 8 Uhr, statt. Alle Hundert- und Zehnerschaftsführer haben pünktlich zu erscheinen. Auch die Funktionäre der Ortsverwaltung sind zu erscheinen.

Ammendorf. Eine Betriebsrätekonferenz findet am Montag, dem 17. Oktober, abends 7½ Uhr, im Gasthof Radewell statt. Genossen, sorgt dafür, daß jeder Betrieb vertreten ist.

Sylbitz b. Mallwitz. Ehrlose Gesinnung. Vor einigen Tagen beschäftigten wir uns mit der gewaltsamen Entfernung einer Arbeiterfamilie aus einer Dienstwohnung, die der Firma Nagel in Trotha gehörte. Die Arbeiterfamilie brachte man in einer baufälligen Obststätte unter. Wer nun gemeint hat, daß sich die zuständigen Behörden auf diesen unerhörten Vorfall gestürzt und die verantwortlichen Personen zur Rechenschaft gezogen hätten, der irrt ganz gewaltig. Das Wohnungsamt des Saalkreises hat es nicht einmal für nötig gehalten, sich um diese ungeheuerlichen Zustände zu kümmern. Man hat die Arbeiterfamilie einfach sich selbst überlassen. Sie hätte in der Obststube unkommen können, keine Behörde hätte einen Finger gerührt. Unter den Arbeitern aber gibt es noch soviel Klassenbewußtsein, daß sie sich gegenseitig helfen. Und so hat sich auch ein Arbeiter gefunden, trotzdem er nur drei Zimmer mit fünf Personen bewohnt, auch diese Familie mit ihren sieben Köpfen noch aufzunehmen. Die Wohnungskommission in Sylbitz, die eigentlich die Instanz ist, die für eine Wohnung für den hinausgeworfenen Arbeiter hätte sorgen müssen, hat in dieser Angelegenheit nichts getan. Im Gegenteil! Sie hat die ungesetzlichen Maßnahmen der Behörden noch begünstigt. Und Herr Körper, der Mitglied dieser Wohnungskommission ist, will die Arbeiterfamilie vollends ruinieren. Dieser Wohnungskommissionär hat erklärt, er werde dafür sorgen, daß der Arbeiter auf keiner Baustelle Arbeit bekommen werde und den ganzen Winter in der Obststube hausen müsse. Herr Körper ist Mitglied der Wohnungskommission, der die Wohnungsbeschaffung regeln soll. Und was tut er? Er erklärt, daß er nicht hätte einschreiten können, da er von der Firma Nagel abhängig sei, die seine Fuhren und die Bestellung seines Ackers übernommen habe. Besser kann die Korruption der ganzen bürgerlichen Gesellschaft nicht dargestellt werden.

Friedrichsschwerz-Döblitz. Der Flurschutz ist für die arbeitende Bevölkerung eine dauernde Bedrohung. Den Schießprügel haben diese Orgelschelben immer sehr schnell bei der Hand. Sie glauben, durch ihr scharfes Vorgehen die hungernden Arbeiter einschüchtern zu können. Daß auf Aehren- oder Kartoffelsammler von ihnen geschossen wird, ist keine Seltenheit. Sie fühlen sich überall als die Herren der Lage und glauben, mit den Arbeitern machen zu können, was sie wollen. Daß die Arbeiterschaft nicht gewillt ist, sich von diesen Kapitalsföhlingen alles gefallen zu lassen, zeigten kürzlich die Vorgänge bei einem Gesangsvereins-Vergnügen, wo ein Arbeiter plötzlich von einem gewalttätigen Flurschützen von hinten mit einem harten Gegenstand über den Kopf geschlagen wurde. Der Arbeiter hat sich das nun nicht etwa ruhig gefallen lassen, sondern hat dem schlagfertigen Orgelschmann die Antwort so nachdrücklich gegeben, daß er in Zukunft nicht mehr so oft vom „Z'sammenhaun" sprechen wird. — Die Kartoffelernte ist fast überall beendet. Kriegsinvaliden und hungernde Proletarierkinder suchen darum die Kartoffelfelder nach den liegengebliebenen Kartoffeln ab. Der Flurschutz jedoch versagt überall die Sammler. Kürzlich erlaubte sich wieder ein Orgelschmann den „Scherz", die Kinder dadurch zu verjagen, daß er auf sie schoß. Glücklicherweise wurde niemand getroffen. Mit blauen Bohnen hungrige Kinder von den Aedern der satten Agrarier zu verjagen, das scheint das besondere Vergnügen dieser Landplage zu sein.

Aus der Provinz.

Unterbezirk Bitterfeld-Wittenberg.

Am Sonntag, dem 16. Oktober, vormittags 9 Uhr, findet in Bitterfeld, im Lokal „Fürst Bismarck", eine Konferenz der Funktionäre und Kommunalvertreter statt. Die Tagesordnung lautet:

1. **Organisatorischer Aufbau.**
2. **Unsere kommunalen Arbeiten.**
3. **Verschiedenes.**

Das Erscheinen sämtlicher Funktionäre, als Ortsgruppenvorstände, Zehnergruppenführer usw., ferner alle Gemeindevertrerer, Stadtverordneten, Kreistagsabgeordneten, Listenkandidaten, Gemeinde- und Amtsvorsteher, sowie aller kommunaltätigen Genossen ist notwendig. Die Unterbezirksleitung.

Unterbezirkskonferenzen der Kommunistischen Jugend.

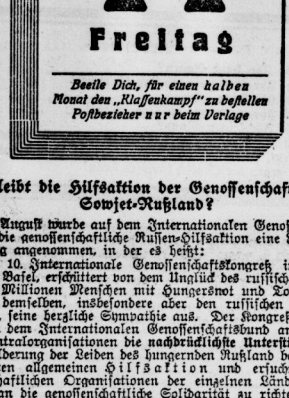
Unterbezirk Mansfeld: Allen Jugend- und Parteiorganisationen zur Kenntnis, daß am Sonntag, dem 16. Oktober, früh 9 Uhr, im „Volkshaus" zu Eisleben unsere Unterbezirkskonferenz tagt.

Tagesordnung: 1. Bericht von der Bezirkskonferenz. 2. Bericht der Kreisleitung und Ortsgruppen. 3. Unsere nächsten Aufgaben. 4. Verschiedenes.

Unterbezirk Ortsgruppen-Liebenwerda: Nächsten Sonntag, den 16. Okt., findet in Elsterwerda, im Jugendheim, Ottostraße, unsere Unterbezirkskonferenz statt. Beginn pünktlich ½10 Uhr.

Tagesordnung: 1. Politische Lage. (Referent von der Bezirksleitung.) 2. Unsere nächsten Aufgaben. (Referent von der Unterbezirksleitung.) 3. Die Gewerkschaftsarbeit der Jugend. (Referent von der Unterbezirksleitung.) 4. Berichte: a) Gruppen, b) Unterbezirksleitung. 5. Organisatorisches.

Wir fordern alle Partei- und Jugendorganisationen auf, zu den Konferenzen starke Delegationen zu schicken. In jenen Orten, wo keine Jugend besteht, müssen die Parteiorganisationen ein jüngeres Mitglied zur Konferenz delegieren. Die Bezirksleitung der KJ.



Wo bleibt die Hilfsaktion der Genossenschaften für Sowjet-Rußland?

Am 25. August wurde auf dem Internationalen Genossenschaftstage für die genossenschaftliche Russen-Hilfsaktion eine Resolution einstimmig angenommen, in der es heißt:

„Der 10. Internationale Genossenschaftskongreß im August 1921 in Basel, erschüttert von dem Unglück des russischen Volkes, das 25 Millionen Menschen mit Hungersnot und Tod bedroht, spricht demselben, insbesondere aber den russischen Genossenschaften, seine herzliche Sympathie aus. Der Kongreß erwartet von den dem Internationalen Genossenschaftsbund angeschlossenen Zentralorganisationen die **nachdrücklichste Unterstützung** der zur Milderung der Leiden des hungernden Rußland bereits eingerichteten allgemeinen Hilfsaktion und ersucht die genossenschaftlichen Organisationen der einzelnen Länder, einen Appell an die genossenschaftliche Solidarität zu richten."

Der Vorstand des Hamburger Zentralverbandes deutscher Konsumvereine hat die Erklärung abgegeben: **„Es ist selbstverständlich, daß die Konsumgenossenschaften tun werden, was in ihren Kräften steht."**

Bis jetzt ist noch nicht allzuviel nach dieser Richtung geschehen. Die ersten Spenden sind eingegangen von den Konsumvereinen: Jena 7500 Mk., Königsberg 10 000 Mk., Barmen 5000 Mk. Der Konsumverein Hanau hat Lebensmittel für einige tausend Mark, die Schneidergenossenschaft in Hamburg mehrere Mäntel und Kleidungsstücke geliefert.

Eine Schande ist es, daß bereits einige Konsumvereine die Solidarität abgelehnt haben. So Berlin die von den kommunistischen Genossenschaftern beantragten 20 000 Mk., Stuttgart die beantragten 15 000 Mk., Leipzig 3000 Mk. (weil ungesetzlich!). Wo bleibt der Zentralverband, die Großeinkaufsgesellschaft, die Verlagsgesellschaft, wo die anderen 1300 Konsumvereine?

Unsere Genossen, namentlich im Bezirk Halle-Merseburg, müssen dafür sorgen, daß überall schleunigst der Beschluß des Basler Genossenschaftstages durchgeführt wird. Auf schnelle Hilfe kommt es vor allem an.

Keine Gefahr für Leuna!

So schallt es wieder im bürgerlichen Blätterwald. Der kapitalistischen Mörderclique ist ein neuer Retter erstanden: ein Düngestickstoffausschuß beim Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft, der die Frage „geprüft" hat, ob die Verwendung und Lagerung der in den deutschen Stickstoffwerken erzeugten Ammoniumsulfatsalpeterdünger im Hinblick auf die Explosionskatastrophe in Oppau mit Gefahren verbunden ist. Natürlich kommt der Ausschuß zu einer Verneinung der Frage. Wundert das jemand? Eine Bejahung würde ja ein vernichtendes Urteil über die kapitalistische Wirtschaftsweise bedeuten, und dazu gibt sich von den „maßgebenden" Persönlichkeiten niemand her. Sie sind ja alle mehr oder weniger am Kapitalismus stark interessiert. Es wird also weitergewurstelt! Ganz egal, ob morgen oder übermorgen weitere Hunderte oder Tausende von Arbeitern da oder dort in die Luft fliegen! Es sind ja nur Proleten, deren es bekanntlich in Deutschland allein mehrere Millionen zuviel geben soll. So viel sei aber heute schon gesagt: Das letzte Wort über die Gefahren in der chemischen Industrie, die von den Kapitalisten und deren Freunden aus profitwirtschaftlichen Gründen so lebhaft abgestritten werden, spricht die Arbeiterschaft selbst! Sie ist es, die ihre Knochen dabei riskieren muß, und sie hat letzten Endes darüber zu entscheiden, ob es so wie bisher weitergehen soll oder nicht. Auf das Urteil der kapitalistischen „Sachverständigen" ist kein Pfifferling zu geben.

Köstlich ist ein Brief eines sogenannten Leuna-Arbeiters in der deutschnationalen „Saalezeitung". Wir kennen diese Sorte „Arbeiter", die die Kapitalisten stets auf Lager haben, wenn sie gebraucht werden. Aus diesem Briefe geht hervor, daß die Veröffentlichungen des „Klassenkampf" ihren Zweck erreicht haben, nämlich: die siebenmal gesiebte Arbeiterschaft des Leunawerkes auf die drohenden Gefahren aufmerksam zu machen und sie in ihrem Kampfe gegen die Kapitalisten zu stärken. Der „Leunaarbeiter" schreibt u. a. in diesem Briefe:

„Ihr Arbeiter solltet Vertrauen zu eurer Werksleitung und zu den von euch selbigsgewählten Betriebsräten haben. Sie versichern euch, daß ein ähnliches Unglück wie in Oppau in Leuna nicht passieren kann. Was tut ein großer Teil von euch dagegen? Ihr wißt es mal wieder besser. Selbstverständlich! Das Kücken ist mal wieder klüger als die Henne. Der „Klassenkampf" hat es euch ja gesagt. Ihr lauscht blindlings und ohne Ueberlegung den Hetzereien des „Klassenkampfes" und glaubt das sinnloseste Zeug, was dieses Blatt euch auftischt. „Der „Klassenkampf" hat's geschrieben, und dann stimmt's auch", sagte mir neulich ein Arbeitskollege, dem ich die sinnlosen Hetzereien über die Explosion im Bau 106 ausreden wollte."

Also, Arbeiter, merkt's Euch! Glaubt lieber den Kapitalisten und ihren Handlangern, die Euch schon soundso oft hinters Licht geführt haben, bis dann irgendeine Katastrophe die Situation blitzlichtartig beleuchtete und die Arbeiterschaft aufhorchen ließ. Glaubt den Feinden der Arbeiterklasse, die nur Euer Bestes wollen, und weist sie, die euch auf Eure Verfluchte „schöne" Lage aufmerksam machen wollen, die Tür. Zum Schluß predigt dieser „Leunaarbeiter" den Arbeitern, keine Zeitungen im Hause zu dulden, die „Haß und Unordnung" predigen. Damit entpuppt sich unser „Held" als ein deutschnationaler Agitator, der indirekt zum Lesen der Hallesche Zeitung auffordert. Die Arbeiter werden ihm etwas husten; sie wissen schon, was sie zu tun haben. Sie werden weiter kämpfen und kämpfen müssen in ihrem eigenen Interesse und in dem ihrer Familien sowie im Interesse der gesamten Arbeiterklasse. Die Arbeiterschaft des Leunawerks muß mit der übrigen Arbeiterschaft wieder in Reih und Glied kämpfen zur Besserung der Zustände und bis zur endgültigen Befreiung der Arbeiter aus den Klauen des Kapitalismus. Und in diesem ihrem Betreben werden wir sie kräftig unterstützen — unseren Gegnern zum Trotz!

Der Zerfall der USP.

Die Menschewisten bemühen sich krampfhaft, den Zerfall ihrer Partei der Oeffentlichkeit gegenüber zu verschleiern. Zu diesem Zweck bläst sie sich von Zeit zu Zeit als die „einzige", „zuverlässige" und „starke" Arbeiterpartei auf. Guckt man jedoch hinter die Kulissen, dann gewinnt ein Blick, um zu sehen, wie überaus schlecht es mit dieser „Massenpartei" steht. Die Mitglieder laufen nicht nur davon, sondern sie sind schon fast alle davongelaufen oder wollen mindestens von diesem traurigen Parteigrüppchen nichts mehr hören und sehen. Nicht nur bei uns, überall machen sich die Zerfallserscheinungen bemerkbar. Es sind das durchaus keine leeren Worte, sondern Tatsachen. Wir haben schon des öfteren darauf hingewiesen, daß die Versammlungen der USP. in unserem Bezirk teils recht schlecht besucht sind und daß sie anderntteils wegen des kläglichen Besuches überhaupt nicht stattfinden können. Die Herrschaften hatten geglaubt, im Anschluß an die Märzaktion und infolge des wiederholten Verbots unserer Presse ihre zusammengeschmolzenen Reihen wieder aufrichten zu können. Sie haben nach dieser Richtung hin nichts unversucht gelassen; mit den schäbigsten Mitteln wurde gearbeitet, und schweißtreibend rannten all die großen und kleinen Kanonen von Ort zu Ort, um Erfolge zu erhaschen. Aber all die Bemühungen waren umsonst; es ging unaufhaltsam rückwärts!

Im Mansfeldschen ist der Zerfall schon soweit gediehen, daß die **USP.** am 15. Oktober ihr **Sekretariat in Eisleben infolge chronischen Mitgliederschwundes auflösen** muß. Trotzdem wird man aber weiterfaseln von dem Ende der KPD., die im Gegensatz zur USP. ein fortgesetztes Wachstum aufzeigt.

Ein weiteres Beweisstück von dem Zerfall der USP. wird aus Pommern gemeldet. Ein Rundschreiben dieser Partei für den Bezirk Groß-Stettin lud für den 6. Oktober zu einer Versammlung ein. In diesem Schreiben hieß es u. a.:

„Viele unserer eigenen Genossen bringen der Sache nicht das notwendige Interesse entgegen. **Alle Versammlungen,** die wir in letzter Zeit einberufen haben, **mußten wegen Mangel an Besuch ausfallen.** Genossen! So kann und darf es nicht weitergehen!"

So sieht es also in der Wirklichkeit aus, so sieht es überall aus. Vertuschungskomödien haben wirklich keinen Zweck mehr. Die von den Hilferdingern auf dem Hallischen Parteitage bewußt herbeigeführte Parteispaltung trägt ihre Früchte. Wie lange noch, und von der USP. ist nichts mehr zu sehen. Deshalb auch das Bemühen der Führerschaft, sich mit der SPD. zu verschmelzen.

In ähnlicher Weise ist es auch mit der unabhängigen Presse bestellt. Mitgliederschwund und Abonnentenschwund gehen Hand in Hand. Wenn die USP.-Presse von einem fortgesetzten Aufschwung redet, dann beschwindelt sie ihre eigenen Leser. Wir wissen sehr gut Bescheid, insbesondere im hiesigen Bezirk. Nur soviel sei gesagt: Die USP.-Presse hat weniger Leser, als manches Provinz-Käseblättchen. Sie reicht nicht im entferntesten an unsere Massenauflage heran, die fortgesetzt zieht. Alles gegenteilige Gerede der Menschewisten ist traditioneller Schwindel. So geht die USP. ihren Gang, den sie gehen muß, den sie sich seit Halle selbst vorgezeichnet hat. Lassen wir sie bei ihrem Wahn: sie sind die „starke" USP. und wir sind die kommunistische „Sekte!" Wer lacht da?

Organisatorische Aufgaben.

Wenn die Kommunistische Partei Deutschlands die ihr durch die historische Entwicklung gestellten Aufgaben bewältigen will, dann muß sie insbesondere die schon begonnene Mobilisierung ihrer eigenen Reihen fortsetzen. Es ist klar, daß in einer erst seit einigen Monaten als Massenorganisation bestehenden Kommunistischen Partei noch viele zur Aktivität fähigen Kräfte brachliegen.

Sie konnten in der kurzen Zeit noch nicht alle mobilisiert werden. Die Zeit macht es jetzt aber zur unbedingten Notwendigkeit, daß jeder Genosse und jede Genossin, welche nicht nur zahlende Mitgliedsbuch-Kommunisten sein wollen, überall, im Betrieb, in der Gewerkschaft, im Wohnhaus, in der Genossenschaft usw., zu einem Prediger und Organisator des Kampfes werden. Die schon aktiven oder zur Aktivität bereiten Genossen müssen in jeder Ortsgruppe, in jedem Betrieb, in jeder Gewerkschaft usw., besonders zusammengeschaßt werden. Für ihre Aufgaben müssen sie geschult und mit Material versehen werden. Und schließlich müssen sie zum Herz und Hirn und den planmäßig tätigen Gliedern der großen Massenpartei werden, zu dem Teil der Kommunistischen Partei, der ihren wesentlichen Inhalt: die revolutionäre Tätigkeit, verkörpert und bestimmt.

Den Eintritt verlangenden ehrlichen revolutionären Arbeitern kann die Kommunistische Partei ihre Tore weit öffnen. Jeder Arbeiter und jede Arbeiterin, die jetzt zu uns kommen, sind Kämpfer oder wollen Kämpfer werden.

Es versteht sich, daß wir gleichzeitig uns wehren müssen gegen die unehrlichen Elemente, die Spitzel und Provokateure, die sich einzudrängen versuchen.

Ebenso selbstverständlich ergibt sich aus dem bisher Gesagten, daß wir trotz der neuen Schwierigkeiten unsere Presse und Literatur in noch größerem Umfange als bisher unter die Massen bringen müssen. Wo die alten Wege dafür versperrt sind, müssen neue eingeschlagen werden.

Im ganzen erfordern die Aufgaben der Partei auch auf organisatorischem Gebiete von den dafür verantwortlichen Parteikörperschaften und Genossen die höchste Aktivität und eine starke Initiative.

Korbetha. Wer ist schuld? Dieser Tage ereignete sich auf dem Werke Vesta ein schweres Unglück. Bei der Dynamitation waren 6 Arbeiter mit dem Abreißen eines Hauses beschäftigt, als gegen ½9 Uhr ein Teil des Gerüstes zusammenstürzte und die Leute zum Teil unter sich begruben. Von den Abgestürzten erlitten drei schwere und drei leichtere Verletzungen. Sämtliche Verunglückten wurden sofort mittels Automobil nach dem Krankenhaus Bergmannstrost in Halle transportiert. Indessen konnte die Arbeit wieder nicht rasch genug durchgeführt werden, so daß die Sicherungsmaßnahmen nicht genügend beachtet werden konnten. Immer noch geht Profit vor Menschenleben.

Wallhausen. Es geht vorwärts! In einer öffentlichen Versammlung der KPD. sprach der Genosse Lademann über: „Die politische und die wirtschaftliche Lage". Aufmerksam verfolgten die Anwesenden die Ausführungen unseres Genossen. Eingehend behandelte er die politische Situation und zeigte, wie die Reaktion

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019211014-11/fragment/page=0006

mit Hilfe der „demokratisch-republikanischen" Regierung ihr frisches Haupt immer kühner erhebt. Aufklärend wirkten seine Ausführungen über die Bestrebungen der SPD. zur Koalition mit der Deutschen Volkspartei auf Grund des Görlitzer Parteitags. Er skizierte einige Stellen aus Scheidemanns Rede, die dieser im April in Mannheim hielt, wo er das Zusammengehen mit der Deutschen Volkspartei unter allen Umständen verneinte, während er schon fünf Monate später bereit war, den Aschenbüttel der Schwerindustrie zu spielen. Das Gebot der Stunde sei, sich fest und geschlossen auf den Boden des revolutionären Klassenkampfes zu stellen und zu kämpfen für die endliche Befreiung des Proletariats. Nüchtschlosos deckte er die Schäden der heutigen kapitalistischen Wirtschaftsordnung auf, unter der die werktätigen Massen von Tag zu Tag immer mehr verelenden. In der Diskussion meldete sich Genosse Köhler (KAPD.) zum Wort, der den Referenten zum Teil in seinen Ausführungen unterstützte, aber in betreff der Gewerkschaftsfrage eine andere Stellung einnahm. Im Schlußwort erläuterte deshalb Genosse Ledemann unsere Stellung zu den Gewerkschaften; zweifellos haben seine Darlegungen aufklärend gewirkt. Zum Schluß forderte unser Referent zur tatkräftigen Unterstützung unserer russischen Brüder auf. Die veranstaltete Tellersammlung brachte einen Ertrag von 57 Mk.

Wolfen. Oeffentliche Versammlung. „Die Katastrophe in Oppau und das Leunawerk" lautet das Thema, über welches Genosse Oertel (Halle) in einer gutbesuchten Versammlung am Mittwoch sprach. Der Referent schilderte zunächst die Explosion in Oppau und Leuna, welche nur durch das profitgierige Unternehmertum hervorgerufen worden ist, und gedachte dabei der unzähligen Opfer, die dabei ihr Leben lassen mußten. Er zeigte weiter, wie raffiniert das Unternehmertum arbeitet; daß z. B. die 8stündige Arbeitswoche sowie Akkordsystem zum Teil bereits wieder eingeführt worden sind. Er geißelte das Verhalten der menschewistischen Führer und der Gewerkschaftsbureaukratie, die diesem Treiben tatenlos zusehen und schloß mit dem Appell an die Arbeiterschaft, sich wissos der Kommunistischen Partei anzuschließen, der einzigen Partei, die ernstlich gewillt ist, den Kampf zu führen gegen Unternehmer und Kapital. Reicher Beifall lohnte seine Ausführungen. Unweisende Menschewisten und sonstige Gegner meldeten sich nicht zum Wort. Eine Resolution, die verlangt: 1. Kontrolle der Sicherheits- und Schutzbestimmungen durch Beauftragte der Arbeiterschaft; 2. Abschaffung der Akkordarbeit; 3. Einhaltung des achtstündigen Arbeitstages; fand einstimmige Annahme. Die Versammlung bedeutet einen Erfolg für die Kommunistische Bewegung.

Piesteritz. Kapitalistische Wohlfahrt. Die Stickstoffwerke in Piesteritz haben die Villa „Parkschloß" bei Düben angekauft, um das große Fremden- und Logierhaus am Park in unmittelbarer Nähe des Moorbades als Genesungs- und Erholungsheim für ihre Betriebsangehörigen einzurichten.

Torgau. Das Schwurgericht beschäftigte sich in zweitägiger Verhandlung mit einer Mordsache, die sich am 14. Mai d. J. auf dem Wege von Folkenberg nach Wüstermark abgespielt hat. Der Bauunternehmer Müncheberg aus Dahme war damals ermordet und des bei sich geführten Geldes, zum Teil Arbeitslöhne, beraubt worden. Als der Tat verdächtig wurde seinerzeit ein ehemaliger Straßenbauarbeiter Lehmann aus Prasserin in Haft genommen. Er bestritt nach wie vor, den Mord begangen zu haben. Von den etwa 40 Zeugen vermochte ihn niemand zu belasten, so daß er freigesprochen werden mußte. Durch die Haft und die Verhandlung war der Angeklagte derart mitgenommen worden, daß er einen Zusammenbruch erlitt und aus dem Saal geführt werden mußte.

Mühlberg. Der Schulvorstand befaßte sich in der letzten Sitzung abermals mit der hier seit Jahren bestehenden „gehobenen Abteilung", und zwar sollte darüber beraten und beschlossen werden, ob die Beseitigung dieser Abteilung möglich sei. Beschlüsse liegen vor, daß diese beiden Klassen abgeschafft werden sollen und dafür soll eine weitere siebente Klasse der sechsstufigen Volksschule angefügt werden. Dieser Plan scheiterte bisher immer an den nicht vorhandenen Klassenzimmern, da unsere beiden Schulhäuser wirklich viel zu klein und unpraktisch sind, diesen Gedanken zu verwirklichen. Erfreulicherweise erklärten sich die vier Lehrer, die jetzt mit im Schulvorstand sitzen, bereit, an dieser Einrichtung, da sie unbedingt notwendig wäre, gern mitzuarbeiten. Es sei auch jetzt schon möglich, ohne bauliche Veränderungen eine siebente Klasse anzuhängen, wenn die oberen zwei Klassen zu gemischten Klassen, also Knaben und Mädchen, eingerichtet würden. Eine Kommission erörterte zurzeit den Umbau eines Schulgebäudes, damit er auch ohne gemischte Klassen durchgeführt werden kann. Der von der Regierung „abgeurlaubte" Rektor Schmidt war für die Beseitigung der gehobenen Klasse schlecht zu haben und verhinderte stets dessen Aufhebung.

Lahla (Kreis Liebenwerda). Ein vermögender Einbrecher wurde hier in dem 20jährigen Alfred W. festgestellt; er ist der Sohn eines hier bekannten gutsituierten Besitzers. Er schlich sich bei einem Landwirt ins Haus und wurde dadurch entdeckt, daß die Bäuerin ein Paar Beine unterm Bett hervorlugen sah. Es setzte eine wilde Jagd nach dem „Einbrecher" ein, der schließlich durch Schüsse verwundet wurde und bei einem anderen Besitzer im Korbwagen gestellt werden konnte. Er wurde wegen des Fehlens einer größeren Summe Geldes beim ersten Landwirt zur Rede gestellt und gab den Diebstahl zu. Das gestohlene Geld wurde darauf auch vollzählig unter einem Holzhaufen aufgefunden. Man machte jedoch große Augen, als man den vermögenden Besitzersohn als Einbrecher erkannt hatte. Vielleicht haben hier die Schaudromane den jungen Mann zu seiner Tat verleitet. — Wie inzwischen bekannt geworden, ist dieser am nächsten Tage an seiner Verwundung gestorben.

Staßfurt. Ein neuer Kommunistenprozeß beginnt am 17. November vor dem vereinigten 2. und 3. Strafsenat des Reichsgerichts. Es handelt sich diesmal um 24 Arbeiter aus Staßfurt. 50 Zeugen sind geladen. Das Interesse der Weißen Justiz für revolutionäre Arbeiter ist so stark, daß sie darüber die Kriegsverbrecher und Kappisten ganz vergißt.

Mansfelder Kreise.

Eisleben. Reißer-Konzert. Vor überfülltem Saal fand am Montag, dem 10. Oktober, im „Volkshaus" ein Sinfoniekonzert statt. Die Bergkapelle war durch Hallische Künstler auf 42 Mann verstärkt; am Dirigentenpult stand mit eiserner Ruhe und Sicherheit Kapellmeister Reißer. Unter großer Spannung der Anwesenden wurde das Konzert mit einer Komposition von Reißer eingeleitet und sehr gut zur Durchführung gebracht. Bei dem Vortrag von Liszt's „Erstes Konzert" für Pianoforte erschien die Klaviervirtuosin Alice Ripper am Flügel und verstand die Zuhörer vorzüglich zu fesseln. Die Technik und Hingabe der Künstlerin war bewundernswert. Das war kein Spielen mehr, sondern ein Fließen der Töne. Wohlverdienter Beifall lohnte die Künstlerin. Alles in allem war dieser Abend ein Kunstgenuß für alle Anwesenden. Das Rauchen hätte während des Konzerts unbedingt unterlassen werden müssen, da es beeinträchtigend auf die Künstler wirkt. Dem Kapellmeister Reißer muß für seine erfolgreichen Bemühungen Anerkennung gezollt werden.

Eisleben. Dunkerkursus. Am Sonntagvormittag, pünktlich 10 Uhr, beginnt die zweite Vortragsfolge des Dunker-Kursus. Wer versäumt hatte, am Sonntag mit teilzunehmen, der finde sich Sonntag pünktlich im „Volkshaus" ein. Um sich über den wissenschaftlichen Kommunismus zu orientieren, muß am Sonntag die doppelte Zahl der Hörer anwesend sein. Für Arbeitslose, Ehefrauen, deren Männer schon teilnehmen, sowie Jugendliche, ist der Dunker-Kursus unentgeltlich. Die Unterbezirksleitung.

Helfta. Durch eine Benzinexplosion entstand dieser Tage im Keller der Domäne ein Brand. Der Chauffeur Ringleb und der Flurhüter Falkland wurden dabei sehr schwer verletzt; sie mußten ins Eisleber Krankenhaus überführt werden.

Hettstedt. Lichtbildervortrag. Ueberzeuge sich jeder selbst über die gewaltigen bau- und maschinentechnischen Leistungen, die von der Produktivgenossenschaft Halle-Merseburg in kurzer Zeit beim Bau eines Bureau- und Druckereigebäudes in Halle, Lerchenfeldstraße, vollbracht wurden. Am Sonnabend, dem 15. Oktober, wird Genosse **Knauthe** an der Hand schöner Lichtbilder über das „Klassenkampf"-Gebäude und die Herstellung einer Tageszeitung sprechen. Die Veranstaltung findet abends ½8 Uhr im „Hohenzollernpart" statt. Eintritt frei.

Horka. Der gute Magen der Kirche. Die letzte Verpachtung der hiesigen Pfarrländereien (etwa 85 Morgen) ergab eine Einnahme von mehr als 10 000 Mk.; das ist pro Morgen ein Erlös von etwa 800 Mk. Teilweise handelt es sich um ganz minderwertiges Land. Die Kirche hätte natürlich auch noch mehr genommen, wenn sie es hätte bekommen können. Ja ja, auch hier trifft das Sprichwort zu: „Wo alles liebt, kann Kart allein nicht lassen." Also muß sich auch die Kirche an der Bewucherung des Volkes beteiligen. Wenn nur das Geld keinen Fluch bringt!

Eisdorf. Außlandhilfe. Bei einer Tellersammlung anläßlich einer Veranstaltung des Männerturnvereins wurden 150 Mark gesammelt und dem Hilfskomitee überwiesen. Zur Nachahmung empfohlen!

Aus dem Gerichtssaal.

Reichsgericht.

„Gebt dem Kaiser, was des Kaisers ist . . .!"

Vom Landgericht Düsseldorf sind am 21. Februar eine Anzahl Fabrikarbeiter wegen gemeinschaftlicher Erpressung zu je 1 Monat Gefängnis verurteilt worden. Der Betriebsrat eines Werkes hatte am 13. August v. J. der Generaldirektion des Werkes die Bitte vorgetragen, den Arbeitern die als Steuer vom Lohne abzugezogenen 10 Prozent zurückzuzahlen und von der weiteren Durchführung des Steuerabzuges abzusehen. Da den Betriebsräten erklärt wurde, daß der Verwaltung nicht das Recht zustehe, gesetzlich vorgeschriebene Maßnahmen zu unterlassen, so mußten sie unverrichteter Sache abziehen. In der Belegschaft entstand darauf große Erregung und sie entfandte einige Stunden später eine neue aus den Angeklagten bestehende Deputation an die Generaldirektion, um ihre Wünsche zu wiederholen. Nachdem die Angeklagten sich in das Revolutionsgebäude begeben hatten, versammelte die gesamte Belegschaft das Gebäude. Die Angeklagten brachten dem Vertreter des Werkes gegenüber ihre Wünsche vor und bemerkten, andere Fabriken hätten bereits die Lohnabzüge zurückgezahlt; sie, die Arbeiter, könnten das Geld gerade jetzt sehr gut brauchen. Auf den Hinweis, daß ihr Verlangen ungesetzlich sei, erwiderten die Angeklagten, die Arbeiter würden, wenn ihr Verlangen nicht erfüllt werde, in verschärfte passive Resistenz eintreten. Die Fabrikleitung zahlte den Arbeitern den Lohnabzug zurück. Bei einer späteren Lohnzahlung wurde der zurückgezahlte Betrag abermals abgezogen. In dem Urteile heißt es: Die Leitung war verpflichtet, den Steuerabzug abzuziehen, was die Angeklagten wußten. Sie haben einen rechtswidrigen Vermögensvorteil erstrebt (!) und zur Erreichung desselben, „die Direktion mit einem Uebel bedroht". Dieses bestand in der passiven Resistenz. Mit Streik, so betont das Urteil ausdrücklich, haben die Angeklagten nicht gedroht; strafbar waren sie nur deshalb, weil sie mit der verstärkten passiven Resistenz gedroht haben. In ihrer Revision gegen das Urteil behaupteten die Angeklagten, das Gesetz über den Lohnabzug sei zurzeit der Tat von der Interalliierten Kommission noch nicht genehmigt gewesen, habe also noch keine Geltung gehabt, woraus folge, daß das Vorgehen der Angeklagten nicht unberechtigt war. Tatsächlich ist aber kein Einspruch gegen das Gesetz erhoben worden, es war also zurzeit der Tat in Kraft. Da auch im übrigen gegen das Urteil Bedenken nicht erheben zu waren, verwarf das Reichsgericht die Revision als unbegründet.

Strafkammer.

Oberst v. Hartwig ist also nur Hasenbraten.

Es gibt nicht nur Stützen der Ordnung, die da morden, plündern, stehlen oder wie wir erst gestern am Beispiel des „Oberleutnants" Kluge sahen, Zucker halbe Zentnerweise aus dem Verpflegungsraum tragen — es gibt auch solche, die sich beleidigt fühlen. Das ist ausgiebig der an die Luft gesetzte frühere Kommandeur der Hallischen Schutzpolizei, Oberst v. Hartwig. Die „Volksstimme" hatte in einer Polemik gegen die „Hallesche Zeitung" gefragt, ob diese denn nicht wisse, daß bei dem Obersten v. Hartwig abendliche und nächtliche Gelage und Schmausereien stattfänden, zu denen nur als reaktionär bekannte Persönlichkeiten Zutritt haben, und deren Kosten der Oberst unmöglich aus seinem Beamtengehalt bestreiten könne. Das könnte doch den Obersten sehr, denn feingekleidete seien ja bekanntlich um der Not des Vaterlandes willen und aus Rücksicht auf die arbeitende Klasse elender als die Proletarier. Herr Hartwig stellte gegen den verantwortlichen Redakteur der „Volksstimme", Willi Lange, Strafantrag und „bewies" in der Verhandlung, daß er nie mehr als 14 Gäste gehabt nud ihnen auch immer „nur" Hasenbraten vorgesetzt hat. Daß die Gäste gewöhnlich Offiziere aus allen Teilen der Provinz waren, welche die Stützung der Republik weder zur Lebensaufgabe erwählt, noch aber in jenen zahlreichen Zusammenkünften erörtert hatten, konnte das Bedürfnis Hartwigs, Gegner der Monarchie und des Kappismus der Bestrafung zuzuführen, selbstverständlich nicht mindern. Kurz und gut: der angeführtene Wahrheitsbeweis wurde als mißglückt angesehen und Herrn v. Hartwig die Möglichkeit gegeben, sich fortan mit richterlicher Erlaubnis beleidigt zu fühlen. Der Staatsanwalt beantragte 800 Mark Geldstrafe. Das Gericht verurteilte Lange zu 500 Mark Geldstrafe. Dem als Nebenkläger zugelassenen Obersten wurde die Befugnis zugesprochen, das Urteil in der „Volksstimme" und den „Hall. Nachr." zu veröffentlichen.

Richterliche Milde gegen „teutsche" Männer.

Wie so viele Arbeiter, die von dem wundervollen Ausnahmegerichtsapparat nicht mehr erfaßt werden konnten, mußte sich auch der einunddreißigjährige Arbeiter Bruno Poppe aus Ahlsdorf nunmehr zum „ordentlichen" Richter bemühen. Obwohl „national" veranlagt, wie sein Verteidiger, Rechtsanwalt Rudolf Schreiber, immer wieder betonte, sprang er in einer am Karfreitag abgehaltenen Volksversammlung im Gasthaus „Stadt Naumburg" zu Ahlsdorf auf den Tisch und rief sich zum „stellvertretenden Kommandanten" aus. Außerdem begab er sich mit zwei Männern, die inzwischen deshalb ganz erheblich bestraft worden sind, zum Landjäger und beschlagnahmte dessen Pistole. Bezeichnend für die Reue, die dieser „nationale" Mann in Ahlsdorf gespielt hat, ist in erster Linie die Tatsache, daß der Beginn seines Wirkens und der Beginn der Unruhen in A. zeitlich zusammenfallen. Mitglied der Kommunistischen Partei will P. nur gewesen sein, um auf dem Laufe, ihn beschäftigte, Urlaub zu bekommen! Ein mit P. „befreundeter Wachtmeister" hat an den Verteidiger (Rechtsanwalt Schreiber ist auch der Verteidiger des vorläufig etwas geisteskranken Wachtmeisters Böhm, der den kommunistischen Gemeindevorsteher Waldenhauer aus Erdeborn ermordete) einen Brief geschrieben, in dem es als ein Skandal bezeichnet wird, daß ein alter Soldat und deutscher Mann so behandelt wird. (Damit meint er ganz allgemein die Tatsache des Strafverfahrens, das für die meisten nicht nationalen Arbeiter mit jahrelangem Zuchthaus endete.) Dieser Brief findet sich plötzlich bei den Akten und wird Anlaß zu einem Zusammenstoß zwischen dem Vorsitzenden Cullmann, dem Verteidiger und dem demokratischen Schöffen. Cullmann. Das nahm Herr Schreiber zur Gelegenheit, die herrliche Tatsache zu preisen, daß sich auch in dieser verrotteten Zeit mitunter noch so teutsche Männer, wie Poppe und der Wachtmeister welche sind, dem Gericht offenbaren. Das wirkte auf den übrigen Gerichtshof. Ein nationales Körnlein kann einen ganzen Klassenapparat aus der gewohnten Funktion bringen. Das Gericht verhängte über unseren nationalen Arbeiter wegen Landfriedensbruches, Bandenbildung (so nannte es der Staatsanwalt) und Nötigung (wieviel Zuchthaus, fragt ihr? Nein sagte: über unseren nationalen Arbeiter!) — 6 Monate Gefängnis, auf die 2 Monate und 2 Wochen der erlittenen Untersuchungshaft angerechnet werden. Außerdem wurde die Vollstreckung der Reststrafe auf die Dauer von 3 Jahren ausgesetzt.

KPD
Volkskalender 1922

Werte Genossen! Unser Volkskalender befindet sich in Arbeit; er wird eins der ersten Produkte sein, das in unserer eigenen Druckerei, der Produktiv-Genossenschaft, hergestellt wird. Wir weisen nochmals darauf hin, daß der Kalender an Reichhaltigkeit alle bisher erschienenen übertreffen wird. Die Titelseite unseres Kalenders wird mit dem Symbol des russischen Sowjetsterns geschmückt sein, und bitten wir beim Angebot von ähnlichen Kalendern darauf zu achten!

Die Bezirksleitung

Wirtschaftliches.

Die Steuerschraube im ersten Halbjahr.

Herrn Dr. Wirths Mühlen mahlen langsam, aber sie mahlen sicher. Das zeigt der Finanzausweis für die Zeit vom 1. April bis zum 30. September. Ohne viel Lärm und großes Aufsehen ist den Arbeitern ein Groschen nach dem anderen entzogen worden, um den bankrotten Staat wieder auf die Beine zu helfen, um dem „Volke" seine Sipo, Reichswehr und seine Henker zu erhalten, um die Taschen der Kriegsgewinnler für ihre „selbstlose" Hingabe von Anleihen usw. zu füllen. Nach der „Frankfurter Zeitung" Nr. 751 betrugen vom 1. April 1921 bis 30. September 1921:

die allgemeinen Verwaltungsausgaben 45,6 Milliarden Mark,
die Zinsen für Anleihen usw. 10,5 Milliarden Mark,
die Zuschüsse für Post und Eisenbahn 8,4 Milliarden Mark,
zusammen 64,5 Milliarden Mark.

An Einnahmen ergab sich demgegenüber:

aus Zöllen und Steuern 20,47 Milliarden Mark,
aus Neuaufnahme von schwebenden Schulden 44,07 Milliarden Mark,
zusammen 64,54 Milliarden Mark.

Voranschlag für das ganze Jahr 1921: 43,3 Milliarden Mark.

Daß die Unternehmer von den bisherigen Lasten sehr wenig verspürt haben, zeigen die glänzenden Geschäftsabschlüsse aller Gesellschaften. Es ist den Kapitalisten trotz des flauen Geschäftsganges im verflossenen Halbjahre gelungen, die Steuern fast restlos auf Verbraucher und Arbeiter abzuwälzen. Wie schwer dagegen der Steuerdruck auf den Arbeitern und Angestellten lastet, geht aus an allen Orten immer wieder ausbrechenden Streikwellen hervor. Daß die Arbeiterschaft den ersten Waffengang des Steuerkampfes verloren hat, ist einerseits Schuld der Gewerkschaften, die bis heute noch nicht die einzelnen Teil- und Abwehrkämpfe der Arbeiter zusammengefaßt haben, zum anderen Schuld der SPD. und USPD., die durch die Teilnahme und Unterstützung an der Wirth-Regierung diese Steuerpolitik gebilligt und mitgemacht haben, ohne reale Sicherungen zu fordern, die das Proletariat vor diesen Belastungen wirklich schützen konnten. Im kommenden Halbjahr wird und muß die Steuerschraube noch schärfer angezogen werden, die Arbeiterschaft wird noch mehr bluten müssen, wenn sie sich nicht geschlossen gegen die Bourgeoisie und ihre Regierung zur Wehr setzt.

Neues aus aller Welt.

Eisenbahnunglück in Bamberg. Bamberg, 13. Oktober. Auf dem hiesigen Bahnhof ereignete sich letzter Nacht ein gemischter Zug auf der Ausfahrt nach Lichtenfels. Mehrere Personenwagen wurden eingedrückt, wobei drei Personen getötet, acht verletzt wurden.

Großer Brand bei Brixen. Bozen, 13. Oktober. (Voss.-Ztg.). In dem Dorfe Lüsen wurden durch eine größere Feuersbrunst vierzehn Häuser völlig zerstört, wobei große Früchtevorräte vernichtet wurden.

Zugentgleisung. Badajoz, 13. Oktober. Bei Merida entgleiste infolge Bahndammunterspülung durch Dauerregen ein Personenzug. Die Zahl der Opfer steht noch nicht fest.

Straßenkundgebungen in Wien. Wien, 14. Oktober. Die Stadt war gestern abend wieder Schauplatz großer Straßenkundgebungen mit stark antisemitischem Einschlag. Nach einer Frauenversammlung, die mit der Tagesordnung stattfand: „Wir können nicht weiter", zogen mehrere hundert Personen die Ringstraße entlang unter Rufen: Auf zu den Schieberhotels! Holen wir das Gesindel aus den Autos heraus! Vor der Oper und vor den großen Hotels auf der Ringstraße kam es zu wüsten Szenen. Zugänger wurden verprügelt, Autos angehalten, deren Insassen herausgezerrt und geschlagen. Erst einem sehr großen Aufgebot von Polizeibeamten gelang es, die Demonstranten zu zerstreuen.

Zu dem Unglück auf Bahnhof Jungfernheide, wo gestern ein Zug in eine Kolonne Streckenarbeiter gefahren ist, erfahren die Blätter noch, daß auch ein zweiter der von dem Zuge erfaßten Arbeiter seinen Verletzungen erlegen ist.

Silberdiebstahl. Der „Berliner Lokalanzeiger" meldet aus Hamburg: Bei einem Kaufmann in Eimsbüttel wurde ein Koffer beschlagnahmt, in welchem sich ein Schatz von Silbergeräten im Werte von 100 000 Mark befanden, der von einem amerikanischen Dampfer gestohlen worden war.

Munition explodiert. Bukarest, 14. Oktober. In einem Fort der Festung flogen 150 Waggons Munition in die Luft. Es gab zehn Tote und viele Verletzte.

Schwere Explosion. Halberstadt, 13. Oktober. Im Klusswasserwerk ereignete sich eine schwere Explosion, wodurch der Betrieb stillgelegt wurde. Durch umherfliegende Gußteile wurde der Maschinist Hanitsch schwer verletzt.

Drei Kinder erdrosselt aufgefunden. Oebisfelde, 13. Oktober. Gestern vormittag wurden die drei Söhne des Eisenbahnmaschinenputzers Robert Winkler im Alter von drei, vier und sechs Jahren in ihren Betten erdrosselt aufgefunden. Jedes Kind hatte eine Schlinge um den Hals, die an einer Schnur befestigt war. Ueber den Täter und den Anlaß zur Tat ist noch nichts bekannt.

Sport

Wsv. Trotha. Spielresultate: Wsv. I. — Teutonia I. 0:1; I. Jugend — Fortuna III. Ddau 0:1; II. Jugend — Fortuna II. Jugend 4:0.

Politzei-Sportplatz. Am Sonntag spielt Trotha I. — Südwest I. Anfang 3 Uhr. Trotha II. — Westitz I. 1/2 2 Uhr. Auf dem Sandanger stehen sich die Jugend-Mannschaften von Trotha und Westitz gegenüber. Anfang 10 Uhr. Wsv. II. Jugend — Zscherben I. Jugend. Abfahrt 8.50 Uhr Hauptbahnhof.

T.-V. Die Naturfreunde. Heute, Freitag, abend 7½ Uhr im Gewerkschaftshaus, Harz 42/43. Aussprache über die Arbeitsgemeinschaften. Sonntag: Wanderungen in den Harz. Ab Gernrode nachmittag 3.38 und 6.31 Uhr. (Kinnethal). Nach Bad Benzheden. Ab früh 7 Uhr vom Hettstedter Bahnhof. Jugendgruppe. Nach der Seeburg. Ab früh 7 Uhr vom Riebeckplatz.

Sportgenossen, werbt für den „Klassenkampf"!

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Richard Schnetter; für Anzeigen Fritz Krob; Verlag: Produktiv-Genossenschaft, e. G. m. b. H., für den Bezirk Halle-Merseburg, Altstadt. Verlag Klassenkampf, Druck Hallesche Genossenschaftsbuchdruckerei, e. G. m. b. H., sämtlich in Halle.

Verschwunden! **Läuse** Schwaben Flöhe Holzwurm **Wanzen** Verschwunden!
beseitigen Sie in ½ Stunde nur mit **Eckolda** 100 000 Mk. zusätzliche Gewinne bestimmt. Ueberzeugen Sie sich. Ueberzeugen Sie sich. Ein Erfolg (vom Fachm. hergest.) werden Sie staunen.
Verlangen Sie nur Eckolda Fabr. Eckolda-Werke, Eisen. Zu haben in:
Halle: Drogerie M. Ott, Steinweg 26. *1250

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019211014-11/fragment/page=0007

K·P·D

Kommunistische Partei Deutschlands.

Bezirksleitung für Halle-Merseburg.
Bureau und Kasse: Lerchenfeldstraße 14. Fernsprecher: 1478. Postscheckkonto Leipzig 32443. Oskar Fiedler, Bezirks-Sekretär
Geschäftsstelle: Täglich 9 bis 6 Uhr. Sonnabends nachmittags geschlossen.

Versammlungen

Ortsverein Halle.
Bureau: Lerchenfeldstraße 14. Fernsprecher 1478. Geschäftsstelle: Täglich 9 bis 1 und 4 bis 7 Uhr. Sonnabends nachmittags geschlossen.

Distrikt 7a. Freitag 14. Oktober, abends 7½ Uhr, im „Südpol" (Weseiner Straße): **Mitgliederversammlung.** Referent zur Stelle.

Distrikt 13. Freitag, 14. Oktober, abends 7½ Uhr, in der „Plauderecke": Mitgliederversammlung Referent zur Stelle.

Sonnabend, den 15. Oktober, abends 8 Uhr, im Frauen-Sekretariat (Lerchenfeldstr. 14): **Sitzung der Distriktsleiterinnen, Kindergruppenleiterinnen und der Arbeitskommission.**

Achtung! Abrechnung! Sämtliche Kassierer müssen bis zum 16. Oktober abgerechnet haben.

Distrikt 19. Sämtliche Kassierer müssen sofort abrechnen

Unterbezirk Halle-Saalkreis.
Bureau: Halle, Lerchenfeldstraße 14, Fernspr. 1478. Geschäftsstelle: Täglich 9 bis 6 Uhr. Sonnabends nachmittags geschlossen.

Dölau. Sonnabend, 15. Oktober, abends ½8 Uhr, im Lokal Dierichke: **Mitgliederversammlung.**

Unterbezirk Mansfeld.

Großdrucer. Sonnabend, den 15. Oktober, abends 8 Uhr, im Gasthof „Zum Deutschen Haus": **Oeffentliche Versammlung.** Thema: „Die politische Lage und die Märzaktion." Referent: Gen. Wipprecht

Hedersleben. Sonnabend, den 15. Oktober, abends 8 Uhr: **Oeffentl. Versammlung.** Thema: „Die politische Lage." Referent: Genosse Friedo.

Eisleben. Sonnabend, den 15. Oktober, abends 8 Uhr, im „Volkspark": **Funktionärsitzung.**

Benndorf. Sonntag, den 16. Oktober, abends 8 Uhr, im „Großfürst": **Mitgliederversammlung.** Ein Vertreter der Unterbezirksleitung ist anwesend

Unterbezirk Sangerhausen.

Rehra. Sonnabend, den 15 Oktober, abends 8 Uhr. im „Preußischen Hof": **Oeffentliche Versammlung.** Thema: „Die Märzaktion vor dem Untersuchungsausschuß." Referent: Genosse Gustav Menzel

Giehe. Sonntag, den 16. Oktober nachmittags 2 Uhr: **Oeffentliche Versammlung.** Thema: „Die Märzaktion vor dem Untersuchungsausschuß." Referent: Genosse Kilian.

Artern. Sonntag, den 16. Oktober, abends 8 Uhr, im „Goethehaus": **Oeffentliche Versammlung.** Thema: „Die Märzaktion vor dem Untersuchungsausschuß" Referent: Genosse Kilian.

Unterbezirk Bitterfeld-Delitzsch.

Bitterfeld. Sonntag, den 16. Oktober, vormittags 9 Uhr, im Lokal „Fürst Bismarck": **Gemeindevertreter und Funktionäre.**

Eilenburg. Montag, den 17. Oktober, abends 8 Uhr, im „Schwarzen Adler": **Lichtbildervortrag** mit Referat über Sowjet-Rußland. Eintrittskarten zum Preise von 2 Mk. sind bei allen Betriebsvertrauensleuten und an der Kasse zu haben.

Holzarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Halle.

Sonnabend, 15. Oktbr., abds. 7 Uhr, im „Volkspark" (Großer Saal):

Vergnügen.

Dienstag, den 18. Oktober, abds. 7 Uhr:

Mitglieder-Versammlung.

Tagesordnung:
1. Abrechnung vom 3. Quartal.
2. Wahl des 2. Bevollmächtigten.
3. Lichtbildervortrag über: Vom Baumstamm bis zur Zeitung.

Um das Erscheinen aller Mitglieder bittet
3634 Die Ortsverwaltung.

Volkspark (kleiner Saal)
Sonnabend, d. 15. Oktober 1921, abends 7½ Uhr:

Bunter Abend

veranstaltet von „Loupinis Künstlerspielen". Moderne Zauberei, verbunden mit Auftreten erst. Künstler. U. a. Humoristen, Komiker, Duette.
? Der geheimnisvolle Mann mit den 12 Weckeruhren ?
Programm: 4 Mark — Gesangsteile: 1 Mk. 3627

Achtung, Seeben!
30 Minuten vom Trothaer Bahnhof. *1259
Sonntag u. Montag von 3 Uhr an:

Grosskirmes.

Alle 2 Tage Tanz.
K. Gänsebraten, Hammelbraten, selbstgeback. **Obstkuchen u. Bohnenkaffee. Gutgepflegte Engelhardt-Biere.**
Es ladet freundlichst ein **Karl Glaser.**

Restaurant zum Stadion,
Böllberger Weg 30.
Sonntag, den 16. Oktober:

Bunter Abend.

Hierzu laden freundlichst ein 3635
K. Weinrich und Frau.

Kleine Anzeigen haben im Klassenkampf den größten Erfolg

Erstaufführung!
Edison-Theater, Goethestraße 26,
zeigt heute bis Montag:

Nirvana, III. Teil

Der Ruf über das Meer!
6 gewaltige Akte.
Ein Werk von selten wuchtiger Wirkung, das jeden fesselt, erschüttert und in atemberaubender Spannung hält.

Die ersten zwei Teile wurden im Walhalla-Theater gezeigt.
Die Fortsetzung des 6-teiligen Films findet im Edison-Theater statt.

Vorführung: 7,00 u. 8,30. Preise: 2 u. 3 Mk.
3637

Genossenschaft, e. G. m. b. H., „Volkshaus", Eisleben.

Bilanz per 31. Dezember 1920.

Aktiva.

An Betriebsbestände:		Per eigene Betriebsmittel:	
Kassa-Konto	1 169,89	Geschäftsguthaben	400,00
Inventar-Konto	106 412,50	„ Grundschulden:	
„ Grundbesitz:		Hypotheken-Konto	210 000,00
Grundstücks-Konto	103 587,50	„ Verbindlichkeiten:	
		Noch z. zahl. Unkosten	769,80
	211 169,80		211 169,80

Debet. **Gewinn- und Verlust-Konto.** Kredit.

An Unkosten-Konto	3 304,55	Per Miete-Konto	2 516,60
„ Zinsen-Konto	2 013,75	„ Bierpacht-Konto	3 571,50
„ Noch zu zahl. Unkosten	769,80		
	6 088,10		6 088,10

Ausgeschiedene Genossen im Laufe des Geschäftsjahres . . keine.
Bestand am Schlusse des Geschäftsjahres . . . . . 36.
Die Gesamt-Haftsumme aller Mitglieder betrug am 31. Dezember 1920 18000 Mk.

*1260 **Genossenschaft, e. G. m. b. H., „Volkshaus", Eisleben.**

Vereinigte Kegelklubs.
Sonntag, den 16. Oktober, im großen Saal des „Volksparks" von nachm. 3 Uhr an: 3638

Gr. Herbstvergnügen

Sonntag, den 16., den 23. und 30. Oktober:

Geld-Preis-Kegeln.

1. Preis 500 Mark, 2. Preis 400 Mark, 3. Preis 300 Mark usw.
Gleiches Kolz — gleiches Geld,
4 Schub 2 Mark.
Beginn des Kegelns vorm. 11 Uhr.
Es ladet ein **Der Vorstand.**

Broyhan-Schenke Deutsches Haus Beesen.
Sonntag, d. 16., u. Montag, d. 17. Oktober:

Große Kirmes.

Von nachmittags 3 Uhr an: **Grosse Ballmusik.**
Für Speisen und Getränke ist bestens gesorgt.
Otto Weber. 3623 **Hugo Schunke.**

Erste Weißenfels. Genossenschaftsschuhfabrik
— e. G. m. b. H. —

Schuhwaren aller Art

in nur **bester Lederausführung.** Jeder Zwischenhandel ist ausgeschlossen, darum **solidste, angemessene Preise.** Für die dem Bezirkskartell angeschlossenen Mitglieder findet der Verkauf an folgenden Stellen statt:

Weißenfels im Lager, **Schillerstr. 11.** Hof — **Merseburg** beim Bezirkssekretär **Wilh. Beckling,** Weißenfelser Straße 6 — **Halle** beim Gewerkschaftssekretär **Kurt Bachmann,** Thomasiusstr. 47 III — **Bitterfeld** beim Gewerkschaftssekretär **Otto Keitel,** Holzweißiger Straße 111 — **Sangerhausen** bei **Frau Glatter,** Magdeburger Straße. Arbeitsnachweis — **Zeitz** bei **August Tietzscheld,** Donaliesstr. 19 III 1233

Empfehle **Freitag** und **Sonnabend:**
Einen großen Posten 3631

prima Ziegenfleisch

zu bekannt billigen Preisen.
Esther, Advokatenweg 18.

Extra-Angebot!
Solange Vorrat!

Herren-Hemden	29⁷⁵
Herren-Unter-Hosen	32⁷⁵
Socken	6⁷⁵ 8⁷⁵
Damen-Wäsche billigst!	
Damen-Strümpfe / Kinder-Strümpfe	v. 6⁷⁵ an
Moll. Kind.-Trikots	v. 24⁷⁵ an
Blaue Ref.-Hosen	v. 16⁷⁵ an
Barchent-Röcke	39⁷⁵
Strickwesten für Herren u. Damen	39⁷⁵
Kopftücher	9⁷⁵ 11⁷⁵
Umschlagtücher	32⁷⁵

3640 usw. usw.
Ueberzeugen Sie sich von unserer **Preiswürdigkeit** und achten Sie genau auf unsere Firma
Wäsche- u. Wollw.-Lager
Gr. Ulrichstr. 25,
— Ecke Jägergasse. —

Achtung! Achtung!
Anzüge,
neueste Formen, beste Verarbeitung,
Blusen, Kleider, Wäsche,
staunend billig. 3641
Trabert, Kl. Ulrichstr. 5.

Vereins-Anzeiger

Arbeiter-Sänger-Chor
Morgen, Sonnabend, abend pünktl 8 Uhr, im Restaurationszimmer des „Volksparkes": **Singestunde.**

Frauen- und Mädchenchor.
Dienstag abend 8 Uhr, im „Volkspark": **Singestunde.**

Zentralverb. prol. Freidenker (Ortsgruppe Halle.)
Jeden Mittwoch nach dem 15., abends 8 Uhr, Mitgliederversammlung i. d. „Produktiv-Genossenschaft", Lerchenfeldstr. 14. Gäste stets willkommen.

Kommunistische Arbeiter-Partei Deutschl., Ortsgr. Halle.
Dienstag, 18. Okt., abends 7½ Uhr, i. „Volkspark": **Funktionärsitzung.**

Allg. Arbeiter-Union
Ortsgruppe Halle.
Jeden Sonnabend im Restaurant Löther, Große Steinstraße, von 7—9 Uhr Kassenstunden. Wer sich nicht selbst kassiert und drei Versammlungen hintereinander nicht kommt, stellt sich außerhalb der Union.

Arbeiter-Schwimmverein, Halle a. d. S. (E. V.)
Uebungslid. im Stadtbad: Mittwoch von 8—9 Uhr, Damenabteilung. Donnerstag v. 7—8 Uhr, Jugendabteilung. Von 8—9 Uhr, Männerabteilung.

Internationaler Bund aller Kriegsopfer, Ortsgr. Halle.
Mittwoch nach dem 1. und 15. jeden Monats, im Volkspark: Mitgliederversammlung.
Montag u. Donnerstag jede Woche, abends 5—7 Uhr: Rechtsauskunft im Bureau: Gewerkschaftshaus, Harz 42/44, 2 Tr., Zimmer 15.

Freie Bühne Halle, Volkspark, Burgstr.
Dienstag abend ½8 Uhr: **Probe.**

Arb.-Samariter-Kol. Halle
Jeden Freitag in der Martinschule Uebungsstunde.

Kommunistische Jugend.
Halle, Rathausstr. 16.
Freitag: Gruppenabend
Sonntag: Sammeltag für Sowjet-Rußland.
(Näheres i. d. Gruppen.)
Montag abend 7½ Uhr im „Volkspark": **Vorstands- u. Funktionärsitzung** b. Gruppe Nord.

I. Hall. Mandolin.-Orchester.
Uebungslid.: Jed. Freitag, abends 7 Uhr, in der „Aula" (Charlottenschule).

Touristen-Verein „Die Naturfreunde"
Freitag abend 7½ Uhr, im Gewerkschaftshaus: Aussprache über die Arbeitsgemeinschaften.
Sonntag: Herbstwanderungen. Ab Sonnabend nachm. 3.38 u. 6.31 Uhr. (Anmelden.)
— Nach Lauchstedt. Ab früh 7 Uhr vom Hettstedter Bahnhof.
Jugendgruppe: Nach der Saalaue. Ab früh 7 Uhr vom Riebeckplatz.

Turn- u. Sport-Verein Fichte.
In d. „Volkspark"-Turnhalle 7—9 Uhr:
Dienstags: Leichtathlet. Uebungsstunde.
Freitags: Turnstunde.
Mittwochs: Turnerinnen.

Arbeiter-Radfahrer-Bund „Freiheit".
Radfahrervereine, welche gewillt sind, sich dem Arb.-Radfahrer-Bund „Freiheit" anzuschließen, erhalten nähere Auskunft vom Kreisleiter Paul Crana, Halle (S.), Mansfelder Straße 25.
Sonntag, den 16. Oktbr.: **Ausfahrt nach Cölme.** Abfahrt 1 Uhr v. Rest. Hackebom.
Um pünktliches und zahlreiches Erscheinen ersucht
Die Kreisleitung.

Arbeiter-Radfahrer-Verein „Stern" Vereinslok. Lohse, Humboldtstraße 1. Jeden, Mittwoch nach dem 1. u. 15. im Monat: **Versammlung.**

Arbeiter-Radfahrer-Bund Solidarität b. Ortsgr. Halle.
Jeden letzten Freitag im Monat, abends 7½ Uhr, im „Volkspark": **Versammlung.**

Kröllwitz

Arbeiter-Bildungs-Verein, Kröllwitz.
Vereinslokal: Lindenhof.
Gesangs-Abteilung:
Mittwochs von 8—10 Uhr.
Turn-Abteilung:
Dienstags und Freitags 8—10 Uhr.
Proletarische Bühne:
Donnerstag, 8—10 Uhr.
Musik-Abteilung:
Donnerstags 8—10 Uhr.
Jugend-Abteilung:
Dienstags und Freitags 8—10 Uhr.
Kinder-Mandol.-Abtlg
Freitags 5—7 Uhr.
Proletkult-Diskussionsabend. Montag, 8-10 Uhr.
Freitag, den 14. Oktbr., im „Volkspark": Theaterabend.

Ammendorf

Arbeiter-Gesangverein.
Männerchor: Dienstag, abends ½8 Uhr.
Frauenchor: Donnerstag, abends ½8 Uhr, in Teichmanns Hotel.

Kleinwittenberg Piesteritz.

Freireligiöser Verein.
Jeden Donnerstag nach dem 15. jeden Monats **Versammlung** im „Volksheim"

---

*1249

Stadttheater
Sonnabend, d. 15. Oktbr.: Vorstellung für die Freie Volksbühne.
Sonntag nachmittag: **Die Räuber.**
Sonntag abend: **Die Abreise.**
Hierauf Frau Potsdhar.

Halbbure 3622
Damen-Taschen
in großer Auswahl und prima Leder.
Hugo Krasemann
Lederwaren-Spezial-Geschäft
nur Schmeerstr. 19.

Von morgen Sonnabend, mittag stehen fortwährend prima hannov. Ferkel, kleine u. große **Läufer-schweine** u. ganz große **Futterschweine** von 80—100 Pfd. pro Stück bill. zum Verkauf. *1261
Gebr. Rohlberg, Halle, Gasthof „Goldene Rose", Ranmischestr. 19 Tel. 6842

Tabak-Beize
f. selbstgebauten Tabak wieder eingetroff. 3.50 à Beutel Mk. 3.50
Franz Rudloff,
Zigarrengeschäft, Thomasiusstr. 34.

Gr. Tisch, 2 P. Damen-Schuhe, Gr. 40, u. verschiedenes anderes z. verk. Gust. Kraft, Reichardtstr. 20.

Partei-Schriften
empfiehlt
Volks-Buchhandlung.

Maurer
für Winterarbeit gesucht.
Marx & Markisch.
3635 Baugeschäft.
Zu melden Halle a. S., Pfännerhöhe 11 1 Tr. r. Hohenthurm-Rosenfeld.

---

1 bis 2 leere Zimmer
von ruhigen, kinderlosen Leuten für sofort oder später gesucht. Offerten unter **V. H. 79** an die Exped. d. Zeitung. 3633

Für Flechten-Kranke!
Knoten-, Ring-, Eiter- und Bartflechte, auch veraltete Leiden, heile ich unt. Garantie mit meinem vielbewährten **Flechtenheil** in 8—14 Tagen. Zahlreiche Dankschreiben. Eine Flasche genügt. Preis 25 Mark.
F. Müller, Heilkundiger, **Bremen.** *1227
Gr. Krummenstr. 23. Sprechstd.: 9—10 u. 3—4 Uhr.

Arbeiter!
Wo deckt Ihr Euren Bedarf an

Büchern und Broschüren?

Kauft nur in Euren Unternehmungen:
Bezirksbuchhandlung der Produktiv-Genossenschaft, Halle (S.), Lerchenfeldstraße 14,
Volksbuchhandlung, Halle a. d. S., Harz 42/44,
Volksbuchhandlung, Merseburg, Markt 7,
Buchhandlung Frau Heese, Naumburg, Michaelisstraße 82.

Es ist uns unmöglich, jedem einzelnen für die vielen Beweise herzlicher und liebevoller Teilnahme, Ehrungen und reichen Kranzspenden beim Heimgange unserer lieben, unvergeßlichen **Tochter** zu danken.
Auf diesem Wege auch Dank dem Kegelklub, Radfahrer- und Turnverein, insbesondere dem Herrn Lehrer Wartenberg und den Jungfrauen für den erhebenden Gesang, dem Pastor Müller für seine Besuche und trostreichen Worte am Grabe. 3639
Nauendorf, den 12. Oktober 1921.
Die trauernde Familie Husung.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019211014-11/fragment/page=0008

Leben - Wissen - Kunst

Licht.

Roman von Hermynia Zur Mühlen.

Andreas Merz hatte die Fäuste, schluckte heiße, würgende Tränen ununter. Dies also ist das Ergebnis, wenn sich der Arbeiter betrügen will? Die neue Welt der Arbeitenden ist also dennoch eine Welt der Macht gegeben?

Die in Armut geboren werden, verrecken in Armut. Aus dem Kerker des Elends führt kein Weg heraus. Wer hat den andern die Macht gegeben?

Unsäglische Bitterkeit überwältigte ihn, er hatte Martha Tussek, Paul Löhr und dessen Freund, die sie alle mit falschen Hoffnungen betrogen hatten. Mit verzweifelten Augen starrte er in das schwarzen Morgen. Es gibt keine Rettung, nicht hier und auch anderswo nicht. Hat doch die Mutter aus Amerika geschrieben, berichtet, sie leiten im größten Elend, arbeiteten fast noch schwerer als hier, er möge nur bleiben, wo er sei. Elend und Arbeit in der Heimat, Elend und Arbeit in der neuen Welt. Wo darf der Arbeiter Mensch sein? Eine Sirene schrillte auf, ihre grelle Stimme schien zu höhnen: „Nirgends! Nirgends!"

Dreizehntes Kapitel.

Die erste große Niederlage! Bleischwer lastete ihr Bewußtsein auf den Bergleuten. Noch trostloser denn sonst deuchte die verrückte Welt, noch schwärzer der Schacht. Etliche freilich verloren nicht den Mut, räumten bereits heute von einem neuerlichen Kampf, der ihnen Enden würde. Die meisten jedoch waren völlig niedergeschlagen, sahen in dem Mißerfolg den sicheren Beweis, daß es für sie keine Rettung gebe. Stumm, verprügelt, mit gelähmter Seele luden sie wieder ihr altes Leben auf sich, fuhren im Morgengrauen ein, schufteten in der Finsternis, hockten in den freien Stunden verdrossen in der Schenke oder schliefen daheim.

Andreas Merz war tagelang wie vor den Kopf geschlagen. Er vermochte das Geschehene nicht zu fassen. Vor seinen Augen hatte sich ein Wunder ereignet: stumpfe Arbeitstiere hatten sich erhoben, Licht im Herzen und in den Augen, hatten einander die Hände gereicht, Zusammengehörigkeit gefühlt, Macht empfunden. Die starre, eiserne Welt, die auf den Schultern der Arbeitssklaven ruht, war ins Wanken geraten, ein kräftiger Anstoß genügte, und sie stürzte ein. Auf den Trümmern würden die Werktätigen die neue Welt erbauen. Ueberwältigt, schier überirdisch war in das Kohlenrevier das Wunder gekommen, hatten mit Flammenstrahlen Schwärze und Nacht vertrieben. Erwartungstrunkene, machtberauschte Tage waren leuchtend vorbeigeglitten, das ganze Leben harrte gewaltiger Erfüllung.

Und dann . . . Kleine Feinde, häßliche nagende Tiere waren eingedrungen: Hunger und Kälte, weinende Kinder, jammernde Frauen, der Verrat der eigenen Brüder. Zählings erhob sich drohend die Macht der anderen, bewaffnet mit der eigenen Stärke und der Schwäche der Arbeiter. Die wankende Welt stand wieder unerschütterlich, in Stein gehauen; höhnisches Herrengrinsen sagte: „Habt ihr gesehen, wie weit eure Macht reicht?"

Dumpfer Zorn peinigte Andreas Merz, fraß an ihm. Schweigsam, mürrisch hielt er sich von den Kameraden fern, grübelte. Sah er einen der „christlichen Knappen", so hallte er in der Tasche die Faust, mußte an sich halten, um nicht dreinzuschlagen.

Paul Löhrs Briefe ließ er unbeantwortet; ihn deuchte, er hasse den Freund, dessen Worte sie alle betrogen hatten. Weit besser wäre es gewesen, in dumpfer Vertiertheit, arbeitserschöpft, des Denkens unfähig dahin zu leben, zu wissen, so geht es bis zum Tode, als Lehen und Glück erahnen, bereits die Hand danach ausstrecken und abermals in die Nacht versinken.

Welch ein Narr war er doch gewesen! Nie wird der Tag kommen, der Arbeiter die Frucht seines Mühens genießt, immer wird die Peitsche auf seinem Rücken tanzen, immer der Mißsiggänger sein Herr sein. Wie recht hatte doch der huckliche Schreiber gehabt. Andreas Merz empfand schier Sympathie für den Mann, lüstete das Verlangen, zu ihm zu gehen, aus dem verknitterten Mund Gottes und Hohn über das zu hören, was er eine kurze Zeitlang angebetet hatte.

An einem Feierabend schlenderte er durchs Dorf, sah den Buckligen vor seiner Hütte sitzen, ein kleines Mädchen auf den Knien. Andreas trat auf ihn zu, blieb ungelenk stehen, brummte: „Guten Abend."

Da er den Buckligen anblickte, überkam ihn Staunen. War es das weiche Licht des Frühlingsabends, der zarte grüne Schimmer der jungen Lindenblätter, die die Züge des Schreibers verwandelten? Das hämische Lächeln war verschwunden, milde Ruhe lag auf seinem Gesicht. Er rückte ein wenig zur Seite, bot Andreas neben sich auf der Bank einen Platz an.

Stumm, verlegen saß Andreas da, wußte nicht, was er sagen sollte. Er mußte den anderen dazu bringen, über den mißglückten Streik zu reden, mußte Spott und Hohn über seine Träume hören. Ihn deuchte, dann würde ihm wohler werden. Schließlich bemerkte er verdrossen: „Mit dem Streik war es nichts."

„Nein."

„Sie haben damals an der Schacteinfahrt recht gehabt."

„Ja, ich hatte recht."

Der Ton, in dem diese Antwort gegeben wurde, verblüffte den Burschen.

„Haben Sie sich nicht darüber gefreut?" fragte er.

„Nein."

Andreas starrte den Buckligen erstaunt an.

„Aber Sie haben doch . . . Sie sind doch . . ."

„Man muß leben." Der Bucklige zuckte die Achseln. „Für einige Jahrzehnt dies, Schweinereien begehen müssen. Trotzdem hätte ich mich gefreut, wäret ihr mit dem Herrn fertig geworden."

Andreas glaubte seinen Ohren nicht trauen zu dürfen.

„Sie sieben doch auf der Seite der Herren."

Des Schreibers kleine Augen blickten scheu nach allen Seiten, eine seltsame Glut lohte in ihnen auf. Halblaut erwiderte er: „Steht der Esel auf der Seite des Bauers, der ihn mit dem Stachel antreibt? Aber solange der Bauer die Peitsche in der Hand hält, tuscht der Esel. Man muß leben."

Hastig, gleichsam von innerlicher Unruhe getrieben, fuhr er fort: „Wie kann ich auf seiten der Herren stehen? Ich bin fünfundvierzig Jahre alt, habe mich in all den Jahren nicht ein einziges Mal wirklich satt gegessen. Mit vierzehn Jahren kam ich als Schreiber in eine Kanzlei. Schrieb zehn Stunden am Tag, nahm abends noch Arbeit mit heim, um einen Nebenverdienst zu haben. Ich wollte studieren." Er lachte grimmig. „Ja, der Sohn des Hausierers hatte die Frechheit, studieren zu wollen." Er klopfte mit den knochigen Fingern an seine hohe gewölbte Stirn. „Da drin, sagte ich mir, steckt etwas, daß den Reichen mangelt. Damit werde ich mir die Welt erobern." Abermals lachte er böse. „Der Vater stark, ließ die Mutter mit drei kleinen Kindern zurück. Ich mußte verdienen. Später, als die Geschwister versorgt waren, war ich zu alt geworden. Der Sohn des Kaufmanns, in dessen Bureau ich arbeitete, ein dummer Bursche, hohlköpfig und eingebildet, ging an die Universität. Ich mußte Schreiberarbeit verrichten. Die Herren haben mir mein Leben gestohlen, und da soll ich auf ihrer Seite stehen?"

„Sie haben uns aber doch aufgefordert, die Arbeit wieder aufzunehmen."

„Stehen Kinder, das achte unterwegs, und der Sohn eines Hausierers" — entgegnete der Bucklige eintönig, als sage er eine Litanei her. Dann, lebhafter werdend: „Vielleicht war es auch noch etwas anderes." Er starrte grübelnd vor sich hin. „Ja, es war Neid. Ich haßte euch, weil ihr den Mut und die Kraft gefunden hattet, um euer Recht zu kämpfen. Ich habe mich mein Lebtag geduckt und alles geschwiegen, habe alles Unrecht und alle Beschimpfungen eingeschluckt, nur um meine Stelle nicht zu verlieren. Und da kommt ihr, die ihr von der Welt nichts kennt, als die Grube und die Schenke, unwissend seid, ungebildet, stellt euch hin, schreit: auch der Arbeiter ist ein Mensch, fordert sein Recht. Dreißig Jahre lang hab ich den Gedanken im Munde zerkaut, hinuntergewürgt: auch der Schreiber ist ein Mensch, fordert sein Recht. Galleninbitter hat der Gedanke geschmeckt, hat mir das Blut vergiftet. Ich bin ein böser Mensch geworden, bin . . ." Er stockte, schaukelte das Kind auf seinen Knien, murmelte vor sich hin: „Neid, ja Neid . . ."

„Glauben Sie, alles werde immer so sein, wie heute?" fragte Andreas Merz.

Der Bucklige schüttelte den Kopf. „Jetzt nicht mehr."

„Sie sagten doch damals . . ."

„Das mußte ich sagen. Aber seitdem ich sah, daß ihr zusammenhalten könnt, daß ihr lieber sterbt, als einander zu verraten, glaube auch ich an die neue Welt." Liebkosend streichelte er den Kopf des Kindes. „Die Kleine wird sie sehen — wenn sie nicht vorher verkümmert."

Andreas Merz schwieg. Die leise Hoffnung, die er tot geglaubt hatte, begann in seinem Herzen wieder aufzuleben.

Der Bucklige warf ihm einen scheuen Blick zu, meinte dann, jählings bekümmert: „Aber erzählen Sie niemandem, was ich gesprochen habe. Es könnte mich meine Stelle kosten."

Den angewiderten Ausdruck auf Andreas Merz' Gesicht bemerkend, fügte er spöttisch hinzu: „Ja, ja, die Feigheit. Unsere Feigheit ist eine starke Waffe für die anderen. Aber was soll man tun? Man muß leben." (Forts. folgt.)

Hunger.

Von Bruno Schönlank.

Der Hunger fliebt die glänzenden Paläste,
Wo satter Kinder Silberlachen klingt,
Und Bratenduft der schwelgerischen Feste
Dem Armen tückend in die Nase dringt.
Wo räuchrig-düster Mietskasernen ragen,
Das Großstadtelend haust wie Vieh
Und harte Fron ruft vor des Morgens Tagen,
Sucht er ein dauerndes Logis.
Da tritt er ein, wo alles geht zur Rüste,
Die bleiche Armut auf den Lumpen liegt
Er nimmt ihr Brot und melkt der Mutter Brüste
Bis auch des Säuglings Milch versiegt.

Kinderheime und Schulen in Sowjet-Rußland.

Von Edwin Hoernle.

Wir fahren mit der Bahn bis Bolschewo. Unser Ziel ist die „Kinderstadt 3. Internationale". Ja, wahrlich eine Kinderstadt! Mitten im duftenden Fichtenwald, durch dessen dunkle Stämme die hellen Birkenbäume um so silberiger glänzen, liegen die schmucken hölzernen Landhäuser der einstigen Bourgeoisie, umgeben von ihren Gärten und Spielplätzen.

Etwa 500 Kinder, meist Proletarierkinder, wohnen hier von Mai bis Ende September. In stolzem Zug sind sie herausmarschiert an den kleinen Bahnhof, um uns zu begrüßen. Auf einer Wiese am Waldrand haben sie Aufstellung genommen mit ihren selbstverfertigten Fahnen und Standarten. Auf den Standarten erblicken wir die Wahrzeichen der einzelnen Hausgenossenschaften: Bienen, Ameisen, Schwalben. „Wir sind die Schwalben der besseren Zukunft", erklärten uns die Kleinen, die sich dieses Wappen erkoren.

Eine Gruppe von älteren Kindern trägt das Zahnrad, die Tuchrolle und die chemische Retorte kunstvoll zusammengestellt im Wappen. Die Kinder vom Haus für künstlerisch Begabte haben Palette, Saiteninstrument und Maske. Eine Musikkapelle ist natürlich auch zur Stelle, und schon schallt uns zur Begrüßung der stolze Kampfgesang der proletarischen Weltrevolution entgegen: Die Internationale.

Die Kinderstadt 3. Internationale ist eine große Versuchsschule. Die Leiterin, Genossin Duchesne, gibt uns bereitwillig überall Einblick und Auskunft. Peinlichste Sauberkeit herrscht überall. Kinder aller Klassen, aller Alter, aus dem verschiedensten Milieu sind hier. Neben Arbeiterkindern finden wir Kinder von Intellektuellen, neben Kindern aus geordneten Verhältnissen auch Straßenfindlinge, Kinder, die bei uns in die Fürsorgeanstalt kämen. Alle neu eintretenden Kinder kommen zunächst für 2 bis 3 Monate in den „Kollektor". Hier werden sie sorgfältig beobachtet auf ihren körperlichen und geistigen Zustand, auf ihre Begabung, ihre Talente und Eigenheiten, hier werden sie an Ordnung, Reinlichkeit, gute Kameradschaft gewöhnt. Vom Kollektor aus werden sie in die verschiedenen Häuser verteilt. Die älteren Kinder verwalten ihr Haus selbst, machen alle Arbeit in Küche, Wohnung und Garten.

Die Kinderstadt der 3. Internationale ist nur eins unter den vielen Kinderheimen, die wie ein Kranz von Villen die Stadt der Revolution umgeben. Im Walde von Salonitki war ich bei den tuberkulösen und unterernährten Kindern. Ich sah sie in ihren Liegehallen, die kleinen, müden Opfer der bürgerlichen Ausbeutung und ich sah Genesende, braun, — nein, schwarzgebrannt von der sommerlichen Sonne, in leichten Turnhöschen, sonst aber splitternackt, bei Spiel und bei Arbeit. Ich war auch bei den 1600 Waisenkindern, die im „Silbernen Wald" eine Heimat gefunden, ich war bei der Bezirkswaisenhaus bei Krasnyj Lut, wo elternlose, kleine Bauernkinder das marmorne Schloß des früheren Großindustriellen mit Lachen und Gesang erfüllen. An die 40 000 Kinder haben in der näheren und entfernteren Umgebung Moskaus Unterkunft, Pflege und Schulung gefunden. Wie oft gedacht ich da an unsere Proletarierkinder von Berlin, vom Ruhrgebiet, aus den Walddörfern Thüringens! Wer sorgt für sie? Wer beschlagnahmt für sie die Villen im Grunewald, an den herrlichen staubfreien kiefernduftenden Ufern der Havel oder droben in Oberhof, im Schwarzwald? Die Kinder des deutschen Proletariats gehen zugrunde in elenden Mietskasernen, verkommen auf der Straße und in sonnenlosen Hinterhöfen; wer sorgt für sie? Das russische Proletariat steht im schwersten Kampf mit Wirtschaftsruin, Transportkrise, Mißernte, mit Hunger, Seuchen und Kälte, mit Unverstand, Bosheit, Verschwörung und weißen Banditen — aber für seine Kinder schafft es trotz allem eine Heimat, Gärten des Glücks.

Die Kinderheime sind nicht nur Pflegestätten gesunder, junger Menschen, es sind die Keimzellen hochentwickelter kommunistischer Zukunft. Die Grundsätze der vorsowjetrussischen Pädagogik finden hier Anwendung. In Salonitki bei den Leichttuberkulosen sah ich, von den Kindern selbstangelegte, zu Lernzwecken dienende Sammlungen von Pflanzen, Mineralien und Tieren, Zeichnungen, Diagramme und Präparate, die den kleinen Naturforschern alle Ehre machten. In der „Kinderstadt 3. Internationale" sah ich die Kinder bei intensiver Gartenarbeit. Da gab es die herrlichsten Gemüse, Salate und Früchte. Nützliche Arbeit und Studium waren hier verbunden. Im „Silbernen Wald" hörte ich einen achtjährigen Klaviervirtuosen und eine 14jährige Deklamatorin von bedeutendem Können. Aquarelle und Zeichnungen sah ich in jedem Heim, in jeder städtischen Speisanstalt, die ein Zeugnis waren der regen geistigen Lebendigkeit, die hier herrscht.

Und wie rührend ist die Ausnutzung auch des letzten Fetzens Papier für diese künstlerischen Uebungen! Denn der Mangel von Papier für diese künstlerischen Uebungen! Denn der Mangel von Lehr- und Lernmaterial ist schlimm in Sowjet-Rußland. Ich sah Lehr- und Lernmaterial ist schlimm in Sowjet-Rußland. Ich sah Musterschulen, wo auf 8 bis 10 Schüler ein Bleistift kam! Große Sorgfalt wird verwendet auf körperliche Uebungen, Turnspiele, rythmische Uebungen! Was ist unser grobes militärisches Turnen gegen die Disziplin und Grazie solcher rhythmischen Turnübungen!

Die Arbeit ist die Grundlage alles Lernens und Wissens. Die Sowjetregierung ist eifrig bestrebt, das System der Arbeitserziehung an allen Schulen durchzuführen. An der Akademie für Arbeitserziehung in Moskau sind bis jetzt 500 Lehrkräfte für die Arbeitsschule ausgebildet worden. Aus allen Teilen Rußlands kommen begabte junge Qualitätsarbeiter auf diese Akademie, um mit den Kindern der Versuchsschule gemeinsam die neue Methode der Arbeitserziehung zu erlernen. Und sie arbeiten nicht bloß mit Handwerkszeug, sondern mit richtigen Motoren und Maschinen. Sie fertigen nicht bloß Modellmaschinen her, sie arbeiten nützliche Gebrauchsgegenstände für den Bedarf. In dieser Arbeit und durch diese Arbeit werden sie eingeführt in die Physik, Mathematik, Wirtschaftslehre, Völker- und Länderkunde, Materialkunde, Geologie, Chemie, politische Geschichte, Staatswissenschaft, kurzum in alle notwendigen Gebiete des Wissens. Und was noch wichtiger ist: Die Produktionsschule, wie sie in Sowjet-Rußland angestrebt wird, stellt das Kind hinein in den großen Produktionsprozeß, beteiligt das Kind, ohne es auszubeuten, an der gesellschaftlichen Arbeit, macht es zum Genossen und Bürger des proletarischen Staates.

Die Luft der Freiheit weht durch Rußlands Kinderheime, die Luft der Freude und der ernsten Arbeit, denn hier ist Arbeit Freude. In den Kindergemeinschaften entfaltet sich jede Begabung, jedes Talent, wie eine Blume in fruchtbarem Boden. Häßlicher Egoismus, kleinbürgerlicher Neid, Ausbeuterinstinkte haben hier keine Stätte. In einem der schönsten Moskauer Heime, im früheren Hause des Prozen Schipkoff, haben die Kinder einen besonderen „Zirkel der kommunistischen Arbeit" gegründet. Er besteht aus den Kindern der älteren Gruppe. Diese Kinder haben der Faulheit, dem Müßiggang, religiösen und sonstigen Vorurteilen den Kampf erklärt. Die Kinder haben einen Aufruf erlassen, in dem es heißt: „Die freiwillige Arbeit zum Nutzen aller, das sei unser Kampf gegen die frühere Knechtschaft!" Und so haben sie besondere Feiertage der freiwilligen Arbeit organisiert. Alles ist den Kindern gemeinsam in dieser Kommune. Wer zwei Paar Stiefel hat, gibt dem, der keine hat.

Die kommunistischen Kinderheime Sowjet-Rußlands wirken schon stark zurück auf die in Unwissenheit oder kleinbürgerlich-kirchlichen Vorurteilen lebenden Eltern. Die Kinder laden Eltern und Bekannte zu ihren Festen ein, zu ihren selbsterspannenen Aufführungen und Agitationen. Ich selbst habe bei einer solchen Gelegenheit die Augen alter, in Armut und Stumpfsinn grau gewordener Proletarier leuchten sehen, ich sah den freudigen Eifer, mit dem die kleine Enkelin den Sinn der dramatischen Aufführung oder eines lebenden Bildes erklärte.

Die Kinder leben ganz und gar in und mit der Revolution. In ihren Zeitungen und Tagebüchern Leben Freiheits- und Kampflieder, die sie selbst gedichtet haben. Hier das Bruchstück eines Liedes, das ein 13jähriger Kommunarde gedichtet hat:

Durch das Dickicht des Waldes,
durch Dorf und durch Stadt,
mit dem Hammer sich bohrend den Weg durch die Welt,
geht mit Blicken voll mächtiger, feuriger Glut,
Trud*), der alles bezwingende Held.
Aus den Arbeitermassen erstehen die Scharen,
Streiter zum Kampf mit der Bourgeoisie.
Die — ob hungrig, ob elend — ihr Blut nicht sparen,
denn Trud, der Mächtige, führet sie.

Ein Wort noch über die Tätigkeit des Volkskommissariats für Volksaufklärung, damit es nicht scheine, als ob nur in Moskau, allenfalls noch in Petersburg und einigen anderen Städten für die Schulung und Pflege der Kinder etwas geleistet werde. Was die Bolschewiki für die Schule tun, erhellt schon aus folgenden Zahlen: Während 1919 es in Rußland nur 3690 Vorschulanstalten gab mit 205 000 Kindern, waren es Ende 1920 schon 4700 mit 260 000 Kindern. Während es 1917 in Rußland nur 588 Waisenhäuser — und was für welche! — gab mit 30 000 Kindern, gab es 1920 schon 2800 mit 183 000 Kindern. Seit der Revolution wurden 16 500 Pädagogen ausgebildet in 484 Kursen in 88 Gouvernements. Schulen 1. Stufe gab es 1911 50 341 mit 3 542 000 Schülern und 85 000 Lehrern. Ende 1920 gab es 64 636 Schulen mit 4 763 000 Schülern und 155 000 Lehrern. Trotzdem reichen diese Schulen erst für 60 Prozent aller Kinder. Die Schulen der 2. Stufe haben sich in den Jahren 1911 bis 1919 verdoppelt. Trotz des Darniederliegens der gesamten Industrie sind 272 Musterlehrwerkstätten mit 14 000 Schülern eingerichtet. An den Hochschulen bestehen heute 64 Arbeiterfakultäten mit rund 85 000 Arbeiterstunden. Die Zahl der Volksbibliotheken ist gestiegen. Von 13 500 im Jahre 1919 auf 44 700 im Jahre 1920. In den Großstädten ist der Kampf mit dem Analphabetentum bereits liquidiert. In Petograd gibt es keinen einzigen mehr, der nicht lesen und schreiben könnte.

Und diese gewaltige Kulturarbeit eines proletarischen Staates ist nur in ihrer Existenz bedroht. Die Hungersnot allein wäre noch nicht der schlimmste Feind. Zur Mißernte kommen die kapitalistischen Spinnen, die das Leiden der Millionen benützen möchten, um die proletarische Diktatur zu stürzen und die Diktatur der Bourgeoisie aufzurichten.

Proletarier, wollt Ihr das dulden? Wollt Ihr es dulden, daß Hunderttausende Proletarierkinder wieder ins Elend der Gasse und der Mietskasernen, in Armut, Unwissenheit, Barbarei zurückgestoßen werden? Wollt Ihr es dulden, daß in die sonnigen Kinderheime wieder das fette Ausbeuterpack einzieht? Wollt Ihr es dulden, daß der erste Proletarierstaat der Welt ein Raub des Hungers und der Gegenrevolution werde?

Nimmermehr! Sowjet-Rußlands Sache ist Eure Sache, Sowjet-Rußlands Leben ist Euer Leben! Was Ihr für Sowjet-Rußland tut, tut Ihr für Euch und Eure Kinder!

*) Trud = Die Arbeit. Im Russischen männlich.

Die Sonnenfinsternis in Moskau.

Vom Jugendgenossen Kriwzow.

„Großmutter, sieh mal durch den Scherben."

„Wo werd' ich denn, der Himmel bewahre mich, teuflisches Blendwerk das! Wirf's fort, es ist nicht zum Guten, der Pope, Vater Schulin hat noch gestern in der Kirche gesagt, daß sie schwindeln, die Bolschewiki die, der liebe Gott wird es nicht zulassen, daß die liebe Sonne weggemacht wird. Und die Nachbarinnen haben geschwätzt, daß der Welt Ende kommt. Nicht umsonst hat Gevatter Dimitri sich mit dem selbstgebrannten Schnäpschen einen ordentlichen Rausch geholt. Zum letztenmal sagt er, jetzt ist mir nichts mehr leid, da betrinke ich mich." —

Dieses Gespräch hörte ich, wo glaubt ihr wohl? Mitten in Moskau. Ich stand mit einem Genossen auf dem Minsker Platz.

Wir sahen uns um.

„Die Finsternis ist man bloß ausgedacht", fuhr die Alte fort und ergriff den Jungen bei der Hand, der vor Schreck seinen Glasscherben verloren hatte, „die Finsternis . . ."

„Bei dir im Kopf ist Finsternis!" platzte der Genosse schließlich heraus, „schau mal nach oben!" „Herrje!" schrie die Alte und zitterte, „Sünde habe ich auf mich geladen! Wahrlich, da hat einer vom Sonnchen ein Stück abgebissen!"

„Siehst du wohl. Da hast du die Lehre. Nicht wir fafeln und reden Unsinn, sondern dein Pope (Pfaffe). Nun, ihr seid wenig daran schuld, daß ihr so verfinstert seid. Die Popen haben sich dabei ordentlich Mühe gegeben . . ."

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019211014-11/fragment/page=0009

Die kommunistische Frau

Die Revolution in der Hauswirtschaft.

Von Peter Kropotkin.

Wir entnehmen diese Ausführungen einer Aufsatzreihe, die Kropotkin um das Jahr 1890 in London schrieb. D. Red.

Eine durch die Revolution regenerierte Gesellschaft wird auch die Knechtschaft am Herde beseitigen — diese letzte Form der Knechtschaft, die schwerste vielleicht, weil sie auch die älteste ist.

Immer noch denkt der Mann daran, auf die Frau als Magd oder Partnerin, die Arbeiten der Häuslichkeit abwälzen zu können.

Aber auch die Frau fordert — endlich! — ihren Teil an der Emanzipation der Menschheit. Sie will nicht mehr das Lastter des Hauses sein. Es ist schon genug, daß sie so viele Jahre ihres Lebens der Erziehung ihrer Kinder widmen muß. Sie will nicht mehr die Flickerin und die Scheuerfrau der Wirtschaft sein. Und die Amerikanerinnen, welche die Vorhut in diesem Werke der Gerechtigkeit bilden, wissen auch schon, ihren Forderungen durch die Tat Nachdruck zu verleihen; es herrscht allgemeine Klage in den Vereinigten Staaten über den Mangel an Frauen, die sich noch zu häuslichen Arbeiten hergeben. „Die gnädige Frau" zieht die Kunst, die Politik, die Literatur, den Spielsalon vor; die Arbeiterin macht es ebenso — und so findet man keine Mägde mehr. Sie sind selten in den Vereinigten Staaten, die Mädchen und Frauen, welche sich entschließen, sich der Schürze zu widmen.

Die Lösung ergibt sich durch das Leben selbst, und zwar in sehr einfacher Weise. Es ist die Maschine, die drei Viertel der häuslichen Arbeiten auf sich nimmt.

Ihr bürstet Euch die Schuhe und Ihr wißt wohl, wie lächerlich diese Arbeit ist. Zwanzig- oder dreißigmal mit einer Bürste über den Schuh fahren — was kann es Stupideres geben? Indes, so lange ein Zehntel der europäischen Bevölkerung sich gegen eine schlechte Schlafstelle und eine ungenügende Nahrung verkaufen muß, wird man auch diesen abstumpfenden Dienst verrichten; und solange wird auch die Frau die Sklavin des Hauses bleiben.

Die Barbiere haben schon Maschinen, um die Haare glatt zu bürsten und zu kräuseln. Wäre es nicht sehr einfach, das gleiche Prinzip auch für die Schuhe anzuwenden? — Und dieses ist auch geschehen. Heute schon (1890) steht die Stiefelwichsmaschine bei den großen amerikanischen und europäischen Hotels im allgemeinen Gebrauch. Auch außerhalb des Hotels findet sie schon Anwendung. In den großen Schulen Englands, deren einzelne Abteilungen allein bis 50 bis 200 Pensionäre zählen, läßt man die Schuhe nicht mehr durch Bediente reinigen. Man hält es für einfacher, sich ein spezielles Etablissement zu engagieren, welche diesen Dienst verrichtet; man erspart dadurch einen Schwarm von Dienerinnen, die sich ausschließlich dieser stumpfsinnigen Beschäftigung hätten widmen müssen. Das Etablissement holt abends die Schuhe und bringt sie am Morgen, mit der Maschine gebürstet, wieder zurück.

Das Waschen des Geschirrs? Wo findet sich eine Hausfrau, die nicht ein heilloses Grauen vor dieser langweiligen und zugleich schmutzigen Arbeit hätte, die man so häufig noch mit der Hand verrichtet, einzig weil die Arbeit der häuslichen Sklavin nicht rechnet?

In Amerika hat man einen Ausweg gefunden. Es gibt daselbst schon eine Anzahl von Städten, in welchen warmes Wasser ebenso wie bei uns kaltes Wasser in das Haus geliefert wird. Unter diesen Bedingungen war das Problem ein sehr einfaches, und eine Frau, Madame Cockrane, hat die gewünschte Maschine erfunden. Dieselbe wäscht, wischt und trocknet zwanzig Dutzend Teller oder Schüsseln in weniger als drei Minuten. Eine Fabrik in Illinois fertigt diese Maschinen an und verkauft sie zu einem für mittlere Haushaltungen zugänglichen Preis. Und was die kleinen Wirtschaften anbetrifft, so werden sie ihr Geschirr, ebenso wie ihre Schuhe einem Etablissement zur Reinigung übergeben. Es ist sogar wahrscheinlich, daß die beiden Funktionen, Schuhbürsten und Waschen — von dem gleichen Unternehmen ausgeübt werden.

Die Messer zu reinigen, sich beim Waschen die Haut zu zerschinden und durch das Ringen der Wäsche sich krumme Finger zuzuziehen, die Stuben zu kehren oder die Teppiche zu klopfen — mit der unvermeidlichen Folge, daß sich überall Staub ansetzt, den man wieder erst mit großer Mühe beseitigen muß, alles dies ist heute noch die Aufgabe der Frau, weil sie einmal unsere Sklavin ist; aber alles dieses ist auch im Schwinden begriffen, alle diese Funktionen lassen sich unendlich besser von einer Maschine versehen; und diese Maschinen aller Art werden ihren Einzug in die Haushaltungen halten, sobald es durch Anwendung des Prinzips der Kraftverteilung, auch auf die Haushaltungen ausgedehnt, möglich wird, erstere ohne Aufwand an Muskelkraft in Bewegung zu setzen.

Alle diese Maschinen kosten sehr wenig und wenn wir sie heute noch sehr teuer bezahlen, so rührt das daher, daß sie noch nicht im allgemeinen Gebrauche sind und namentlich, weil auf ihnen eine ungeheure Steuer liegt, welche jene Herren, die auf den Grund und Boden, die Rohstoffe, die Fabrikation, den Verkauf, das Patent usw. spekuliert haben und sich dafür den unsinnigen Luxus erlauben, einstecken.

Doch die kleine Maschine in der Haushaltung ist nicht das letzte Wort in der Befreiung der häuslichen Arbeit. Die Haushaltung wird andererseits aus ihrer gegenwärtigen Isolierung herausgehen; sie wird sich mit anderen Haushaltungen assoziieren, um in Gemeinschaft und leicht das auszuführen, was heute unter großer Kraftverschwendung in jeder getrennt geschieht.

In der Tat, die Zukunft besteht nicht nur darin, für jede Wirtschaft eine Maschine zum Bürsten der Schuhe und andere zum Waschen der Teller, eine dritte zum Reinigen der Wäsche u. s. f. zu haben. Die Zukunft wird auch eine gemeinschaftliche Heizanlage bringen, welche die Wärme in jedes Zimmer eines jeden Quartiers entsendet und das Anzünden eines Feuers ersparen wird. Dies ist heute schon in einzelnen amerikanischen Städten der Fall. Ein großer Herd entsendet in alle Häuser, in alle Zimmer warmes Wasser. Dieses Wasser zirkuliert in Röhren, und um die Temperatur zu regulieren, braucht man nur einen Hahn zu drehen. Und wenn man außerdem wünscht, ein flammendes Feuer in dem Zimmer zu haben, so hat man für diesen Zweck spezieller eingerichtete Gasleitungen, die man nur anzuzünden braucht. — Das Heizgas wird aus einem Zentralreservoir zu diesem Zweck in die Wohnung geleitet. Jener ganze Dienst, der im Reinigen des Kamins und der Unterhaltung des Feuers besteht — die Frau weiß, wieviel Zeit er erfordert — ist gleichfalls im Verschwinden begriffen.

Die Kerze, die Lampe, und selbst das Gas haben ihre Zeit gehabt. Es gibt ganz Städte, in denen es genügt, auf einen Knopf zu drücken, um sofort eine strahlende Helligkeit hervorzuzaubern; und genau genommen, ist es auch wieder nur eine einfache Sache der Sparsamkeit und des Wissens, sich den Luxus der elektrischen Lampe zu verschaffen.

Kurz, man stellt sich schon die Frage (immer wieder in Amerika), ob man nicht durch Bildung von Gesellschaften die gesamte Haushaltungsarbeit beseitigen könne. Man könnte es z. B. erreichen, wenn man für jeden Häuserkomplex einen Haushaltungsdienst ins Leben riefe. Ein Wagen würde kommen, um die Körbe abzuholen, welche mit Schuhzeug, das zu bürsten, mit Geschirr, welches zu reinigen, mit Wäsche, die zu waschen ist, mit allerhand Kleinigkeiten, die zu flicken sind (falls es noch der Mühe lohnt), mit Teppichen, die zu klopfen usw., gefüllt sind; — und am nächsten Morgen würde alles in bester Ordnung zurückgebracht werden, was man diesem Dienst anvertraut hätte. Einige Stunden später würden dann auf eurem Tisch, und zwar von dem gleichen Dienste euer warmer Kaffee und gut abgekochte Eier erscheinen.

In der Tat, zwischen mittags 12 und ½8 Uhr gibt es sicherlich 20 Millionen Amerikaner und ebensoviel Engländer, welche alle einen Rinder- oder Hammelbraten, gekochtes Schweinefleisch, gekochte Kartoffeln und das Gemüse der betreffenden Jahreszeit essen. Und es sind niedrig gerechnet, 8 Millionen Feuer, die während zwei oder drei Stunden brennen, um dieses Fleisch zu braten, und dieses Gemüse zu kochen; 8 Millionen Frauen, die ihre Zeit damit verwenden, dieses Mahl zuzubereiten, welches vielleicht in nicht mehr als zehn Gerichten besteht.

„Fünfzig Feuer," schrieb eines Tages eine Amerikanerin, „da, wo ein einziges genügte!" Esset an eurem Tisch, in der Familie, mit Euren Kindern, wenn Ihr wollt, aber ich bitte Euch, warum sollen 50 Frauen ihre Vormittage vergeuden, um einige Tassen Kaffee zu machen und dieses einfache Frühstück zu bereiten? Warum 50 Feuer, wenn zwei Personen auf einem einzigen Feuer genügen würden, um alle diese Fleischportionen und alle diese Gemüse zuzubereiten? Wählet Euch Euren Rinder- oder Hammelbraten aus, wenn Ihr Feinschmecker seid. Würzet Eure Gemüse nach Eurem Geschmack, wenn Ihr diese oder jene Soße vorzieht. Aber begnügt Euch mit einer Küche, die Ihr geräumig anlegen möget und mit einem Herde, auf dessen Anlage Ihr allen Luxus und alle Sorgfalt verwenden möget.

Warum ist die Arbeit der Frau stets für nichts gerechnet worden, warum sind in jeder Familie die Mutter und häufig noch drei oder vier Dienerinnen gezwungen, ihre ganze Zeit den Geschäften der Küche zu widmen? Weil diejenigen, welche die Befreiung des Menschengeschlechtes wollen, die Frau ihren Emanzipationstraum nicht begriffen haben und es mit ihrer hohen männlichen Würde für unvereinbar halten, an die Geschäfte der Küche zu denken; sie ziehen es vor, sie auf die Schultern des großen Leidens- und Schmerzenskindes — der Frau abzuwälzen.

Die Frau emanzipieren heißt nicht, ihr die Pforten der Universität, des Advokatenstandes und des Parlaments öffnen. Dies letztere sagt weiter nichts, als daß die befreite Frau ihre häuslichen Arbeiten nun einer anderen zur Last legen kann. Die Frau emanzipieren heißt, sie von der abstumpfenden Arbeit der Küche und des Waschhauses befreien; das heißt, eine Organisation schaffen, die ihr erlaubt, ihre Kinder zu nähren und zu erziehen, wie es ihr gut scheint, vor allem aber ihr genug Muße läßt, um an dem sozialen Leben teilzunehmen.

Dieses wird Wirklichkeit werden und fängt schon an, Wirklichkeit zu werden. Seien wir uns aber bewußt, daß eine Revolution, die sich an den schönen Worten „Freiheit, Gleichheit und Solidarität" berauschen und zu gleicher Zeit die Knechtschaft des Herdes aufrechterhalten wird, keine Revolution sein wird. Die Hälfte der Menschheit, duldend unter der Sklaverei des Kochherdes, würde sonst noch gegen die andere Hälfte zu revoltieren haben.

Warum Milchnot — warum Milchwucher?

Diese die Arbeiterfrauen, insbesondere die hoffenden und stillenden Mütter, zur gegenwärtigen Zeit des schamlosesten Milchpreiswuchers gewiß lebhaft interessierenden Fragen beantwortete der Genosse Kilian in der Sitzung des Preußischen Landtages vom 30. September, als er zu den Anträgen der Sozialdemokraten und Unabhängigen über Milchversorgung für die kommunistische Fraktion Stellung nahm. Wir geben nachstehend aus der Rede das Wesentlichste wieder.

Verehrte Anwesende, gefehlt hat in den Reden der Vertreter der sozialdemokratischen Parteien, deren Sachlichkeit und Materialfülle ich anerkenne, die Aufdeckung der Quellen, aus denen die Milchnot entstanden ist. Auch hat man uns keine Methode gezeigt, mit der wir aus dem sozialen Notstand und damit auch aus der Milchnot herauskommen können. Deshalb muß ich als Vertreter der kommunistischen Fraktion das, was noch nicht ausgesprochen worden ist, nachholen. Der letzte Grund der Anarchie in unserer Ernährung, die fortgesetzt zunimmt und das Elend der ärmeren Bevölkerung immer größer macht, das ist

der Egoismus der besitzenden Klasse.

Das ist der Egoismus, der die Triebfeder der ganzen kapitalistischen Wirtschaftsweise ist, der selbst aus der Produktion der notwendigsten Lebensmittel ungeheure Gewinne ziehen will. Gerade in bezug auf die Milchwirtschaft ist ein mehrfacher Egoismus in Wirksamkeit, der die herrschenden Zustände mit Naturnotwendigkeit herbeiführt. Da ist zunächst der Produzent, die Landwirtschaft, deren Streben nach großen Gewinnen unverkennbar hervortritt. Ich habe oft mir bekannte Landleute gefragt: Wie kommt es denn, daß wir keine Stiefelfette, keine Butter mehr haben, und daß die Landwirtschaft nicht mehr in dem Maße betrieben wird, wie früher? Ich habe mich selbst überzeugt, daß die großen Güter in Preußen am allerwenigsten an der Milch- und Butterproduktion beteiligt sind. Ich komme aus Mitteldeutschland, wo gerade die großen Güter außerordentlich stark vertreten sind, die 10 000, 12 000, 15 000 Morgen haben, und auf die nur 20 oder 30 Milchkühe kommen, wogegen die Bauern natürlich viel mehr haben. Früher war die Landwirtschaft auf den natürlichen Stalldünger angewiesen, und sie nahm, um ihn zu bekommen, selbst den geringeren Gewinn aus der Milchwirtschaft in Kauf. Heute hat sie künstlichen Dünger aller Art. Die Sache kostet eine Menge Geld, aber man hat es ja, man kann es bezahlen und verzichtet auf die Produktion natürlichen Düngers. Die Landwirte sagen sich:

Die Milchwirtschaft bringt uns nicht so viel ein

wie die Produktion von Körnern, Zuckerrüben, Kartoffeln, Sämereien usw. Ihre riesigen Erträge von den Feldprodukten stehen mit dem Gewinn aus der Milchwirtschaft nicht im Einklang, sie wollen ihre Gewinne durch die geringen Gewinne aus der Milchwirtschaft nicht herabdrücken. Die Hauptsache ist ihnen, daß ihr Profit ungeschmälert bleibt.

Ich möchte mich da auf das Urteil einer Dame berufen, die keine Kommunistin, keine Sozialistin ist. Es ist die Frau eines Sanitätsrats in Halle; sie stammt aus der Landwirtschaft, von einem ziemlich großen Bauernhof in Thüringen. Diese Dame hat die schärfsten Worte gebraucht und sich über den Wucher der Landwirte empört. Sie erzählte mir folgendes:

Es war um die Zeit der Ernte, da kostete ein Ei 2 Mk. „Weshalb," fragte sie, „verlangen die Bauern für ein Ei 2 Mk.? Welcher Bauer füttert gegenwärtig seine Hühner mit Körnern, die er sonst verkaufen könnte?! Jetzt in der Ernte liegen so viel Körner auf dem Hof, auf der Straße, auf dem Felde umher, daß die Hühner genug finden. Trotzdem also die Produktionskosten für ein Ei nicht um einen Pfennig gestiegen sind, kostet das Ei, statt wie früher 8 Pfennig, 2 Mark. So etwas kann man einfach nicht verstehen. Die Menschen auf dem Lande müssen wahnsinnig sein; sie wissen nicht, was für Folgen daraus entstehen können." Und diese bürgerliche Dame wußte auch die Kehrseite der Medaille herauszukehren. Sie erzählte mir von dem ungeheuren Reichtum und Protzentum der Großlandwirte. Von einem landwirtschaftlichen Ball in Sangerhausen, wo alles von Brillanten schimmerte, wo die teuersten Weine getrunken wurden und Hunderttausende verschwendet. So werden

die Gewinne verprasst, die aus der Armut unseres Volkes, aus der Not unserer stillenden Mütter durch die Wucherwirtschaft herausgeholt werden.

Die Wirkung des kapitalistischen Egoismus zeigt sich auch bei der Organisation zur Erfassung und Verteilung der Milch. Da sind die Molkereien und die Händler, die trotz aller landrätlichen Verordnungen die Höchstpreise für Butter dauernd überschreiten. Wir haben zwar einen Staat, und dieser Staat hat Machtmittel zur Verfügung, das sehen wir immer, wenn er gegen Reichswehr und grüner Schutzpolizei auf; aber sie werden nie mobilisiert, wenn es die Armen und Ausgebeuteten zu schützen gilt, deren Existenz durch die Wucherpolitik der Produzenten, der Großagrarier in Frage gestellt wird. Dann sieht und hört man auch nichts mehr von den Wuchergerichten.

Die Macht des Staates ist wohl da, wenn es gegen revolutionär-gesinnte Arbeiter geht, nicht aber gegen die Ausbeuter des Volkes.

Noch etwas über die hohen Gewinne, die in den Organisationsapparaten zur Milchversorgung der Städte hängen bleiben. Da ist z. B. eine der großen Gesellschaften, die zum Verkauf von Milch 60 000 Liter nach Berlin einführt und pro Liter 15 Pfennig Einführungsgebühr erhält. Das bedeutet eine Tageseinnahme von 9000 Mk. Das ist eine Monatseinnahme von 270 000 Mk. und eine Jahreseinnahme von 3 240 000 Mk. Das ist ein Gewinn, der nur durch die Weitergabe der Milch gemacht wird. Die Milch wird von den Bahnhöfen empfangen und an die Verkäufer weitergegeben, und dafür streicht die Gesellschaft 3¼ Millionen im Jahre ein. Das ist der zweite Wuchergewinn, der in der Milchproduktion die ungeheure Preisverteuerung herbeiführt.

Ich will hier nicht unerwähnt lassen, daß die Rücksichtslosigkeit und Unmenschlichkeit der Agrarier noch weiter geht als bis zur Milchteuerung. Der brandenburgische Landbund hat einmal öffentlich erklärt, daß er seine Mitglieder zur Durchführung auch des Milchlieferstreiks auffordern wolle, um die unruhigen Arbeiter Berlins zur Ruhe zu bringen, und um die ungerechten Steuerpläne gegen die Landwirtschaft zu Fall zu bringen. Diesen Agrariern kommt es nicht darauf an, die Gesundheit und den Fortbestand unseres Volkes in Frage zu stellen, wenn es ihren Geldsack geht. Aber diese Brutalität paßt zu den Methoden eines egoistischen kapitalistischen Staates.

Die dritte Art der Wirkung des kapitalistischen Egoismus in der Milchversorgung ist die allerschlimmste. In den feudalen Hotels und Pensionen, in den vornehmen Familienhaushalten merkt man nichts von Milchnot. Dort kann man sich den Luxus der Vorräte und die Bezahlung von ungeheuren Preisen für diese Produkte leisten. Man weiß sonst die hohen Dividenden nicht unterzubringen. Das ist der allerschlimmste Egoismus, der auf nichts Rücksicht nimmt, als auf den eigenen Bauch.

Wir brauchen uns nicht zu wundern, wenn dieser kapitalistische Egoismus zur Anarchie führt. Sie ist

die Folge des ungeheuren Egoismus, der aus Sonne und Regen, aus Mangel und Ueberfluß, aus Krankheit und Gesundheit, aus Arbeit und Reichtum seinen Wuchergewinn um jeden Preis ziehen will.

Angesichts dieser Tatsache dürfen wir uns bei der Stellungnahme zu dem Problem der Milchversorgung nicht damit begnügen, Resolutionen und Anträge zu formulieren. Wir müssen dem Sohne der Auswucherung der arbeitenden Schichten durch den prassenden hungrigen Kapitalismus

den schärfsten Kampf ansagen.

Wir versprechen uns keine Besserung von den Methoden, welche die bürgerlichen und die beiden sozialdemokratischen Parteien vorschlagen. Wir sind der Meinung, daß wir darüber hinaus den

Kampf für die Beseitigung der heutigen Gesellschaft und Wirtschaftsordnung führen müssen.

Die Frage der Doppelexistenz.

Von einer Genossin wird uns geschrieben:

Der Krieg und die Kriegsindustrie hat die Frauen in viel rasserem Tempo in die Erwerbsarbeit hineingeworfen als die Entwicklung des Kapitalismus es ohnehin tut. Als der Krieg zu Ende war, und die Soldaten in die Heimat zurückkehrten, war es ihnen oft schwer, eine Arbeit zu finden. Die Profitwirtschaft der heutigen Gesellschaftsordnung zwingt in der Zeit einer wirtschaftlichen Krise — und eine solche hatten wir nach dem Kriege. — zum freiwilligen Müssiggang. Aber dieser Müssiggang bringt nicht die Annehmlichkeiten des Müssigganges reicher Aktionäre — bitterer Hunger, Not und Verelendung sind seine Folge. Die rückkehrenden Soldaten wurden in das Heer dieser dem Hunger Preisgegebenen gedrängt. Sie empfanden es als widersinnig und ungerecht, daß sie arbeiten wollen und nicht dürfen, daß sie zugrunde gehen müssen, weil man sie nicht arbeiten läßt. Aber die Ursache dieses Widersinnes wollten sie nicht sehen. Sie sahen die Frauen auf Arbeitsplätzen, wo früher Männer gestanden sind, und sagten deshalb, die Frauen sind an der Arbeitslosigkeit schuld. Die Frauen müssen aus dem Betrieb und die Frage schien ihnen gelöst. Aber die Frauen gehen nicht zu ihrem Vergnügen in die Fabrik, sondern weil der Hunger sie treibt, weil die Not ihrer Kinder sie dazu zwingt. Die Frauenarbeit wird schlechter bezahlt, sie wirkt dadurch lohndrückend und sollte deshalb ausgeschaltet werden, meinen andere Genossen. Aber das wäre doch nur ein Grund, zusammen mit den Frauen für bessere Löhne zu kämpfen.

Der Krieg hat die Zahl der Frauen, die wirtschaftlich selbständig sein müssen, ungeheuer vermehrt. Die Witwen mit Kindern, die Frauen der Invaliden müssen nicht nur für sich, sondern für eine ganze Familie sorgen. Infolge der großen Sterblichkeit der Männer in der Kriegszeit sind viel mehr Frauen als Männer vorhanden. Hunderttausende Frauen müssen ehelos bleiben. Dadurch sind sie auch wirtschaftlich auf sich selbst gestellt, sie müssen verdienen oder zugrunde gehen. Aber auch viele andere Frauen, die vor dem Kriege nur Hausfrauen waren, wollen wirtschaftlich nicht wieder abhängig werden. Sie haben jahrelang ohne die wirtschaftliche Bevormundung durch den Mann gelebt, haben sich nach ihrer Rückkehr in der schlechtesten Zeit durchgerackert und wissen, daß ihre Rückkehr in Haus, als Nur-Hausfrau, für sie ein Schritt zurück wäre. So wie der Stadtproletarier, der früher auf dem Lande arbeitete, sich nur schwer, nur unter dem äußersten Zwange entschließt, wieder ins Dorf zurückzugehen, so will auch die Arbeiterin nicht wieder in die Schranken des Haushaltes.

Warum aber sind die Unternehmer so oft gegen die Frauen und helfen den Arbeitern ihre weiblichen Kollegen aus dem Betrieb herausbringen, obwohl die Frauenarbeit dem Unternehmer billiger kommt. Die Unternehmer sind schlau und nützen alle Gegensätze innerhalb der Arbeiterschaft aus. Sie wissen, sobald die Arbeiterschaft unter sich uneinig ist, sobald sie in irgendeiner Frage mit dem Unternehmer gegen andere Mitarbeiter geht, hat der Unternehmer sie viel besser in der Hand.

Aber die kleinen Interessengegensätze, die innerhalb der einzelnen Schichten des Proletariats bestehen — und die Frauen sind eine solche Schicht des Proletariats — müssen überwunden werden, um die Arbeiter zur einheitlichen Front gegen das Kapital zusammenzuschweißen. Die Frauenerwerbsarbeit wird zunehmen mit der Entwicklung der Wirtschaft weiter zunehmen. Die Erwerbsarbeit der Frauen zieht wieder neue Millionen in den Ausbeutungskreis des Kapitals, aber sie wirft auch neue Millionen Ausgebeuteter in die Armee des kämpfenden Proletariats, sie schaffen neue, bewußte Menschen, Kämpferinnen, die zur Sache ihrer Klasse stehen.

Lassen wir den Kapitalismus immerzu seine Totengräber gebären! Wir wollen diese Entwicklung nicht aufhalten!

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019211014-11/fragment/page=0010